Nr. 79. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. April 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Bülow-Details.

I.

Wir nähern uns dem Ende der zweiten Lesung des Reichshaushaltsetats und damit der Debatte über die auswärtige Politik, die dieses Jahr bis zuletzt aufgehoben worden ist, vermutlich, um erst die Konferenz in Algeciras zu Ende gehen zu lassen, ehe Bülow sich der Kritik des Parlamentes stellt. Diese Debatte hat dieses Jahr günstigere Chancen als früher; wir sind zum erstenmal in der Lage, dem Gang unserer Diplomaten bis in die Einzelheiten zu folgen. Sonst konnten wir nur im großen und ganzen den Kurs kritisieren, den unser Staatsschiff ging, sein unaufhörliches Schwanken, sein anscheinend sinnloses Hin und Her, die absolute Erfolglosigkeit unserer Politik und den üblen Eindruck, den sie nachweislich im Ausland macht. Im letzten Jahr aber haben wir auch einen Einblick in das Detail des diplomatischen Getriebes zu tun vermocht und haben Bülow und seine Gesandten bei der täglichen Arbeit gesehen. Nun kann uns der geschmeidige Diplomat nicht mehr sagen, daß uns die Sachkenntnis fehle, daß man über die auswärtige Lage nicht urteilen könne, ohne die Akten des Auswärtigen Amtes zu kennen, und was seit Menschenaltern derartige Schlagworte mehr sind. Jetzt kann uns Bülow nicht mehr entwischen, denn wir haben in seine Akten gesehen!

Diese günstige Lage danken wir der französischen Diplomatie und dem Gelbbuch, das sie im letzten Dezember über die Marokkofrage veröffentlicht hat. Nicht als ob an sich die französische Diplomatie hervorragend viel besser wäre als die deutsche. Unsere französischen Genossen haben den Herren Delcassé und Rouvier ebenso auf die Finger zu passen gehabt, wie wir dem über Marokko gefürsteten Herrn von Bülow. Aber in dieser einen Frage, die im letzten Jahre das ganze diplomatische Getriebe erfüllte, hat die französische Diplomatie das bessere Gewissen gehabt und hat ihrer deutschen Kollegin gegenüber sich an die Oeffentlichkeit geflüchtet. Diesem Umstande verdanken wir einige Einblicke in die Details der Bülowschen Methode und in die Hintergründe der deutschen Reichspolitik. Und in diesem Sinne wollen wir den Streit der französischen und der deutschen Staatsperücken gern für uns ausschlachten, als der Dritte, der immer den Vorteil hat, wenn zwei feindliche Brüder sich zanken.

Das Gelbbuch ist in Deutschland ungemein schwer zu erhalten, buchhändlerisch überhaupt nicht und auf privatem Wege nur durch die, die zu französischen Parlamentariern Beziehungen unterhalten. Daher hat die deutsche Oeffentlichkeit von diesen Enthüllungen noch so gut wie gar keine Kenntnis genommen. Im Dezember, als das Gelbbuch erschien, hat Maximilian Harden in der „Zukunft" einige Rosinen herausgepickt und — man mag sonst zu ihm stehen wie man will — in diesem Falle die Hand wirklich auf eine Wunde der deutschen Reichspolitik gelegt. Dann hat unser Genosse Kurt Eisner in einer Broschüre*) das Gelbbuch und einiges andere Material zusammengearbeitet zu einem vernichtenden Gesamturteil über die deutsche Diplomatie. Aber es bleibt an Einzelheiten noch genug, was aus dem Gelbbuch herausgeholt werden muß, und was dem deutschen Reichskanzler nicht geschenkt werden darf.

Die deutsche Regierung hat nicht umhin können, gegenüber der französischen Aktenpublikation auch die deutschen Aktendeckel etwas zu lüften. Am 8. Januar 1906 legte sie dem deutschen Reichstag eine Druckschrift vor: Aktenstücke über Marokko, das sogenannte „Weißbuch". Aber es ist gar kein Buch, es sind nur ein paar zusammengeheftete Blätter, notdürftig 18 Seiten füllend, von denen zwei noch auf das Inhaltsverzeichnis abzurechnen sind. Dies Weißbuch, neben das französische Gelbbuch gelegt, bietet ein geradezu klägliches Schauspiel, ein jämmerlich unbeholfenes Gestammel. Dort ein dicker fester Band von 320 großen Quartseiten, 368 Aktenstücke, fast durchweg bisher unbekannten Inhalts enthaltend, eine Fülle von Material, dessen volle Bewältigung einige Wochen eifrigen Studiums erfordert. Hier 16 Quartseiten in großem Druck, zusammen 27 Aktennummern bergend; aber unter diesen 27 ist noch eine Sammlung unkontrollierbarer Zeitungsausschnitte, aus dem Zusammenhang gerissene einzelne Sätze bietend, die gar nicht zu brauchen sind, und weitere 8 sind teils in vollständigerer, teils in richtigerer Gestalt bereits durch das französische Gelbbuch bekannt gewesen. So hat die deutsche Regierung den traurigen Mut, als „Aktenstücke über Marokko" im ganzen 18, sage und schreibe achtzehn neue Akten den 368 französischen entgegenzustellen. Man sieht schon hier, wo in diesem Falle das gute Gewissen und wo die Hinterhaltigkeit steckt. Die französische Regierung deckt ihre Karten fast vollständig auf; die deutsche lüftet schamerrötend nur einen Zipfel.

Die von Frankreich veröffentlichten Aktenstücke berühren die deutsche Politik an fünf Punkten, natürlich mit der bestimmten Absicht, in diesen fünf Punkten die deutsche Regierung vor Europa bloßzustellen oder festzulegen, und in keinem von ihnen ist es der deutschen Regierung gelungen, eine wirklich durchschlagende Entkräftung der französischen Politik zu finden. Ihre beste Waffe ist noch das Totschweigen — das berühmte Rhinozerosfell, dessen der Kanzler sich ja noch besonders rühmt. Aber mit dem Totschweigen ist noch nichts widerlegt!

*) Kurt Eisner, „Der Sultan des Weltkrieges". Dresden, Kaden u. Co. 72 Seiten. 40 Pf.

Die fünf Tatsachenreihen, die sich aus dem Gelbbuch mit urkundlicher Treue belegen lassen, sind diese:

1. Die deutsche Regierung hat den Zielen der französischen Marokkopolitik ursprünglich sympathisch gegenüber gestanden, dann aber im Anfang des Jahres 1905 eine plötzliche und den Franzosen völlig überraschende Schwenkung gemacht.

2. Die diplomatische Begründung dieser Schwenkung ist hinfällig; denn sie ruht auf vollständig unzureichender Kenntnis des französischen Vorgehens in Marokko (nach dem Weißbuch kann man einfacher sagen: der Sultan hat den deutschen Gesandten maßlos belogen, und der Harmlose hat es geglaubt oder sich wenigstens den Anschein gegeben, es zu glauben.)

3. Der deutschen Regierung ist mehrfach Gelegenheit zu einer direkten Verständigung geboten worden; aber sie hat mit merkwürdiger Zähigkeit auf dem Gedanken einer internationalen Konferenz bestanden.

4. Die französische Regierung ist nur durch eine merkwürdige Doppelzüngigkeit der deutschen Diplomaten dazu gebracht worden, ihren Widerspruch gegen die Marokkokonferenz fallen zu lassen.

5. Aber sie sah sich sofort durch die Treulosigkeit der deutschen Diplomatie getäuscht.

Wir greifen einzelne Punkte aus dem Material heraus, um den Charakter und die Methode unserer Diplomaten an einzelnen Beispielen zu illustrieren; das Ganze hier aufzurollen würde den Raum einer Tageszeitung weit überschreiten. Wir wollen dabei von dem dritten Satze ausgehen, da wir so am raschesten in die interessantesten Rätselfragen der deutschen Politik hineinkommen und gleichzeitig ein Stückchen Weißbucharbeit kennen lernen.

Die deutsche Regierung verfolgt seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. mit geradezu aufdringlicher Absichtlichkeit den Gedanken einer Aussöhnung Deutschlands und Frankreichs. Auch im letzten Herbst hat ja Bülow wieder an mehrere französische Journalisten ähnliche Reden gehalten. Dieser Politik aber, die die gesundeste wäre, die unsere Regierung überhaupt treiben könnte, hat sie selbst einen vernichtenden Faustschlag versetzt, als die deutsche Diplomatie dem Sultan von Marokko riet, die bereits grundsätzlich erteilte Zustimmung zum französischen Reformplan zurückzuziehen und eine internationale Garantie der anderen Mächte für Frankreichs Wohlverhalten zu fordern.

Am 13. April 1905 hatte der Makhsen (in grobem Vergleich könnte man ihn ein Mittelding zwischen deutschem Bundesrat und preußischem Herrenhaus nennen) dem französischen Gesandten erklärt, er nehme seine Vorschläge bezüglich der Polizeiorganisation im ganzen an, behalte sich aber vor, in einigen Orten aus eigenen Mitteln eine Polizeitruppe zu errichten. Dem hatte der französische Gesandte zugestimmt. Zwei Wochen später, am 26. April, erhielt er aber plötzlich den Bescheid, daß der Makhsen fordere, von den Mächten eine Garantie dafür zu erhalten, daß Frankreich wirklich die Verpflichtung erfülle, seine Polizeioffiziere zurückzuziehen, sobald die marokkanische Regierung selbst in der Lage sein werde, ohne ihre Hülfe die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der französische Gesandte erklärte sofort, die Unterschrift Frankreichs bedürfe keiner Kaution durch die Mächte, und berichtete an seine Regierung. Delcassé antwortete am 3. Mai, daß er der marokkanischen Regierung kategorisch erklären solle, Frankreich lehne in seinem Verhältnis zu Marokko jede Vermittelung einer dritten Regierung ab. Dies teilte der Gesandte am 12. Mai dem marokkanischen Minister mit; am selben Tage meldete er, daß der deutsche Gesandte in Fez eingetroffen und mit großem Pomp empfangen worden sei. Am 27. Mai erhielt er dann den endgültigen Bescheid, daß der Makhsen die französischen Vorschläge ablehne und die Reformfrage einer Konferenz der Mächte unterbreiten werde. Am 30. Mai war die offizielle Einladung zu einer solchen Konferenz in den Händen der französischen Regierung. (Gelbbuch Nr. 242, 247, 251, 257, 262, 263.)

Das war der Moment, in dem Delcassé zum Schwert greifen wollte, denn es war kein Geheimnis, daß es die deutsche Regierung war, die der marokkanischen den Rücken gesteift und ihr die beleidigende Forderung der internationalen Garantie für das französische Wohlverhalten eingeflüstert hatte. In einem späteren Stadium hat der deutsche Gesandte in Paris es auch ausdrücklich zugegeben:

„Wir haben dem Sultan versprochen, seine Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten; ebenso haben wir ihm gesagt, daß die Reformen auf dem Wege einer internationalen Konferenz geregelt werden müßten." (Gelbbuch Nr. 269).

Im Weißbuch allerdings ist davon nicht die Rede. Indem er das Ablehnungsschreiben vom 27. Mai (übrigens in falscher Form!) seiner Regierung mitteilte, erklärte der deutsche Gesandte in Fez ausdrücklich (Nr. 17):

„Die durch diese Note erfolgte Ablehnung der französischen Reformvorschläge ist das Ergebnis der Beurteilung der Sachlage durch den Sultan und seines Bewußtseins, daß seine Ratgeber (gemeint ist der Makhzen) und seine Untertanen in dieser Sache einmütig hinter ihm stehen. Meinerseits habe ich nur das Eintreten der kaiserlichen Regierung auf der eventuell zusammentretenden Konferenz für die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Mächte und die Unabhängigkeit Marokkos zugesichert."

Diese verteufelt schlecht stilisierte Erklärung soll dem deutschen Weißbuchleser glauben machen, „Seine Scherifische Majestät" habe aus allerhöchst dero eigenem Entschluß den Konferenzgedanken gefaßt. Man könnte beinahe glauben, sie sei nicht in Fez für die kaiserliche Regierung, sondern in der Wilhelmstraße für die deutsche Oeffentlichkeit entworfen worden, so harmlos und schlecht stilisiert sieht sie aus.

Doch bleiben wir dabei stehen, daß die französische Regierung den deutsch-marokkanischen Plan einer internationalen „Kaution" oder „Garantie" für Frankreichs Vertragstreue gegenüber dem Sultan als Kriegsfall nehmen wollte. Delcassé ist bekanntlich darüber gestürzt, und sein Nachfolger, Rouvier, hat andere Wege versucht, um dasselbe Ziel zu erreichen. Aber auch Delcassé — das beweist das von Rouvier, seinem Nachfolger, der ihn gestürzt hat, zusammengestellte Gelbbuch schlagend — hat ursprünglich durchaus nicht an den Krieg mit Deutschland gedacht.

Am 9. April bereits hatte Delcassé gerüchtweise davon gehört, daß „man dem Sultan die Idee nahelegen werde oder bereits nahegelegt habe, eine internationale Konferenz zur Regelung der marokkanischen Frage zu berufen". Er weist den Botschafter an, dem Sultan diesen Gedanken energisch auszureden (Gelbbuch Nr. 238.) Dann aber ergreift er die Gelegenheit eines Diners auf der deutschen Botschaft in Paris, um den deutschen Gesandten selbst zu einer direkten Aussprache zu stellen, am 13. April 1905. Am Ende dieses Gespräches faßte er sich in folgenden Worten zusammen (Gelbbuch Nr. 243):

„Kurz, unsere Politik hat sich nicht geändert; unsere Haltung ist ebenso klar, wie unsere Erklärungen. Ich bin aber doch gezwungen, besonders auf die Zeitungspolemik hinzuweisen, von der ich eben sprach. Und ich sehe mich veranlaßt, Ihnen diese Frage vorzulegen: **Könnte es tatsächlich trotz allem noch ein Mißverständnis geben?** In diesem Falle, Sie wissen es aus meiner jüngsten Erklärung in der Kammer, und ich wiederhole es Ihnen: **ich bin durchaus bereit, es zu zerstreuen.**"

Diese Frage erklärte der Fürst Radolin, der deutsche Botschafter, nach Berlin übermitteln zu wollen, da er keine Instruktion habe, sie zu beantworten. Darauf beauftragte Delcassé den französischen Botschafter in Berlin, auch seinerseits diese Frage zu stellen. Herr Bihourd, der französische Botschafter bei der deutschen Regierung, legte diese Frage dem Unterstaatssekretär von Mühlberg am 18. April 1905 in mündlichem Gespräche vor. „Herr von Mühlberg," so berichtete er nach Hause, „hat mich sehr aufmerksam angehört und mich gebeten, die Instruktion, die ich in Händen hatte, ihm zuzustellen." Das war alles. (Gelbbuch Nr. 245.)

Herr von Mühlberg erhielt den gewünschten Text am 25. April. Am 28. April berichtete der französische Botschafter nach Hause (Gelbbuch Nr. 248):

„Die kaiserliche Regierung beeilt sich nicht, auf die Frage zu antworten, die hinter einander Eure Exzellenz in Paris und ich in Berlin ganz klar gestellt haben. Dieses Stillschweigen trifft sehr gut zusammen mit der Politik, die der Kanzler im Reichstag und der Kaiser in Tanger proklamiert haben."

Nun folgt eine längere Auseinandersetzung, in der zum erstenmal die Rede davon ist, die deutsche Regierung wolle vielleicht den Krieg. Es wird dabei ausdrücklich auf die Umgebung des Kaisers verwiesen:

„Die kriegslustigen Ratgeber sind ohne Zweifel in der Umgebung des Kaisers vertreten; sie verfehlen sicherlich nicht, zu behaupten, daß der Zweibund in der Mandschurei einen schweren Stoß erlitten hat. Bei dieser Konjunktur haben sie leichtes Spiel, die gegenwärtige Stunde als günstig zu bezeichnen zu einem bewaffneten Krieg gegen Frankreich."

Trotzdem fährt der Botschafter fort:

„Bei dieser Sachlage, welche Wege öffnen sich unserer Diplomatie? **Haben wir nicht Hoffnung auf Verhandlungen?**"

Und dann empfiehlt er seinem Minister das Eingehen auf den Konferenzgedanken, um der deutschen Regierung entgegenzukommen!

Das ist die kriegerische Stimmung des Ministers Delcassé, auf den Fürst Bülow nach seinem Sturze alle Schuld werfen wollte! Delcassé wollte verhandeln, wollte den Konflikt vermeiden, wollte eine Aussprache über etwaige „Mißverständnisse" herbeiführen — und Bülow schwieg! Er stieß die Hand zurück, die sich ihm bot und ließ derweilen in Marokko dem Sultan den Rücken steifen. Am 26. April war dann der Konflikt erfolgt. Nach der beleidigenden Zumutung seitens des Sultans konnte Delcassé den Konferenzgedanken nicht annehmen; er sondierte in England um Hülfe, wenn Deutschland den Krieg begänne.

Die Tatsache, daß Delcassé zu Verhandlungen bereit war, und daß unsere Regierung ihn zurückstieß, ist eine der wuchtigsten Enthüllungen, die das Gelbbuch brachte. Nun wissen wir, daß Bülow, — vorsichtiger gesagt, daß die deutsche Regierung es war, die den Anlaß zum Kriege bot und den Weg der Verständigung erschwerte. Und wir wissen auch, daß unserer Regierung diese Enthüllung die peinlichste war. Sie hat sie im Weißbuch einfach unterschlagen.

Auch das Weißbuch hat (Nummer 6) einen Bericht des deutschen Botschafters in Paris über die entscheidende Unterredung vom 13. April. Aber es ist das einzige Aktenstück, bei dem ausdrücklich bemerkt wird, daß seine Wiedergabe im Weißbuche nur ein Auszug sei. Warum gibt sie nur einen Auszug? Warum hält sie einiges von dem, was ihr der deutsche Gesandte schrieb, vor der Oeffentlichkeit geheim? Weil sie nicht wollte, daß der Schluß jener Unterredung in Deutschland bekannt werde, der eben das Verhandlungsangebot Delcassés an den Gesandten enthielt! Daher denn auch von den nachherigen Gesprächen des Herrn Bihourd mit dem Unterstaatssekretär v. Mühlberg kein Wort im Weißbuche steht! —

Wir stoßen hier nicht nur auf eine der mannigfachen Unredlichkeiten, mit denen das Weißbuch zusammengestellt worden ist, sondern auch auf eines der vielen Rätsel der deutschen

Diplomatie! Warum lehnt Deutschland die direkte Verständigung ab und versteift sich auf die doch ungleich gefahrvollere Konferenz? Glaubt es, bei der Konferenz mehr zu gewinnen? Hat es sich irgendwie gebunden und warum? Was führt es im Schilde? Es ist ganz gut zu verstehen, daß Delcassé Unheil ahnte und einem drohenden dunklen Spiel Deutschlands zuvorkommen wollte. Und doch tat Herr Rouvier besser, der es verstand, auf weniger gewaltsame Weise den Schleier dieses Rätsels wenigstens etwas zu lüften.

Davon das nächste Mal.

Die Revolution in Rußland.

Die russischen Bluthunde gegen Finnland.

Aus Helsingfors wird berichtet, daß fortgesetzt Truppen nach Finnland gesandt werden. In Helsingfors, Abo und Wiborg sind Gardetruppen und Artillerie angekommen. Die Vorbereitungen der russischen Regierung, die ohne jedes Blutvergießen wiedergewonnene Freiheit Finnlands, sowie die geplante Landtagsreform im Blute zu ersäufen, sind also schon weit vorgeschritten. Sämtliche Stände des Landtages haben eine Adresse an den Zaren beschlossen, in der dieser ersucht wird, bei Behandlung des Vorschlags zur Landtagsreform jede Abweichung von den Grundgesetzen Finnlands zu vermeiden und ohne Zögern den Vorschlag zu prüfen. Nützen wird das natürlich nichts, es sei denn, daß dem Zarismus in Rußlands selbst wieder plötzlich solche Schwierigkeiten erwachsen, wie im November vorigen Jahres, als den Finnen durch das Zarenmanifest ein Wahlrecht versprochen wurde, wie es nun im Vorschlage des finnischen Senats vorgesehen ist.

Der Generalgouverneur Gerhardt soll vergeblich versucht haben, die Einsetzung der gemischten Kommission zur Prüfung des Senatsvorschlages zu verhindern, und dann danach gestrebt haben, wenigstens liberale Russen in die Kommission zu bringen. Aber auch das mißlang. Jetzt hat er, wie verlautet, sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Erklärung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der „Verband lettischer Sozialdemokraten" hält es für seine Pflicht, in betreff des Ueberfalles auf die russische Staatsbank in Helsingfors folgende Erklärung abzugeben:

Durch die in- wie ausländische Presse ging die Nachricht, daß die meisten der Teilnehmer an dem Ueberfall lettische Emigranten aus den baltischen Provinzen seien. Um Mißverständnissen vorzubeugen und um unsere Stellung zu dem Vorfall klarzulegen, konstatieren wir, daß kein Mitglied des „Verbandes lettischer Sozialdemokraten" an dem Ueberfall teilgenommen hat. Wir erachten es für prinzipiell unzulässig, den Kampf gegen die russische Selbstherrschaft, den wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu Hause führen wollen, auf neutrales Gebiet zu übertragen und betrachten speziell den obengenannten Vorfall als einen groben Mißbrauch der Gastfreundschaft des finnischen Volkes.

Das ausländische Komitee
des „Verbandes lettischer Sozialdemokraten".

Anstiftung zu Judenmetzeleien.

Das Blatt „Nascha Schisn" behauptet, Regierungsagenten reizten in Süd- und West-Rußland die Bevölkerung gegen die Juden auf. Die Regierungsbureaus veröffentlichen Aufrufe, in denen aufgefordert wird, die Juden zu töten und zu quälen, „die unsere Niederlage und die Revolution zu Hause herbeigeführt haben". Die jüdische Bevölkerung flieht nach Oesterreich und in andere benachbarte Länder; besonders aus Kiew sind zahlreiche Juden geflüchtet.

•

Petersburg, 8. April. Die in letzter Zeit verbreiteten Meldungen über Unruhen und Zusammenstöße zwischen Matrosen und Kosaken in Wladiwostok erweisen sich nach einem der Petersburger Telegraphenagentur zugegangenen Telegramm des Wladiwostoker Generalgouverneurs Andrejew als völlig unbegründet. Seit zwei Monaten ist die öffentliche Ruhe in Wladiwostok durch irgend welche Zusammenstöße nicht gestört worden. In der Stadt herrscht völlige Ruhe und strengste Ordnung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. April.

Eine Machtfrage.

In der Montagssitzung des preußischen Dreiklassenparlaments ist aus dem Munde des Zentrumsabgeordneten Porsch ein Wort gefallen, das, dem Redner und dem Hause unbewußt, die Situation blitzartig beleuchtete! „Die Wahlrechtsfrage ist eben in vieler Beziehung eine Machtfrage!" sagt Herr Porsch, ehrlicher und scharfsichtiger, als alle anderen Redner des Hauses, die hinter Gerechtigkeit, Fortschritt, Staatsinteressen und anderen schönen Worten mehr die wirkliche Natur der Wahlrechtsfrage zu verbergen suchten oder sich selbst verbargen. Herr Porsch hat ihr den ideologischen Schleier abgerissen. Was wollt ihr, so sagt er denen, die zu hören verstehen, mit eurer Berufung auf die Gerechtigkeit! Könnt ihr vom Zentrum verlangen, daß es durch eine gerechte Wahlkreiseinteilung die Pfeiler seiner Macht untergraben helfe? Glaubt ihr, daß um der Gerechtigkeit willen wir uns der Stütze unserer Position entäußern werden? Naive Leute, die ihr seid! Macht ist das Recht. Die Wahlrechtsfrage ist eben in vieler Beziehung eine Machtfrage.

Das „in vieler Beziehung" ist eine letzte Konzession an die bürgerliche Ideologie und Wohlanständigkeit. Ganz nackt kann der Redner des Zentrums die Wahrheit auch nicht präsentieren. Seine Worte werden erst zur vollen Wahrheit, wenn man die Einschränkung „in vieler Beziehung" streicht, wenn der Satz lautet: Die Wahlrechtsfrage ist eine Machtfrage!

Eine Machtfrage! Wie sehr sie es ist, das hat gerade die Beratung der beiden lex Bethman-Hollweg, der Wahlreformen gegen die Wahlreform gezeigt, hat vor allen Dingen die gestrige dritte Lesung der Gesetzentwürfe gezeigt. Ein leeres Haus, eine Anzahl Abgeordneter, die nicht zuhörte, eine Majorität, die nicht redete, und eine Minorität, die jämmerlich redete. Das war das erhebende Bild, das sich dem Tribünenbesucher bot. Zwischen zwei unbedeutenden Kleinigkeiten wurde die preußische „Wahlreform" erledigt. Bei einer politischen Temperatur von Null Grad. Die Herren Preußens strapazierten sich nicht mit Reden. Sie antworteten den Rednern des Freisinns nicht mehr, sie verzichteten auf die Abweisung ihrer Angriffe, sie gähnten und stimmten ab. Denn sie waren ihrer Sache ja sicher im Dreiklassenhause. Sie haben ja die Macht und sie brauchen keine Gründe; denn die Wahlrechtsfrage ist eine Machtfrage. Und sie vertrauen auf das Repetiergewehr, das sie vor außerparlamentarischen Nötigungen schützen wird. Und Reden imponieren ihnen nicht und Berufungen auf Gerechtigkeit und dergleichen schon ganz und gar nicht. Und deshalb legen sie sich keinen Zwang auf und wagen es, das Proletariat durch ein Verhalten zu verhöhnen, das aufreizender wirken muß, als es die scharfmacherischsten Reden vermöchten.

Freilich, eins muß man den Junkern zugeben. Die Qualität und die Kraft der gegnerischen Angriffe ist gerade nicht geeignet, sie in Aufregung zu versetzen. Die freisinnigen Kinderpfeile dringen nicht durch die Rhinozerushäute der Junker und der Regierungsherren. Sie verwunden nicht einmal Fliegen.

Herr Wiemer redete eine Reihe von breitesten Gemeinplätzen. Vom Rechtsboden aus will er den Junkern zu Leibe und stößt martialisch in die Luft. Und wie unzuverlässig ist dieser freisinnige Rechtsboden! Wenn es an das Gemeindewahlrecht geht, zerbröckelt er den Unentwegten unter den Füßen. Aber „wir behandeln Fragen des Rechts nicht nach wahltaktischen Gründen", sagt Herr Wiemer, der Uneigennützige, mit dem Brustton der vollen und ganzen Ueberzeugung.

Seine lauwarmen Worte brachten einen Zentrumsredner auf die Beine. Für das Zentrum ist die Situation heikel, deshalb die Empfindlichkeit selbst bei den zahmen Mahnungen des Herrn Wiemer. Herr Porsch hielt eine kleine jesuitisch gefeilte Rede. Wenn's paßt, ist das Zentrum nicht Trumpf, sondern ohne jeden Einfluß. Herr Porsch kokettierte förmlich mit der angeblichen Machtlosigkeit seiner Partei. Was soll die Aermste denn in der Wahlrechtsfrage tun? Sie hat den besten Willen, aber keine Kraft. Daß ein Teil seiner Fraktionsgenossen nicht einmal für das geheime, geschweige denn für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu haben ist, das sagt Herr Porsch natürlich nicht. Obgleich das doch die beste Erklärung für die lendenlahme Haltung, für das Nichtstun in der Wahlrechtsfrage, für den schmählichen Verrat an den christlichen Arbeitern gewesen wäre.

Der Freisinn leistete sich noch einen Redner, und der war danach. Der Arbeitervertreter in der freisinnigen Fraktion, Herr Goldschmidt, trat auf den Plan. Er hielt eine Arbeiterrede, d. h. er empfahl den deutschen Arbeiter als Musterknaben, dessen gesunder Sinn ihn bald von der Sozialdemokratie freimachen werde, wenn die Konservativen ihn nur nicht durch ungerechte Behandlung verbitterten. Nicht der zornige Aufschrei der Arbeiterschaft über die ihr zugefügte Schmach gewann Leben in dieser Rede, sie war eine Entschuldigung für die freisinnige Wahlrechtsforderung, die gar nicht so grundstürzend ist, wie die Konservativen fürchten. Denn sie wird keine sozialdemokratische Mehrheit bringen.

Schmach über Schmach ist in diesen Verhandlungen dem preußischen Proletariat angetan worden! Eine einzige brutale Verhöhnung seiner Wahlrechtsbewegung stellen sie dar! Und damit glauben die Junker die Sache erledigt. Sie wähnen, das Wahlunrecht, dessen innere Verrottung seine Erhaltung, wenn nicht bedrohte, so doch erschwerte, mit den Aenderungen, die die beiden Lex Bethmann-Hollweg bringen, wieder neu gekräftigt, für absehbare Zeit aufs neue fest verankert zu haben. Und sie werden Recht haben, wenn Preußens Proletariat ihrem Werke untätig zuschaut, wenn es die Backenstreiche ruhig hinnimmt. Aber solche Ergebung ist niemals die Sache der klassenbewußten Arbeiterschaft gewesen. Ihr Ruhm ist es, daß sie gekämpft hat unter dem Hagel feindlicher Pfeile, daß sie im dichtesten Feuer ihre Kaders zu formieren verstand, daß uneinnehmbare Stellungen sie niemals verzagen ließen. So werden auch die neuen Schanzen vor der Burg des Dreiklassenunrechts die Arbeiterschaft nicht schrecken, sondern ihr nur Mahnung sein zu neuem Vorstoß. Zu zäher, unermüdlicher Minierarbeit, die den Sturm vorbereitet!

Die Verhandlungen des Landtages über die Wahlreformnovellen müssen der Ausgangspunkt neuer, wuchtiger Agitation sein! Das Material, das die Verhandlungen für uns bergen, muß hinausgetragen werden in die Lande, in die Massen! Eingeprägt werden muß allen Proletariern das Wort:

Die Wahlrechtsfrage ist eine Machtfrage!

Etatskrümel.

Eine lange Reihe von Beratungsgegenständen zierte die heutige Tagesordnung des Reichstages, die das Präsidium im Automobiltempo zu erledigen gedachte. Aber zunächst hatte Genosse Zubeil die Arbeitsverhältnisse der Spandauer Staatsarbeiter zu erörtern, die unter einer bureaukratisch-kapitalistischen Wirtschaft oft recht unleidlich für die Arbeiter sich gestalten.

Es hilft nichts, daß der General Sixt v. Armin sich über die vom Genossen Zubeil gezogenen Monitas in seiner Erwiderung mit der Bemerkung hinwegzureden versuchte, einzelne Angaben in der vorjährigen Rede Zubeils hätten sich nicht als zutreffend erwiesen. Will er wirklich ernstlich dafür sorgen, daß die Spandauer Arbeiter ihre doch wahrlich vom „Vater Staat" kärglich genug gelohnte Arbeit freudiger verrichten und an dem guten Willen glauben sollen, daß man ihre Lage verbessern will, dann muß er den kasernenmäßigen Unteroffiziersgeist der Vorgesetzten von den „freien" Arbeitern fernhalten. Die Militärverwaltung täte besse, ernste Instruktionen an die Vorgesetzten der Arbeiter gelangen zu lassen, letztere würdiger zu behandeln, statt sie als Rekruten im Wirtschaftsgetriebe des Staates zu betrachten. Und bessere Löhne wären keineswegs ein Schaden für den Fiskus. Jeder verständige Privatunternehmer weiß, daß, je besser er „seine" Arbeiter behandelt und lohnt, sich das doppelt rentiert. Kapitalistische Lohnknauserei und kasernenmäßige Behandlung sind schwere Vergehen gegen die Qualifikation der Arbeit. Mit ihnen muß zuerst aufgeräumt werden, wenn der Staat seine Betriebe zu mustergültigen machen will.

Militärsüchtige bürgerliche Abgeordnete bettelten dann um die Verlegung von Truppenübungsplätzen und Schießplätzen nach den Gegenden, die für diese Abgeordneten aus wahlpolitischen Gründen Interesse haben. Wie durch diese Wahlpolitik die Interessen der Bewohner solcher Gegenden geschädigt werden, das wurde von unserem Genossen Bock eingehend geschildert, der im Gegensatz zu dem Abgeordneten Hagemann die Wünsche und Beschwerden der Bewohner jener Gothaischen Orte vortrug, die die Anlegung eines Schießübungsplatzes von ihrem Gelände fern halten möchten. Hagemann fand Vorteile in der Anlegung dieses Platzes im Gothaischen Lande, während die dortigen Bewohner alle Hebel gegen dieselbe in Anwendung bringen, weil die Schädigung ihres Eigentums zu groß sei.

Der Generalmajor Gallwitz konnte die Einwände Bocks nicht entkräften. Aber er klagte, daß das 11. Armeekorps unter dem Mangel eines guten Uebungsplatzes seufze und gegen dieses „seufzende Armeekorps", das Heiterkeit erregte, haben die Interessen der kleinen gothaischen und preußischen Bauern jenes Bezirks in den Augen der Militärfanatiker natürlich nichts zu bedeuten. So wurde denn der Militärverwaltung bewilligt, was sie forderte. Die übrigen Positionen im Etat für die Verwaltung des Reichsheeres wurden debattelos bewilligt; ferner wurden die Reste der Etats für die Expedition nach Ostasien, für das Reichsmilitärgericht, für die Verwaltung der Marine bewilligt.

Mittwoch: Etatsreste, Wohnungsgeldzuschüsse, Servisgesetz usw.

Landtagsferien.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat sich gestern bis zum 2. Mai vertagt. Vom 24. April ab sollen die Kommissionen tätig sein, damit das Plenum Beratungsstoff hat. Vorläufig sind die Dispositionen dahin getroffen, daß am 2. Mai Schwerinstag ist und daß am 3. Mai die nochmalige Abstimmung über die Wahlgesetznovellen stattfindet. Diese sogenannte vierte Lesung muß erfolgen, da die Gesetze eine Aenderung der Verfassung bedingen. Im Herrenhause werden die Wahlgesetze Ende Mai beraten, die Schlußabstimmung wird voraussichtlich Ende Juni erfolgen.

Nach Erledigung der Wahlgesetznovelle beriet das Abgeordnetenhaus am Dienstag in erster Linie noch die Vorlage betreffend den Erwerb der Kalisalzbergwerke der Gewerkschaft „Hercynia" durch den Staat. „Die Vorlage ermächtigt die Regierung, die der Gesellschaft „Hercynia" zu Wernigerode gehörigen Rechte, beweglichen und unbeweglichen Sachen, welche zur Gewinnung und Verwertung von Stein- und Kalisalzen und von Sole in Beziehung stehen, zu erwerben und zu diesem Zweck einen Betrag bis zu 30 950 M. zu verausgaben. Die Vorlage, die ebenso wie die unter dem Minister Möller vollzogene Erwerbung der „Hibernia" der Regierung einen Einfluß auf das Syndikat einräumen will, begegnete mannigfachen Bedenken auf allen Seiten. Es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, daß in der Budgetkommission, der sie zur Vorberatung überwiesen ist, diese Bedenken zerstreut werden. —

Zu Beginn der Sitzung hatte sich das Haus mit dem Erdrutsch bei Mühlheim a. Rh. beschäftigt. Das Zentrum hatte eine hierauf bezügliche Interpellation eingereicht, die aber mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministers des Innern, daß die Ursachen des Unfalls noch nicht festgestellt sind, nicht besprochen wurde. —

• • •

Deutsches Reich.

Ein zweckwidriges Mittel.

Die beiden Zwillingsblätter, die „Staatsbürger-Zeitung" und „Das Reich", veröffentlichen gleichzeitig ein Rundschreiben, das Herr Oskar Tietz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verbandes der Warenhäuser an verschiedene Fabrikanten und Handwerker gerichtet hat. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Wie ich aus der Mitgliederliste unseres Verbandes ersehe, gehören Sie letzterem noch nicht als Mitglied an.

Sollte Ihnen eine Einladung zum Beitritt noch nicht zugegangen sein, so könnte dies nur auf einem Versehen beruhen, da ich auf die Mitgliedschaft Ihrer werten Firma in erster Linie reflektiert hatte.

Es liegt uns selbstverständlich außerordentlich viel daran, unserem Verbande in seiner Abwehr der rückläufigen Bestrebungen durch eine hohe Mitgliederzahl ein möglichst großes Gewicht nach außen hin, gegenüber den Parlamenten, den Regierungen und den Mittelstandsvereinen zu geben.

Je größer die Zahl der Fabrikanten und Geschäftsfreunde ist, die sich durch ihren Anschluß an unsern Verband mit unseren Bestrebungen einverstanden erklären und dadurch Protest erheben gegen alle rückschrittlichen, den Handel erschwerenden und den Umsatz hindernden Bestrebungen einseitiger Politiker, — um so mehr Geltung muß die Stimme unseres Verbandes in der Oeffentlichkeit gewinnen. —

Für diese Unterstützung, die die a.-o. Mitglieder unserem Verbande — hauptsächlich in ideeller Weise — gewähren, bietet dieser seinen a.-o. Mitgliedern — abgesehen von den sonstigen Vorteilen — eine für sie wohl nicht wertlose Gegenleistung durch die Aufstellung eines Branchenverzeichnisses der a.-o. Mitglieder zur Benutzung beim Einkauf der ordentlichen Mitglieder.

Der Jahresbeitrag beträgt 12 M., weitere Verpflichtungen erwachsen Ihnen nicht.

Ich hoffe daher, Sie recht bald als a.-o. Mitglied unseres Verbandes begrüßen zu können, und überreiche Ihnen zu diesem Zwecke eine Beitrittskarte, welche Sie, mit Ihrer Unterschrift versehen, gefl. an mich persönlich zurücksenden wollen.

Hochachtungsvoll

Oskar Tietz
i. F. Hermann Tietz."

Wir haben uns verschiedentlich in so nachdrücklicher Weise gegen die Warenhaushetze der Blätter vom Schlage der „Staatsbürger-Zeitung" wie gegen die reaktionären Bestrebungen, die Warenhäuser durch allerlei Spezialsteuern und Baubeschränkungen zu ersticken, ausgesprochen, daß wir gegen den Verdacht gefeit sind, die Pläne der antisemitischen Mittelstandsretter zu unterstützen; aber derartige Mittel, wie sie Herr Oskar Tietz anwendet, um seinen Verein im Kampf gegen ihm nicht passende Bestrebungen zu stärken, vermögen wir in keinem Fall zu billigen. Der Hinweis auf die Aufstellung eines Branchenverzeichnisses der außerordentlichen Mitglieder und dessen Berücksichtigung beim Einkauf bedeutet nichts anderes als die Ausübung einer Pression auf diejenigen Lieferanten, die mehr oder minder auf die Kundschaft der Warenhäuser angewiesen sind. Derartige Praktiken treiben lediglich den „nationalen Politikern" à la Liebermann und Schack neues Wasser auf ihre Mühlen.

Vom „neuen, wahren Liberalismus", nach Rixdorf hat am letzten Freitag seinen liberalen „Wahlrummel" erlebt. In einer vom Wahlverein der Liberalen einberufenen Volksversammlung sprach Herr Dr. Bretscheid, der Sekretär des Handelsvertragsvereins, über die Wahlreformvorlage. Diese Versammlung war vom liberalen Bürgertum genau so elend besucht wie die vorhergehenden Versammlungen in Schöneberg und Charlottenburg. Von den anwesenden 100—120 Personen gehörte der weitaus größte Teil der Sozialdemokratie an. Kein Wunder, daß die an der Diskussion sich beteiligenden Genossen unter den übrigen Korruptions- und Verfallssymptomen des Freisinns auch die in einem so trostlosen Versammlungsbesuch sich offenbarende Gleichgültigkeit gegenüber den wichtigsten Volksrechten hervorhoben. Die freisinnigen Redner gaben denn auch die politische Verkommenheit des Freisinns mehr oder minder unumwunden zu: man bemühe sich aber gerade einen „neuen, wahren Liberalismus" ins Leben zu rufen, ein Streben, das auch die Sozialdemokratie nach Kräften begünstigen solle.

Nun, die Sozialdemokratie tut alles, was diesem Streben förderlich sein kann. Sie bemüht sich, das freisinnige Bürgertum an seine politischen Pflichten zu mahnen, sie geißelt unbarmherzig den Widerstand des Müller-Sagan—Mugdanschen Freisinns und die klägliche Flauheit in den Reihen der eigenen Anhänger des Dr. Barth und Bretscheid. Wenn das die Elemente, auf die diese Herren sich stützen zu können hoffen, nicht aus ihrer Apathie aufzupeitschen vermag, so vermag wohl keine Macht der Welt dem „neuen, wahren Liberalismus" auf die Beine zu helfen! —

Konservative Mittelstandsrettung.

Die konservative Presse, voran die „Konserv. Korresp.", sucht aus dem Leitartikel „Klassenkampf" in der Nr. 71 des „Vorwärts" Kapital für die konservative Mittelstandsretterei zu schlagen, indem sie unsere Ausführung, daß die Sozialdemokratie nicht alle

sogen. heutigen Kulturinteressen zu vertreten vermag, z. B. nicht jene, „die als spezielles Produkt der heutigen kapitalistischen Kultur notwendig zum Untergang in der sozialistischen Gesellschaft bestimmt sind, oder die dem Wirtschaftsideal der Sozialdemokratie widersprechen", dahin interpretiert, daß „Handwerker, Kleingewerbetreibende, kleinere Landwirte und Beamte von der Sozialdemokratie nichts zu erwarten hätten als die Beschleunigung ihres Ruins, das Hinabstoßen in das Proletariat".

Die Interpretation macht den Auslegungskünsten der konservativen Preßsippe alle Ehre. Wer stößt denn die von der „Konserv. Korrespondenz" aufgezählten Erwerbsschichten in das Proletariat hinab? Die heutige Wirtschaftsordnung, dieselbe Wirtschaftsordnung, welche die heutigen „Ordnungsparteien", und nicht zum wenigsten die Herren Großgrundbesitzer, mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten suchen. Die Sozialdemokratie hat doch die moderne Wirtschafts- und Steuergesetzgebung, unter welcher der sogen. kleinere Mittelstand ächzt und seufzt, nicht gemacht. Das Hinabsinken der genannten Erwerbsschichten in das Proletariat ist doch nicht die Folge sozialdemokratischer Maßnahmen und Gesetzgebungskünste, sondern des von den Konservativen wie von den Liberalen gleichmäßig verteidigten und durch ihre Macht konservierten kapitalistischen Wirtschaftssystems. Nun, wo dieses System sich brüchig zeigt, wo überall, an allen Ecken und Enden, seine Schäden hervortreten, möchten allerdings die Konservativen diese Schäden gerne äußerlich überkleistern, möchten sie vor allem, um sich die Gefolgschaft der Kleingewerbetreibenden für ihre politischen Zwecke zu sichern, diesen auf Kosten der Arbeiterschaft allerlei kleine Unterstützungen gewähren — nicht aus Interesse für die Kleinbürgerschaft selbst, sondern um deren Hülfe bei der Durchsetzung ihrer Ausbeutungsinteressen zu gewinnen und die ihnen nützliche „Ordnung" so lange wie nur irgend möglich aufrecht zu erhalten.

Diese Politik kann die Sozialdemokratie allerdings nicht mitmachen. Sie kann nicht durch staatliche Zuwendungen und Aufrichtung künstlicher Entwickelungshemmnisse Erwerbsschichten und Erwerbsverhältnisse aufrecht erhalten, die nach den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwickelung zum Untergang bestimmt sind und deren künstliche Verlängerung nichts anderes bedeutet als eine Verlängerung der Todesqualen des Kleinbürgertums. Der Ausweg aus der heutigen Wirtschaftsmisere besteht nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für jene kleinbürgerlichen Erwerbsschichten, die heute nicht leben noch sterben können, im Uebergang zu der höheren sozialistischen Wirtschaftsweise, nicht in der künstlichen Aufrechterhaltung des bestehenden Wirtschaftssystems mit seiner Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalbesitzer.

Alle Mittelstandsretterei des Junkertums vermag dem Kleingewerbebetrieb nicht seine wirtschaftliche Existenz zu sichern, und sie verfolgt auch gar nicht diesen Zweck. Ihr Ziel ist lediglich, die Kleinhandwerker einzufangen, um sie zu Vorspanndiensten für die agrarische Politik der Grundrentensteigerung und der Lebensmittelverteuerung zu gebrauchen. —

Wozu Arbeitergroschen verwandt und wozu sie nicht verwandt werden dürfen.

In der letzten Ausschußsitzung der Landesversicherungs-Anstalt Schleswig-Holstein kam es gelegentlich der Beratung des Voranschlages für 1906 zur Sprache, daß der Vorstand im verflossenen Geschäftsjahr ein Gesuch der Gesellschaft „Gewerkschaftsherberge" in Kiel um Gewährung eines Darlehns brüsk abgelehnt hatte. Die erbetenen Mittel sollten zum Bau der Kieler Gewerkschaftsherberge verwandt werden und die aus Mitgliedern des dortigen Gewerkschaftskartells gebildete Gesellschaft hatte um so sicherer auf die Bewilligung ihres Antrages gerechnet, als unter den Zwecken, zu denen bestimmungsgemäß die aufgespeicherten ungeheuren Mittel der Versicherungsanstalten Verwendung finden sollten, die Gewährung von Darlehen an gemeinnützige Anstalten ausdrücklich aufgeführt ist. Von dem Vorstand einer sozialpolitisch so bedeutsamen Institution, wie der Landesversicherungs-Anstalt, glaubten die Antragsteller ohne weiteres annehmen zu dürfen, daß er sowohl im allgemeinen über den eminent gemeinnützigen Charakter der gewerkschaftlichen Bestrebungen, die doch in erster Linie darauf abzielen, die Lebenshaltung der volkswirtschaftlich und kulturell wertvollsten Bevölkerungsklasse zu heben, orientiert sein würde, als daß er auch speziell nicht das leiseste Bedenken haben könnte, gerade zum Bau einer Herberge die verlangten Mittel zur Verfügung zu stellen, um so mehr, als so ein Teil dieser Gelder Angehörigen derselben Kasse, der sie, sei es direkt, als Versicherungsbeiträge, oder indirekt, als Teil des Mehrwerts, entzogen werden, unmittelbar wieder zugute kommen sollte.

War nun dieses Vertrauen der Arbeiter auf die sozialpolitische Einsicht der Herren vom Vorstand der Landesversicherungs-Anstalt eine böse Illusion gewesen, so mußte die Art, wie in jener Ausschußsitzung der Vorsitzende der Anstalt, Landesdirektor v. Graba, die Verweigerung des Darlehns motivierte, direkt provozierend auf die im Ausschuß sitzenden Arbeitervertreter wirken. Der Herr erklärte zunächst, das Darlehen sei deshalb nicht gewährt worden, weil die Mittel fehlten. Er fügte aber sofort hinzu: auch wenn die Anstalt genügend Mittel zur Verfügung gehabt hätte, würde die Gewerkschaftsherberge in Kiel niemals etwas erhalten haben, denn sie sei ein Unternehmen der Sozialdemokratie und folglich zur Förderung des Umsturzes der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bestimmt.

Daß ein Gewerkschaftshaus dem Umsturz dient, diese haarsträubende Behauptung charakterisiert sich selbst und jedes Wort der Widerlegung wäre überflüssig. Die Arbeitervertreter im Ausschuß fanden sofort die einzig richtige Antwort auf diese Provokation. Sie stellten nämlich den Antrag, daß einer Reihe von Muckerinstituten die vom Vorstand gewährten Darlehen gekündigt und die betreffenden Positionen im Voranschlag gestrichen werden sollten. Es handelte sich um folgende Summen: 46 000 M. für die Stadtmission in Wandsbek; 58 500 M. für den „Arbeiterbund" in Flensburg, einen von Beamten und Pastoren zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und zur Züchtung von Streikbrechern gegründeten Verein; 39 800 M. für einen christlichen Jünglings- und Männerverein in Flensburg; 51 000 M. für die Arbeiterkolonie in Rickling; 173 600 M. für die innere Mission in Neumünster. Die Anträge wurden, da ein Arbeitgebervertreter fehlte, zum grenzenlosen Aerger des Vorstandes mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen.

Der Landesdirektor v. Graba legte gegen diesen Beschluß Beschwerde beim Reichsversicherungsamt ein. Wie nun den „Itzehoer Nachrichten" von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat diese Behörde als Aufsichtsinstanz den Beschluß des Ausschusses der Versicherungsanstalt als zu Unrecht gefaßt nicht genehmigt. Die in Aussicht genommene Kündigung jener Gelder werde demnach nicht erfolgen.

Inwiefern der Beschluß des Ausschusses „zu Unrecht" gefaßt sei, ist unerfindlich. Es handelte sich um Positionen des Etats, und der Etat muß dem Ausschuß zur Beratung vorgelegt und von diesem genehmigt werden. Aber jedenfalls ist auch das Reichsversicherungsamt der Ansicht, daß innere Missionen und Jünglingsvereine, über deren sozialpolitischen und ethischen Wert man unter vernünftigen Männern ja längst nicht mehr debattiert, ebenso wie Streikbrechervereine gemeinnützige Anstalten im Sinne der Statuten sind, daß aber die Bestrebungen der Gewerkschaften, die von den einsichtigen Sozialpolitikern aller Nationen als ein Kulturfaktor ersten Ranges geschätzt werden, mit den zwangsweise den Arbeitern entzogenen Geldern nicht gefördert werden dürfen. Man kann da höchstens noch die Frage aufwerfen: unter welchen Gesichtspunkten betrachtet es das Reichsversicherungsamt als seine Aufgabe, das Agitationsmaterial gegen den Klassenstaat durch so aufreizende Posen zu vermehren? —

Ausland.

Frankreich.

Auf nach Venezuela!

Kaum hat Frankreich durch den Abschluß der Marokkokonferenz wieder Ellbogenfreiheit bekommen, da macht es sich daran, die Sache mit Herrn Castro von Venezuela ins Reine zu bringen. Wenigstens verlautet, das französische Geschwader solle, nachdem es in New York Frankreich anläßlich der Beisetzung des Admirals Johns vertreten hat, nach den venezolanischen Gewässern entsandt werden, um dort die französischen Forderungen zu unterstützen und vom Präsidenten Castro Genugtuung zu erzwingen. Es heißt, daß in bezug auf diese Angelegenheit ein Einverständnis zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zustande gekommen sei. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß die Vereinigten Staaten Frankreich in dieser Aktion unterstützen werden, andererseits beabsichtigt Frankreich, Castro zum Nachgeben zu bewegen durch Prohibitivzölle auf venezolanischen Kaffee. Da Frankreich jährlich für 7 Millionen Bolivar (1 Bolivar = 0,80 M.) venezolanischen Kaffee einführt, dürfte diese Maßregel einen wirksamen Einfluß auf Castro ausüben.

Hoffentlich ist Castro klug genug, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben und mit dem Blute der ihm noch ergebenen Venezolaner sparsamer umzugehen als mit deren Gelde.

Der Grubenarbeiterausstand.

Ueber die Ausstandsbewegung verbreiten die Telegraphenbureaus zum Teil offensichtlich tendenziös gefärbte Berichte; Attentatsversuche, Gewalttätigkeiten gegen Streikbrecher usw. spielen darin eine große Rolle. Vielleicht sind nach bekanntem Muster Spitzel an der Arbeit. So sollen in der Nähe des Bahnhofes Saint Vaast-la-Haute neben einer ausgerissenen Schiene und einer Schwelle in einer ausgebrannten Bergmannslunte Dynamitpatronen gefunden worden sein. Auch in der Unterpräfektur in Toulon soll eine Bombe gefunden worden sein, — die Nachricht wird aber schon dementiert und der Präfekt erklärt, die „Bombe" sei nur eine Knallerbse! — Die Bergwerksbesitzer lehnten erneute Verhandlungen und jedes weitere Zugeständnis ab. Das steigerte erklärlicherweise die Erregung. Die Haltung der Unternehmer beweist aber auch, daß die französischen Kohlenkönige ebenso auf die Regierung pfeifen, wie ihre deutschen Kollegen.

An weiteren Meldungen liegen folgende vor:

St. Etienne, 3. April. Der Kongreß der Syndikatsdelegierten hielt gestern eine Versammlung ab. Die Presse war nicht zugelassen. Trotzdem erfuhr man, daß die Versammlung Delegierte bezeichnet hat, welche eine Unterredung mit den Grubendirektoren haben werden. Die Proklamation des Ausstandes ist sicher. Es verlautet, die Versammlung habe einen sehr stürmischen Verlauf genommen.

Lens, 3. April. Die Zahl der ausständigen Bergleute beträgt heute 43 619, die Zahl der arbeitenden Bergleute 10 607.

* * *

Weiter verbreitete sich das Gerücht, es seien in der Grube von Courrières noch Lebenszeichen von Eingeschlossenen vernommen worden. Eine Bestätigung des Gerüchtes steht noch aus.

Italien.

Mutterschaftskassen.

Die Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung von Mutterschaftskassen hat ihre Arbeit beendigt. Nach ihren Beschlüssen soll jede Frau, die wegen ihrer Entbindung arbeitsunfähig ist, mit 30 Frank pro Monat unterstützt werden. Zur Zahlung von Beiträgen an die Mutterschaftskassen sind verpflichtet alle gewerblichen Arbeiterinnen vom 15. bis zum 50. Lebensjahre, die Fabrikanten und Gewerbetreibenden und der Staat. Der Zuschuß des Staates soll 250 000 Frank pro Jahr betragen.

Als Berichterstatter der Kommission wurde der Genosse Cabrini bestimmt. —

Amerika.

Im Senat ist das Schicksal der Vorlage gegen die Eisenbahngesellschaften noch immer nicht entschieden trotz der großen Majorität, mit der die Vorlage im Repräsentantenhause angenommen wurde. Es handelt sich bekanntlich um eine Kontrolle der Eisenbahnen durch Bundesbehörden, in diesem Falle durch die zwischenstaatliche Handelskommission, welche die Höhe der Frachtraten festsetzen soll. Die Bahngesellschaften sträuben sich mit aller Macht dagegen und verlangen, daß man ihnen das Recht einräume, gegen die Entscheidungen der Handelskommission jedesmal die Gerichte anrufen zu können. Es zeugt von dem starken Einfluß der Bahngesellschaften auf den Senat, daß man jetzt allgemein einsieht, die Vorlage sei ohne das gewünschte Amendement bei den Senatoren nicht durchzubringen. Roosevelt, der bisher gegen ein solches Amendement war, hat sich jetzt damit einverstanden erklärt. —

Entgegnung.

Genosse Dr. Michels erwidert im folgenden auf den in Nr. 48 des „Vorwärts" vom 27. Februar d. J. veröffentlichten Artikel „Taktische Fragen".

Die Verzögerung in der Veröffentlichung dieser Entgegnung ist neben anderen widrigen Zufällen dem Umstande zuzuschreiben, daß durch die Reise des Genossen Michels die briefliche Verbindung mit ihm erschwert war.

* * *

Wenn auch der Tonfall, den der „Vorwärts"-Korrespondent in seinem Bericht aus Paris mir gegenüber angeschlagen hat, dem aufmerksamen Leser den Eindruck förmlich aufdrängt, daß der Bericht auf das stärkste „gefärbt" ist, so scheint es mir doch Pflicht der Selbstachtung, wenigstens die gröbsten von den entstellten Darstellungen meiner Rede richtig zu stellen.

1. Der Korrespondent behauptet, wahrscheinlich um mich, nach der bekannten Methode, des Anarchismus zu zeihen, ich habe meine „Vorträge" unter dem Protektorat des antiparlamentaristischen Organs „Avant-Garde" gehalten. Nun, die Wahrheit ist die: von den zwei Malen, in denen ich in Paris über deutsche Verhältnisse überhaupt nur gesprochen habe, habe ich das erste Mal in den Sociétés Savantes „unter dem Protektorat" gar niemandes (eingeladen von einem wissenschaftlichen Institut), und das andere Mal unter dem Vorsitz des Genossen Griffuelhes, Sekretär der Pariser Arbeitskammer (nebenbei bemerkt: kein Anarchist) und der Beihülfe unter anderem auch des vom Parteigenossen Lafont geleiteten, nicht antiparlamentaristischen, sondern antimilitaristischen Blattes „L'Avant-Garde" geredet. Uebrigens hätte ich ebenso gern „unter dem Protektorat" eines jeden anderen sozialistischen Organs das Wort ergriffen.

2. Der Bericht behauptet, ich habe gesagt, die deutsche Sozialdemokratie habe den Militarismus schon gestützt, als Bebel für neue Uniformen eintrat. Ich habe im Gegenteil erachtet, daß sie bis jetzt stets gegen die Militärlasten agitiert und gestimmt habe. Wenn ich das Eintreten des Genossen Bebel für feldmarschmäßige Uniformen, das ich allerdings unter allen Umständen für einen Fehler halte, erwähnte, so geschah das in einem ganz anderen Zusammenhang, nämlich bei Erörterung der Antinomie zwischen marxistischer Theorie und Praxis — auch habe ich dieses Beispiel lediglich in der Sociétés Savantes erwähnt.

3. Daß ich die Gewerkschaften als „dynastisch" erklärt haben soll, entbehrt jeglicher Grundlage. Solchen Blödsinn habe ich nie behauptet. Ich habe mich lediglich gegen die Taktik der Neutralität, die die freien Gewerkschaften zwingt, mit dynastisch gesinnten antisozialistischen Gewerkschaften in bisweilen kompromittierlicher Weise (sie Hänischs Berichte vom Ruhrrevierstreik!) zusammenzuarbeiten, erklärt. Ich stehe eben auf dem Standpunkt, daß ohne das klare Ziel des Sozialismus als Leitstern jede Arbeiterbewegung notwendigerweise im Sande verlaufen muß.

4. Die Korrespondenz behauptet, ich solle gesagt haben: „der Generalstreik habe unter den Gewerkschaftsführern keine Anhänger, weil diese um ihr Einkommen besorgt seien." Es ist mir natürlich nicht im Traum eingefallen, solche Albernheiten zu sagen. Mir ist sehr wohl bekannt, daß — wie das Protokoll des Kölner Gewerkschaftskongresses zeigt — eine Minorität von Gewerkschaftsführern dem General- bezw. politischen Massenstreik keineswegs gegnerisch gegenüber steht. In Wirklichkeit habe ich die französischen Genossen — um ihnen den Unterschied zwischen deutscher und französischer Gewerkschaftsauffassung vor Augen zu führen, — auf die durch den bekannten Kölner Beschluß gegebene abfällige Beurteilung des Generalstreiks durch die offiziellen Gewerkschaftsleiter sowie auf die Gefahr hingewiesen, die durch eine zu weite Ausdehnung des Beamtenkörpers sowie eine übertriebene Meinung von der Unentbehrlichkeit starker Kassenbestände meiner Ansicht nach entstehen muß, und die gar leicht zu einer Paralyse der Kampfeskraft und des Kampfesmutes der Organisation führen kann. Mit dieser Ansicht, zu deren Bekräftigung gerade die Geschichte der letzten Jahre viel Material geliefert hat, stehe ich, auch wenn sie ketzerisch sein sollte, in der Partei, glaube ich, nicht so ganz allein. Daß ich die Gewerkschaftsbeamten — ebenso wie die Parteibeamten — nicht als „Nassauer" dargestellt habe, ist selbstverständlich, ebenso aber auch die Tatsache, daß ein starkes, lediglich von dem Bestehen einer Organisation abhängiges Beamtentum — sei es, bei welcher Organisation immer — neben manchen, gewiß nicht zu unterschätzenden Vorteilen, den erheblichen Nachteil zur Folge hat, dieser Organisation selbst ihre aggressive Frische und ihre revolutionäre Spannkraft mit psychologisch-ökonomischer Notwendigkeit zu benehmen.

5. Richtig an dem ganzen Bericht des Pariser Korrespondenten ist bloß das eine, daß die „Avant-Garde" zunächst mich als „Führer" eines „Flügels" angepriesen hatte, eine Art von Reklame, für die lediglich der Verfasser derselben verantwortlich ist und welche mich — und es liegt mir daran, dies hier nachdrücklich zu wiederholen — veranlaßt hat, ohne Verzug energisch gegen sie einzuschreiten, mit dem Erfolge, daß sie sowohl auf den Plakaten wie in den in verschiedenen Parteizeitungen erschienenen Versammlungsannoncen füglich unterblieben ist. Charakteristisch für die Art des Korrespondenten aber ist es, daß er diesen Lapsus eines französischen Genossen, den ich bereits in mündlicher Rede verschiedenen ihm nahestehenden Genossen gegenüber ausdrücklichst als unstatthaft und unzulässig desavouiert hatte, nunmehr benutzt, um mich bei den Lesern des „Vorwärts" zu diskreditieren.

Es gibt für die besagte Korrespondenz vom 22. Februar nur zwei Erklärungen:

Entweder ihr Verfasser ist bei meinen zwei Vortragsabenden gar nicht anwesend gewesen, und er kennt sie bloß vom Hörensagen oder aber er war da. Und das wäre noch schlimmer.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Dr. Robert Michels.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschafts-„Christliches".

Die Streikbewegung in der Berliner Handelsgärtnereibranche ist mit dem 1. April in das Stadium des eigentlichen Ausstandes getreten. Nachdem zuvor durch eine am 28. März vorgenommene Reduzierung der Lohnforderung in Höhe von 22 M. pro Woche für Gehülfen im ersten und zweiten Jahre nach der Lehrzeit auf 20 M. pro Woche erfolgt war, konnten eine erhebliche Anzahl von Kündigungen wieder zurückgezogen werden, da diese Forderung von den betreffenden Firmen bewilligt wurden. Ausständig wurden infolgedessen und zufolge schon früher erfolgter Bewilligungen am ersten Streiktage nur rund 120 Mann.

Zugleich arbeitete aber auch die christliche Streikbrecherzentrale („Deutscher Gärtnerverband"), die beim Gastwirt Kaufmann in Berlin, Weißenburgerstr. 67, etabliert ist, mit Intensität.

In allen größeren Gärtnereifachblättern erschienen seit zwei Wochen Inserate jener Christlichen, durch welche den auswärtigen Gehülfen „tarifmäßig bezahlte Stellen in Berliner Handelsgärtnereien" angeboten und so diese Gehülfen nach dem Streikorte gelockt wurden. Da aber das notwendige Kontingent damit trotzdem nicht aufzubringen war, so versandte am 31. März das christliche Streikbrecherbureau im Auftrage der Unternehmerorganisation noch ein Flugblatt dieses Inhalts:

„An unsere Gehülfen!

Die dem Verband der Handelsgärtner Deutschlands angehörenden Handelsgärtner von Berlin und Umgegend haben beschlossen, die

exorbitanten Forderungen des sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins

nicht

zu erfüllen. Sie sind dazu nicht in der Lage, und jeder anständige Gehülfe wird auch einsehen, daß es nicht angängig ist, ausgelernten Leuten, die kaum einen Topf verpflanzen können, 22 M. Anfangsgehalt zu bewilligen. Sie sehen den Manipulationen mit Ruhe entgegen, da sie fest überzeugt sind, daß ein viel zu guter Kern in den deutschen Gärtnergehülfen steckt, als daß sie sich dauernd von bezahlten revolutionär-sozialdemokratischen Agitatoren und anderen, den handelsgärtnerischen Betrieben völlig fernstehenden Leuten aufhetzen lassen sollten. Und wenn, so wird es ihr eigener Schade sein, denn die

aussichtslose Bewegung

ist nur ein Agitationsmittel schmutzigster Art. Gehülfen, die sich daran beteiligen, werden bei Mitgliedern des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands

keine Stellung

mehr bekommen.

Kehren Sie daher zur rechten Zeit um, bevor es zu spät ist.

Kehren Sie einer Vereinigung den Rücken, die nur bestrebt ist, Unzufriedenheit zu säen, um Sie desto sicherer der Sozialdemokratie in die Arme zu treiben, die Ihnen ohne weiteres zu diesem Zweck das Märchen aufbindet, nach unserem mit dem

Nationalen Deutschen Gärtnerverband

abgeschlossenen Tarif sei der Mindestlohn 16,20 M., während er in Wahrheit 18 M. beträgt.

Dieselben Leute, die dieses behaupten, haben in Hannover einen Tarif mit einem Mindestlohn von 16 M. abgeschlossen.

Die vielen Fälle von Terrorismus, der vielfach angewandte Zwang, um junge Leute zum Eintritt in den sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein zu bewegen, zeigt zur Genüge, zu welchen Mitteln gegriffen werden muß, um einen einigermaßen sichtbaren Erfolg aufzuweisen.

Gruppe Berlin des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands."

Dieses von der Unternehmerorganisation gezeichnete Flugblatt zeigt, daß die Unternehmer jetzt schon selbst den Minimallohn von 16,20 M., der im christlichen Tarif für Gehülfen im ersten Jahre nach der Lehrzeit und für sogenannte „Branchekundige" stipuliert worden ist, verleugnen müssen, indem sie sich damit nicht mehr vor die Oeffentlichkeit wagen! Sie erklären diesen Minimalsatz nun als ein „Märchen"; immerhin

schon ein sehr beachtenswerter Erfolg der Lohnbewegung und gleichzeitig eine Verurteilung der christlichen „Tarifabmachung“.

Am Sonntag, den 1. April, hatten die „Christlichen“ ihre paar Mitglieder nach ihrem Streikbureau zusammengezogen und ließen diese **für die Unternehmer Schlepperdienste verrichten**, indem die christlichen Verbändler die zugereisten „Arbeitswilligen“ nach den offenen Arbeitsstellen transportierten. Außerdem stellten die Christlichen um ihr Streikbrecherlokal **Anti-Streikposten** und veranlaßten die Polizei, die Posten der Streikenden mit ihren bekannten „Liebenswürdigkeiten“ zu behelligen. Zwei Streikende sind infolge dieser Denunziation sogar verhaftet worden.

Der Gastwirt Kaufmann, der natürlich dabei das beste Geschäft macht, kontrollierte mehrfach die Antistreikposten und flößte ihnen „Mut“ für ihre löbliche Tätigkeit ein.

Die Arbeiterschaft kann in dem Falle der Gärtner wahre Charakterstudien über „christliche“ Gewerkschaften machen.

Berlin und Umgegend.

Streikbeschluß der Berliner Schlosser!

Eine stark besuchte Schlosserversammlung, die gestern abend in der „Neuen Welt“ stattfand, lehnte die letzten Lohnangebote der Meister endgültig ab. Beschlossen wurde, den Meistern sofort Einzelforderungen vorzulegen und ihnen eine Bewilligungsfrist bis Donnerstag abend zu geben. **Ueberall dort, wo bis dahin die Forderungen nicht anerkannt sind, wird am Freitag morgen die Arbeit nicht wieder aufgenommen.**

Zum Streik der Maler und Anstreicher.

Die gestrige Kontrolle der Streikenden hat die Annahme, daß der Ausstand sich auf sämtliche Firmen und Werkstätten des Berufs erstreckt, durchaus bestätigt. Während des gestrigen Tages sind bereits über 800 Meister im Streikbureau gewesen und haben dort die Forderungen der Arbeiter unterschriftlich anerkannt. Etwa 100 andere Meister teilten der Streikleitung schriftlich mit, daß sie zur Anerkennung der Forderungen bereit seien. Ihrem Wunsche, Arbeiter zu erhalten, konnte jedoch nicht entsprochen werden, da nur die im Streikbureau unter den Augen der Streikleitung vollzogene Unterschrift des neuen Tarifs als gültig anerkannt wird. Für die Arbeiter der Firmen, die bewilligt haben, sind gestern Arbeitsberechtigungskarten ausgegeben worden. Die vielgerühmte Einigkeit unter den Meistern hat bereits einen argen Riß bekommen, und das ist auch ganz natürlich bei der Gegensätzlichkeit der Interessen unter ihnen. Viele der bewilligenden Meister erklärten rund heraus, der Streik sei lediglich eine Folge des Machtkitzels der „maßgebenden“ Innungsherren. Die tariflich geforderten Löhne würden ja zum großen Teile heute schon bezahlt, so daß eine finanzielle Mehrbelastung der Meister eigentlich gar nicht entstehe. Das eigentliche Motiv der Haupt-Innungsschreier bei ihrer Streikhetze sei, durch einen Streik von längerer Dauer die kleineren und mittleren Meister vor den wirtschaftlichen Ruin zu bringen, damit die „Großen“ dann desto leichter die Kundschaft der Kleinen überschlucken könnten. — Wenn die Dinge wirklich so stehen, wie sie hier von den Kleinmeistern geschildert werden, dann ist die Streikhetze der Innungsgrößen allerdings verständlich. Sie können es ja länger aushalten wie ihre minderkapitalkräftigen Innungsbrüder. Dann allerdings wären die kleinen und mittleren Meister aber auch die größten Toren, wenn sie sich durch Nichtbewilligung der Gesellenforderungen von ihren eigenen Großkollegen in der Innung während des Streiks so langsam das Fell über die Ohren ziehen ließen.

Die Berliner Bäckergesellen haben durch ihre Verbandsleitung den Bäckerinnungen jetzt die neuen Tarifforderungen zugestellt. Eine Antwort erwarten sie bis zum 10. April.

Die Getreideträger stehen gegenwärtig vor dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit den Speichereibesitzern. Infolge der Kündigung des alten Vertrages durch einen der Hauptunternehmer (Lehrter Speicher) war das Verhältnis zwischen den Trägern und ihren Arbeitgebern schon seit anfangs März ein ziemlich gespanntes geworden. Es schien, als wollten die Unternehmer neuen Verhandlungen mit dem Transportarbeiterverbande überhaupt aus dem Wege gehen und obendrein noch die Löhne reduzieren. Anders war ihr Verhalten kaum zu erklären, als sie einen Teil der alten Leute entließen und dafür arbeitslose Schlächtergesellen oder andere Arbeitslose von kräftigem Körperbau einstellten. Jedoch als diese die ungewohnt schwere Arbeit liegen ließen und schleunigst wieder ihrer Wege gingen, da wurden die Unternehmer anderen Sinnes. Hinzu kam, daß sich die Zahl der auf Entladung wartenden Getreidekähne von Tag zu Tag steigerte und die Schiffer nebst ihren Auftraggebern energisch auf endliche Abfertigung drängten. Diesen Umstand nutzten die Träger nun auch ihrerseits aus, indem sie eine Erhöhung der bisherigen Grundtaxe von 12 auf 14 Pf. für schweres Getreide und von 14 auf 16 Pf. für leichtes Getreide pro Mann und pro Tonne forderten. Am Sonnabend fanden nun dieserhalb Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß die Unternehmer die Forderungen der Träger zur Hauptsache anerkannten. Nur wegen der Bodenarbeit konnte eine endgültige Einigung noch nicht erzielt werden. Eine Versammlung der Träger, die am Sonntag im Gewerkschaftshause stattfand, beauftragte ihre Kommission, über diesen Streitpunkt am Dienstag noch einmal mit den Unternehmern zu verhandeln. Man hofft dann auf den definitiven Abschluß des Tarifes.

Streik der Potsdamer Steinmetzen. Wegen verweigerter Anerkennung des neuen Lohntarifs haben die Gehülfen die Arbeit eingestellt. Jede Unterhandlung wurde von den Unternehmern brüsk zurückgewiesen. Wie zum Hohn empfahlen die „Herren im Hause“ den Gehülfen aber die Annahme des bereits im vorigen Jahre abgelehnten Arbeitgebertarifs. — Der neue Tarif sieht einen Stundenlohn von 65 Pf. bei 9stündiger Arbeitszeit vor. Ebenso sollen die Akkordlöhne entsprechend erhöht werden. — Zuzug ist streng fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Hamburger Seeleute.

Der Verein der Reeder hat, um Uneinigkeit unter den Seeleuten hervorzurufen, vor seiner Geschäftsstelle ein Plakat anbringen lassen, in dem die „Gründe“ angegeben werden, weshalb der qu. Verein nicht mit der Organisation der Seeleute verhandeln will. Die Reeder könnten mit den Organisationsleitern der Seeleute nicht verhandeln, weil diese die Reeder zu oft persönlich angegriffen hätten, doch seien die Reeder stets bereit, die Forderungen der Seeleute entgegen zu nehmen und zu prüfen. Dieses durchsichtige Manöver hat die beabsichtigte Wirkung nicht erreicht. Die Seeleute stehen fest zusammen und sind nicht Willens, sich länger als billige und willige Ausbeutungsobjekte gebrauchen zu lassen. Die Abmusterungen von den nach Hamburg kommenden Schiffen gehen in aller Ruhe vor sich, während sich zur Anmusterung nur ganz vereinzelt Leute einfinden. Heute und morgen laufen die Kündigungsfristen ab. Auf den meisten Fahrzeugen befinden sich keine Seeleute. In einer großen Hafenarbeiter-Versammlung aller Branchen, die am Montag stattfand, wurde einstimmig eine Sympathie- und Solidaritätserklärung zugunsten der streikenden Seeleute angenommen. Der Verein der Reeder „tagt“ seit zwei Tagen.

Die Niederlausitz für Textilarbeiter gesperrt!

Aus Forst wird uns geschrieben: Die Niederlausitzer Textilarbeiterschaft steht im Kampfe um den Zehnstundentag und höheren Lohn. Die Fabrikanten versuchen von überall her Arbeitswillige heranzulocken. Es wird dringend ersucht, den Zuzug von Textilarbeitern und Arbeiterinnen von der Niederlausitz fernzuhalten.

Alle Gewerkschafts- und Parteiblätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.

•

Einen kleinen Schritt sind die Arbeitgeberverbände der Niederlausitzer Tuchindustrie den Forderungen der Arbeiterschaft entgegengekommen. Sie haben zum 1. Juli d. J. die Einführung einer neuen Arbeitsordnung angekündigt, wodurch die tägliche Arbeitszeit auf 10½ Stunden (bisher 11) festgesetzt und der Lohn der Stundenarbeiter dementsprechend erhöht wurde. Von den Arbeitern wird aber eine allgemeine Lohnerhöhung um 20 Proz. gefordert und es besteht auch keine Neigung, diese mit Rücksicht auf die herrschende Teuerung hinreichend gerechtfertigte Forderung fallen zu lassen. Deshalb wird unausgesetzt an der weiteren Stärkung der Organisation gearbeitet, die trotz erzielter guter Fortschritte noch immer in keinem rechten Verhältnis zur Gesamtzahl der Niederlausitzer Textilarbeiterschaft steht. Das wissen auch die Fabrikanten und darum weigern sie sich, weitere Zugeständnisse zu machen. Sie behaupten zwar, die halbstündige Arbeitszeitverkürzung sei das äußerste, was sie bewilligen könnten, wenn sie die „blühende“ Industrie nicht zugrunde richten wollten. Aber es steht außer Zweifel, daß sie auch eine angemessene Lohnerhöhung gewähren können, wenn sie sehen, daß es den Arbeitern bitterer Ernst damit ist. Vom Zehnstundentag, dessen Durchführbarkeit ebenso klar erwiesen ist wie seine Notwendigkeit, ganz zu schweigen. Es bedarf außerordentlicher Anstrengungen, um die zum großen Teil beispiellos gleichgültige und indifferente Lausitzer Weberbevölkerung aus ihrer Lethargie aufzurütteln. Gerade darum ist es aber umsomehr zu wünschen, daß nicht durch ein Ueberangebot von Arbeitskräften die Aufwärtsbewegung der Niederlausitzer Textilproletarier beeinträchtigt wird.

Die Bauhülfsarbeiter in Nauen befinden sich in der Bewegung. Die Hülfsarbeiter auf den Zimmerplätzen verlangten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 25 auf 30 Pf., den man ihnen verweigerte. Den Bauarbeitern wollte man ein Mehr von 5 Pf. pro Stunde zahlen. Diese erklärten sich jedoch mit ihren Arbeitsbrüdern solidarisch und alle legten am Montag gemeinsam die Arbeit nieder. — Zuzug ist fernzuhalten.

Die kapitalistische Machtprobe der hannoverschen Metallindustriellen

wird nun zur Tatsache. In den Betrieben ist folgender Ukas angeschlagen und den Arbeitern zur Kenntnis gebracht:

„Die Gießereiarbeiter der Mehrzahl hiesiger industrieller Werke haben ihre Kündigung eingereicht bezw. die Arbeit niedergelegt, weil ihnen Forderungen, welche sie an die Werkleitungen gestellt hatten, nicht durchweg bewilligt werden konnten. Die Mehrzahl der Forderungen betreffend Lohnzulage, Behandlung des Ausschusses, der Ueberstunden und Einrichtungen für Betriebssicherheit, sind zum Teil bewilligt, zum Teil ist deren Bewilligung in Erwägung gezogen. Nicht bewilligt werden konnte die Forderung der Garantie eines Mindestlohnes für jeden Gießereiarbeiter bezw. Former ohne Berücksichtigung seiner Arbeitsleistung sowie die Bezahlung einer längeren als der wirklich geleisteten Arbeitszeit.

Infolgedessen sehen sich die unterzeichneten Firmen zu ihrem Bedauern genötigt, ihre Werke stillzulegen, weil der Betrieb derselben nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn die Gießereibetriebe ruhen.

Die Stillegung der Werke erfolgt spätestens am 4. April d. J., abends 6 Uhr; bei denjenigen Werken jedoch, bei welchen wegen Kündigungsfrist eine frühere Entlassung der Arbeiter nicht möglich ist, am 9. April d. J., abends 6 Uhr.“

Wir haben schon nachgewiesen, daß es sich in Hannover lediglich um eine Machtprobe der Unternehmer handelt und daß man gar nichts bewilligt hat. Aber der obige Anschlag kennzeichnet nun auch noch die frivole Unverschämtheit unseres Großkapitals in erschreckendster Weise. Gibt man den Arbeitern doch in aller Seelenruhe bekannt, daß man selbst Einrichtungen für Betriebssicherheit — also Einrichtungen zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiter! — nur zum Teil bewilligt oder deren Bewilligung gar nur in Erwägung gezogen haben! Man denke an das Verbrechen von Courrières und wird die Erbitterung der Metallarbeiter begreifen können. Entweder in der Fabrik zum Krüppel werden oder als Ausgesperrter verhungern; das ist, was der Arbeiter ohne Organisation vom Kapital zu erwarten hat!

Wenn die Metallindustriellen glauben, mit der Aussperrung die Arbeiter mürbe zu machen, werden sie sich irren. Die Folge wird vielmehr sein, daß auch noch andere Berufe außer den Gießereiarbeitern Forderungen stellen; am Dienstagabend nahmen die Modelltischler bereits zu der Gewaltat des übermütigen Unternehmertums Stellung. Die Metallarbeiter sind auf einen längeren und heftigen Kampf gefaßt.

• • •

Recht schnell haben sich die Arbeitgeber im Tischlergewerbe von ihrer Machtlosigkeit überzeugt. Die in voriger Woche geführten Verhandlungen erreichten am Freitag mit Annahme der ausgearbeiteten Tarifvorschläge seitens der Arbeiter ihr Ende. Als am Sonnabend der Tarif unterzeichnet und abgeschlossen werden sollte, scheiterte dieser Abschluß an der Haltung der Arbeitgeber, die bei Abfassung der Paragraphen in gemütvoller Weise das Gegenteil der Abmachungen hineinredigieren wollten. Das Kampfobjekt war besonders der Arbeitsnachweis. Die Scharfmacher benachrichtigten sofort die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, forderten die Aussperrung und dann lanzierte man eine Notiz in die kapitalistischen Blätter, in der es hieß:

„Sämtliche Tischlereibetriebe mit 2000 Gesellen sind stillgelegt.“

Diese Generalaussperrung kam aber nicht zu stande, denn am Montag waren nur etwa 600—700 Arbeiter von 2000 ausgesperrt. Dieser Mißerfolg brachte die Scharfmacher zur Besinnung: quod licet Jovi, non licet bovi — (Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen darum noch nicht erlaubt) mußten sie sich im Hinblick auf ihre kapitalkräftigeren Kollegen der Metallindustrie sagen, und deshalb beschlossen sie schon am Montag unter Mitwirkung des Herrn Schwenke aus Berlin mit dem Holzarbeiterverbande nochmals in Verhandlung zu treten. Das geschah auch gleich am Montag und es ist nun eine völlige Einigung erzielt. Die Arbeit wird am Mittwoch wieder aufgenommen. Das ebenso törichte wie dreiste Vorgehen hat für die Gernegroße der Tischlermeister noch die recht blamable Folge, daß sie ganz grundlos dem Holzarbeiter-Verbande ihre Ohnmacht ad oculos demonstriert haben.

•

Die Arbeiter in den drei Drahtwarenfabriken von Jacob u. Dietrich, Hentschel und Grimm u. Co. sind in den Streik getreten, weil die Fabrikanten die von Herrn Grimm gemachten Zugeständnisse hinterher zurückzogen und unter solchen Umständen auch noch einen dreijährigen Tarif verlangten.

Ausland.

Der Mord in Toulon.

Der Unterpräfekt ist in Sachen der durch den Kellnerstreik vorgekommenen Zwischenfälle nach Paris berufen worden. Die Leiche des von einem Streikbrecher ermordeten Kellners ist in die Arbeiterbörse transportiert worden und wird heute unter großer Beteiligung begraben werden.

Die Hafenarbeiter in Fiume haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streik in Amerika.

Von den Besitzern der bituminöse Kohle fördernden Bergwerke haben elf der bedeutendsten, in deren Gruben jährlich 30 Millionen Tonnen, d. h. drei Viertel der Gesamtförderung dieses Distriktes, gewonnen werden, den Lohntarif von 1903 bewilligt. Es wird abzuwarten sein, ob es sich dabei um ein ehrliches Entgegenkommen des Unternehmertums handelt, veranlaßt natürlich durch das geschlossene Auftreten der Arbeiter, oder ob es sich dabei um den Trick handelt, durch teilweise Förderung in einem bestreikten Gebiete die Widerstandskraft der übrigen Grubenbesitzer zu stärken.

Angesichts des großen Bergarbeiterstreiks ist ein Beschluß, den kürzlich der allgemeine Bergarbeiterverband gefaßt hat, von hoher Bedeutung. Er bewilligte nämlich für die Verteidigung von Maher, Haywood und die übrigen verhafteten und angeklagten Beamten der Western Miners Federation die Summe von 20 000 M. Gegen die obenbezeichneten Gewerkschaftsbeamten wird bekanntlich die Anklage erhoben, sie hätten das unlängst gegen den Gouverneur von Idaho verübte Bombenattentat begangen oder veranlaßt. Dieser Gouverneur, namens Steubenberg, hat sich beim letzten Bergarbeiterstreik durch sein rigoroses Vorgehen gegen die Streikenden sehr verhaßt gemacht und er wurde kürzlich durch eine Dynamitbombe getötet. Dafür will man nun die Führer des Western Bergarbeiterverbandes verantwortlich machen und dem Henker überliefern. Die ganze Angelegenheit hat große Aehnlichkeit mit dem Chikagoer Bombenattentat von 1887. Auch damals war ein Streik und als auf dem Haymarkt zu Chikago von unbekannter Hand eine Bombe unter die Pinkertons (Privatpolizisten) geworfen wurde, verhaftete man die bekannten Anarchistenführer und verurteilte sie. Der spätere Gouverneur des Staates Illionis hat ausdrücklich anerkannt, daß die Chikagoer Anarchisten einem Justizmord zum Opfer gefallen sind. Die Kapitalisten von Colorado in Idaho planen, wie es scheint, jetzt ganz das Gleiche; sie möchten die Bergarbeiterführer dem Galgen überliefern. Der Beschluß des Bergarbeiterverbandes ist von um so größerer Bedeutung, als die beiden Verbände in durchaus keinem freundschaftlichen Verhältnis zu einander stehen. Der allgemeine Bergarbeiterverband, dessen Präsident John Mitchell, ist der amerikanischen Federation of Labor (Präsident Gompers) angeschlossen, die bekanntlich nichts wissen will von einer politischen Betätigung der Arbeiterklasse, und vor allem den Sozialisten feindlich gegenüber steht, währenddem die Western Bergleute sich ausdrücklich zum Sozialismus bekennen. Trotz dieses Gegensatzes der obige Beschluß, welcher zeigt, daß die Mitglieder des großen Verbandes begriffen haben, um was es sich jetzt handelt, daß der Kapitalismus der gemeinsame Feind ist, der vor allem die Organisation der Arbeiter vernichten möchte. Besonders bemerkenswert ist noch, daß auf Antrag von Mitchell selbst der Beschluß dahin erweitert wurde, daß diese Summe im Bedarfsfalle erhöht werde.

Auch die sozialdemokratische Partei Amerikas ist eifrigst um die Verhafteten bemüht. In verschiedenen Städten haben Protestversammlungen stattgefunden und es sind Sammlungen zu deren Verteidigung veranstaltet worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus der Stadt der reinen Vernunft.

Königsberg i. Pr., 3. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)] Heute standen hier gegen die „Königsberger Volkszeitung“ **vier Prozesse zur Verhandlung.** Genosse Crispien hatte im Gerichtsbericht über den Prozeß gegen Genossen Löbe-Breslau einen Teil des Artikels der Breslauer „Volkswacht“ abgedruckt; **200 M. Strafe** wurden über ihn verhängt. **Der Staatsanwalt hatte nur neun Monate Gefängnis beantragt.** Der zweite Preßsünder, Genosse Marchionini, wurde wegen Majestätsbeleidigung zu **vier Monaten Gefängnis** verurteilt. Der Staatsanwalt hatte **acht Monate Gefängnis für notwendig erachtet.** In zwei anderen Fällen wurde Genosse Crispien zu **200 und 300 M. Strafe verurteilt.** Beantragt waren einmal 300 M. und das zweite Mal **drei Monate** Gefängnis. Die Verhandlung dauerte über acht Stunden.

Vom Streik der Braunkohlenarbeiter.

Braunschweig, 3. April. (W. T. B.) Von den Arbeitern der **braunschweigischen Kohlenbergwerke, Helmstadt,** sind 700 **Mann,** das ist etwa die Hälfte, **in den Ausstand getreten.**

Der Mord von Courrières.

Paris, 3. April. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Basly erklärt, die staatlichen Ingenieure trügen dieselbe Verantwortung, wie die Grubeningenieure. Die Delegierten seien der Meinung, **daß noch Lebende zu retten seien; unglücklicherweise habe die Gesellschaft neue Abdämmungsarbeiten ausführen lassen, welche die Rettung erschwerten.** (Zuruf auf der äußersten Linken.) Basly verlangt schließlich **Bestrafung der Schuldigen.** Lafies und Millevoye von der Rechten beschuldigen die Gesellschaft, **daß sie lieber ihre Gruben, als die Opfer des Unglücks haben retten wollen.** Boudery (Soz.) erklärt, die Ursache des Unglücks sei in der **Habgier der Gesellschaft zu suchen.** Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Barthou, erwidert, man müsse das Ergebnis der Untersuchung abwarten, bevor man ein endgültiges Urteil über die Angelegenheit abgebe. Der Minister erklärt, **die staatlichen mit der Kontrolle betrauten Ingenieure hätten seit langer Zeit die Gesellschaft auf die Unzulänglichkeit ihres Materials aufmerksam gemacht.** Das Gesetz von 1810 gebe der Regierung wohl das Recht, für die Sicherheit der Arbeiter zu sorgen, aber es enthalte keine Bestimmungen über die Gesundheitspflege und Hygiene der Arbeiter. Das hierauf bezügliche neue Gesetz sei von der Kammer 1904 beschlossen worden; er, der Minister, werde die schleunige Zustimmung des Senats hierzu verlangen. Das Grubenunglück habe gezeigt, daß ein solches Gesetz notwendig sei. Der Minister versichert, daß die Ingenieure des Staates und der Gesellschaft alles mögliche getan hätten, um Ueberlebende zu suchen, und zollt dem Mute der dreizehn geretteten Bergleute seine Anerkennung. (Beifall.) Es seien Irrtümer begangen worden, aber man dürfe die Gesellschaft nicht beschuldigen, Ueberlebende geopfert zu haben, um die Gruben zu retten. Auf eine Bemerkung Jaurès erklärt der Minister, daß der Gesellschaft, **falls sie schuldig befunden würde, die Konzession entzogen werden solle.** Nachdem Jaurès und Ribot ihre Zustimmung zu den Worten des Ministers erklärt haben, wird einstimmig eine Tagesordnung angenommen, die der Regierung das Vertrauen ausspricht.

Ueberfall auf eine Postkutsche.

Tiflis, 3. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Sechs bewaffnete Leute griffen gestern in der Nähe von Tiflis **einen Postwagen an, töteten den Postillion und den Kutscher und verwundeten einen Wachmann,** der die Post begleitete. Letztere blieb unversehrt. Die Räuber werden verfolgt.

Zugentgleisung.

Warschau, 3. April. (W. T. B.) Heute abend **entgleiste der Schnellzug Moskau—Warschau** in der Station Biala. Dabei kam **eine Person ums Leben, sieben erlitten Verletzungen.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

83. Sitzung, den 3. April, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch Sixt v. Armin, v. Gallwitz.

Die Petitionen, die von der Petitionskommission als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet werden, gelten als durch Kenntnisnahme erledigt.

Der Bericht der Reichsschuldenkommission und die Rechnung über den Haushalt von Kiautschou, letztere in erster Lesung, werden genehmigt.

Die zweite Lesung des Militäretats wird bei den miteinander verbundenen Kapiteln „Artillerie und Waffenwesen“ und „Technische Institute“ fortgesetzt.

Abg. **Zubeil** (Soz.):

Es ist ein wunderbarer Vorgang, daß die Herren Kollegen zwar Zeit für alle möglichen Interessen haben, sobald aber Arbeiterinteressen in Frage kommen, dann soll der Etat im Geschwindgalopp erledigt werden. Wir aber, die wir in erster Linie die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben, glauben, daß wir ebenso gut wie Sie die Zeit des Reichstages in Anspruch nehmen können. Wie erzieherisch unsere Tätigkeit hier im Hause schon gewirkt hat, das hat gerade die gestrige Rede des Abg. Pauli klar bewiesen. Ein Vertreter der rechten Seite des Hauses, ein konservativer Kleinmeister, hat eine so große Masse von Beschwerden der Arbeiter und Unterbeamten in den königlichen Instituten in Spandau vorgetragen, daß wir auch nicht sehr viel mehr Beschwerden vorzubringen haben. Wie schlimm es in den Instituten bestellt sein muß, das ist gerade durch die Rede des konservativen Vertreters evident bewiesen. Den Unterbeamten in Spandau ist im vorigen Jahre vom Herrn Generalmajor Sixt v. Armin eine Gehaltsaufbesserung versprochen worden; sie bitten schon seit vier Jahren um eine Aufbesserung und stehen noch schlechter da als die Magazinarbeiter. Letztere erhalten 3,40 M. und erreichen nach vier Jahren einen Lohn von 4 M. Die Unterbeamten bekommen aber noch weniger, nämlich durchschnittlich nur 3 M. Ihr Gehalt wird nach 21 Jahren auf sage und schreibe 3,85 M. erhöht! Nach fünfzehnjähriger Tätigkeit erhalten sie eine tägliche Zulage von 6½ Pf. Viele Unternehmer in Privatbetrieben würden sich schämen, eine so geringe Zulage zu geben. Eine Teuerungszulage existiert nicht trotz aller Lebensmittel-Preiserhöhungen und Mietssteigerungen. Staat dessen hat man seit dem 1. Oktober des letzten Jahres das Aufsichtspersonal wieder vermehrt. Nach der Berechnung des Etats kosten diese neueingestellten Beamten 35- bis 40 000 M. Nun gibt es in allen ähnlichen Instituten des Reiches zusammen nur 80 Unterbeamte. Würde man diesen eine Zulage geben, durch die sie über die höchste Not des Lebens hinwegkämen, so würde das dem Reiche nur eine Ausgabe von 14—21 000 M. verursachen. Statt dessen vermehrt man das Aufsichtspersonal, obgleich das nicht nötig ist, ja geradezu schädlich wirkt. Die Unterbeamten sind noch nicht einmal mit den Heizern gleichgestellt. Die Steindruckergehülfen sind heute gleichgestellt mit den Kohlenfahrern, indem sie in der dritten Lohnklasse sind und 4 M. erhalten; nach 10 Jahren rücken sie zu 4,50 M. auf. Nun denken Sie aber, daß das Arbeiter sind, die eine 4—5jährige Lehrzeit hinter sich haben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterausschüsse haben sich in einer Petition an den deutschen Reichstag gewendet. Aus der Antwort des Generalmajors Sixt v. Armin klang deutlich das alte Lied von der Rücksichtnahme auf die Privatinteressen heraus. Diese Rücksichtnahme ist des Pudels Kern, sie hindert die Staatsbetriebe fortzuschreiten. Man muß immer wieder an die Rede des Ministers von Bötticher denken, die er auf einem Festmahle der Unternehmer gehalten hat und deren Refrain lautete: „Wir arbeiten ja nur für Sie!“ Diese Worte werden in den königlichen Werkstätten zur traurigen Wahrheit. Wenn der Herr Generalmajor auf die sinkenden Ziffern der Krankenkassen hinweist, so ist dabei zu bedenken, daß die Krankenziffern deshalb nicht höher werden, weil die Arbeiter durch ihre wirtschaftliche Lage gezwungen sind, bis zur äußersten Erschöpfung zu arbeiten, und sich daher nicht krank melden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Satzungen der Arbeiterausschüsse gewähren diesen nicht die nötige Bewegungsfreiheit. Sämtliche Arbeiterausschüsse haben sich gegen einzelne Paragraphen ihrer Satzungen ausgesprochen. Trotzdem wurden diese Paragraphen beibehalten. In einem Befehl, der vom Obersten, der zugleich Direktor ist, unterzeichnet ist, heißt es, daß eine Sitzung des Arbeiterausschusses nur 20 Minuten dauern darf! Das ist der reine Hohn. Die Arbeiterausschüsse werden durch solche Bestimmungen einfach in spanische Stiefel eingeschnürt. Arbeiter, die ihr Mandat zu den Ausschüssen niederlegen, dürfen erst nach 3 Jahren wiedergewählt werden. Das heißt also: wenn ein Arbeiter, der — weil er eine im Interesse der Arbeiter gestellte Forderung nicht durchbringen konnte — aus Protest sein Amt niederlegt, so wird er gewissermaßen mit dem Verlust seiner bürgerlichen Ehrenrechte als Arbeiter bestraft, indem er 3 Jahre lang nicht gewählt werden darf. Wie konnte die Heeresverwaltung einer derartigen Knechtung ihre Zustimmung geben? Solche Bestimmungen müssen mehr Unzufriedenheit erregen, als wir durch unsere Agitation angeblich erregen. Herr Sixt v. Armin hat das mehrfache Kontrollsystem der Arbeiter als notwendig bezeichnet. Aber nach Ansicht der Arbeiterschaft würde eine einzige Kontrollmarke vollkommen genügen. Der Generalmajor sprach von Erhebungen zu dem Zwecke, daß die Löhne in den Artilleriedepots nicht unter denen in den Kommunen blieben. Ich hoffe, man sucht sich hierbei nicht gerade die Kommunen als Maßstab aus, die die schlechtesten Löhne bezahlen. — Die Nachtarbeit wird viel zu schlecht bezahlt. Viel aber sollte man sparen an den Aufsehern, von denen mindestens ein halbes Dutzend ganz überflüssig ist. — In der Geschoßfabrik sind 500 Menschen im engen Raum beschäftigt. Im Betriebe des Meisters Jäger herrscht absolute Autokratie. Was er will, geschieht. Vor kurzem mußte er eine Klage gegen einen Arbeiter zurücknehmen, wahrscheinlich fürchtete man, daß bei diesem Prozeß die merkwürdigsten Zustände aus dem Betriebe ans Tageslicht kommen würden. Die Akkordsätze werden festgesetzt, indem Meister Jäger bei der Arbeit mit der Uhr in der Hand dabei steht! Sehr geklagt wird auch über die Zustände im Speisesaal, wo eine übermäßige Hitze herrschen soll. — In einem anderen Betriebe, wo es auf die peinlichste Sauberkeit ankommt, müssen die Arbeiter unentgeltlich die Reinigung ausführen. Hier herrscht Meister Collin, den ich schon im vorigen Jahre unter die Lupe nehmen mußte; er versteht es, die Arbeiter in ausgiebiger Weise zu schröpfen. Sehr wenig beliebt ist auch Obermeister Obier, der als Angeber so bekannt ist, daß die Feldzeugmeisterei ihm hat verbieten müssen, unbegründet Anzeigen zu machen. Einen Arbeiter beschuldigte er vollkommen grundlos, daß er einen Ventilationshahn gestohlen habe. Der Arbeiter, ein Arbeiterausschußmitglied, wurde nachher wegen Beleidigung des Meisters, weil er sich diesen Vorwurf nicht hatte ruhig gefallen lassen, bestraft, die Beleidigung von seiten des Meisters aber ging unbestraft hin.

Ich komme nun zum Feuerwerkslaboratorium. (Unruhe rechts.) Ja, meine Herren, Sie werden noch lange warten müssen. (Heiterkeit.) Ein Arbeiter, der 18 Jahre lang im Betriebe war, wurde kurz vor dem Weihnachtsfeste ohne Angabe von Gründen entlassen; er hatte kurz vorher sein Amt als Arbeiterausschußmitglied niedergelegt. Der Direktor dieses Werks (Giesberg) unterläßt es bei keiner Gelegenheit, die Arbeiter auf das Sparen hinzuweisen! Bei der letzten Kaisergeburtstagsfeier erklärte er ihnen, ihre Frauen verständen nicht zu wirtschaften, sonst müßten sie von ihren 4,50 M. täglich 50 Pf. ersparen können!! Als er damit nichts erreichte, trieb ihn sein Sparsamkeitsfieber — wie es die Arbeiter dort nannten — dazu, bei der Lohnzahlung gleich einen Schreiber hinzusetzen, der über jede gesparte 50 Pf. quittierte. Das ist eine ungehörige Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiter. Ungehörig ist auch, daß aus den Mitteln der Kantinenkassen, die von den Arbeitern selbst aufgebracht werden, an einzelne Arbeiter Prämien verteilt werden. In den Betrieben dieses Direktors wird auch die größte politische Agitation entfaltet für das „Deutsche Volksblatt“. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl wurden die Arbeiter zur Wahl kommandiert und unter Führung des Meisters zur Urne geschleppt. Das ist keine anständige Art der Agitation. (Unruhe rechts.) Die selbstverständlichsten hygienischen Einrichtungen — wie Badeeinrichtungen — fehlen vielfach in den Betrieben.

Ferner wird über das Denunziantenunwesen im Feuerwerkslaboratorium geklagt. Ein Dr. Piesger sieht **das Stullenpapier** der Arbeiter nach, ob es vielleicht ein Stück einer sozialdemokratischen Zeitung ist, ja — er öffnete die Kaffeekannen der Arbeiter und steckte seine unliebenswürdige Nase in sie hinein! (Große Heiterkeit rechts.) Ja, würden Sie sich so etwas gefallen lassen, Herr Graf Oriola? (Erneute große Heiterkeit rechts.) Bei Ihnen sind wir ja so etwas gewöhnt — es sind eben „nur Arbeiter“; diese aber beschweren sich über diese Unverschämtheit ihres Vorgesetzten. Ein Zeichen der Stimmung der Arbeiter ist, daß der letzte „Familienabend“ dieses Herrn ganz unbesucht war; er mußte seinen Familienabend allein abhalten. (Heiterkeit.)

Ich komme nun zu den Pulverwerkstätten in Hanau. Arbeiter mit einer zwanzigjährigen Tätigkeit im Betriebe erhalten 3—4 M. Lohn. Die Gesundheitsverhältnisse in der Pulverfabrik sind äußerst schlecht. Der Gestank erstreckt sich 200 bis 300 Meter weit bis zu den Wohnungen der Arbeiter. Weiter beklagen sich die Arbeiter darüber, daß sie vielfach in andere Betriebe versetzt werden, wo sie niedrigere Löhne erhalten. Selbst wenn sie zurückversetzt werden, erhalten sie nicht ihren alten Lohn, sondern müssen mit den niedrigeren Löhnen wieder anfangen. Reparaturen werden fast alle der Privatindustrie übergeben, während sie in den Betrieben selbst ausgeführt werden könnten. Die Krankheitsziffer ist in Hanau weit höher als in Spandau. Staub und Zugluft sind die Ursache vieler Lungenkrankheiten. Die Gewährung von Schutzkleidung für die Arbeiter in diesen gesundheitsgefährlichen Betrieben, welche seinerzeit auf Grund der Mitteilungen meines früheren Fraktionsgenossen Hoch-Hanau erfolgte, ist unterdessen wieder eingeschlafen. Dabei liegt die Gefahr vor, daß ohne solche Schutzkleidung die Arbeiter den giftigen Staub auch in ihre Familien tragen. Weiter beklagen sich die Arbeiter über schikanöse Strafbestimmungen. Bei Beschwerden muß der Arbeiter sich erst an den Aufseher, dann an den Meister, den Betriebsführer, den Betriebsdirektor und den Verwaltungsdirektor wenden. Die Arbeiter müßten das Recht haben, sich an den Abteilungschef zu wenden oder durch Vermittelung des Arbeiterausschusses an den Betriebschef.

In der Fabrik Siegburg gibt es einen Betriebsleiter, der besser Zuchthausdirektor genannt würde: Wird das Fabriktor geschlossen, fühlen sich die Arbeiter wie im Gefängnis. Vergißt der Arbeiter den Schlüssel abzuziehen, so wird er mit 1,50 M. bestraft! Der jüngste Aufseher benimmt sich wie ein Sklavenhalter. Man geniert sich nicht, die Arbeiter auszupowern: die Meister borgen sich Geld von den Arbeitern und geben es nicht wieder. Verlangen es die Arbeiter zurück, so werden sie drangsaliert. Diejenigen Arbeiter, die eine schöne Frau besitzen, werden bevorzugt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einzelne junge Leute werden vorgezogen, ein junger 19jähriger Mann bekommt oft mehr als ein Arbeiter, der auf eine langjährige Erfahrung zurücksehen kann. Die Stücklöhne werden immer weiter verkürzt, in einem Falle von 5 M. pro 100 Stück auf 1,00 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Verhältnisse in Siegburg sind also noch schlimmer als in Hanau und Spandau. Auch beim Bekleidungsamt in Straßburg herrschen Ungerechtigkeiten.

In der Militärwerkstatt zu Danzig werden die Arbeiter gezwungen, das Brot aus einer halbbankerotten Genossenschaftsbäckerei zu beziehen. Täglich fährt ein Wagen mit Brot auf den Hof der Fabrik, und die Arbeiter müssen kaufen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Danzig werden die Feiertage, mit Ausnahme von Kaisers Geburtstag nicht bezahlt, sondern vom Wochenlohn abgezogen. Das widerspricht geradezu den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Ich hoffe, daß meine Darlegungen auch in diesem Jahre dazu beitragen werden, daß die Arbeiterfürsorge in die Militärwerkstätten mehr ausgebildet wird und daß die Oeffentlichkeit sich mit ihnen mehr beschäftigt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Lucas** (natl.): Ohne in den vom Herrn Vorredner gerügten „Geschwindgalopp“ zu verfallen, glaube ich mich kürzer fassen zu können als der Herr Vorredner. (Beifall und Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Die erzieherische Wirkung der Rede des Herrn Pauli auf die Arbeiter kann ich freilich nicht anerkennen — ich meine natürlich Zubeil. (Lachen bei den Sozialdemokraten, Heiterkeit.) **Die Arbeiter erkennen durchaus an, daß ihre Löhne ausreichend sind.** Aber sie verlangen ein geordnetes Aufsteigen, nicht ein Avancement nach Laune und Willkür der Vorgesetzten. Auch ein besonderer Fonds zur Verbesserung der Wohnungsfürsorge wäre zu wünschen. Möge die Militärverwaltung mit ihren Verbesserungen nicht warten, bis es gewissen Elementen gelungen ist, die Arbeiter unzufrieden zu machen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Generalmajor **Sixt von Armin**: Ich habe mir bei der Rede des Abg. Zubeil erst gewissenhafte Notizen gemacht, aber bei den Kaffeekannen und Stullenpapieren habe ich aufgehört. Der größte Teil der hier vorgetragenen Fälle ist mir gänzlich fremd. Aber ich kann für einen anderen großen Teil der Beschwerden auch sagen: Der Abgeordnete Zubeil ist im Irrtum, er versteht die Verhältnisse nicht. Unsere Institute sind **in Wohlfahrtspflege und Gesundheitsschutz der Arbeiter vorbildlich** und können sich mit jedem Privatunternehmen vergleichen. Der Abg. Zubeil hat schwere Angriffe gegen einzelne Beamte gerichtet, Worte wie „Betrüger“, „Denunziant“, „Zuchthausdirektor“ usw. gegen unbescholtene Leute gebraucht. Ich werde — wie stets — alle diese Anklagen genau untersuchen lassen. Aber nach den Erfahrungen, die ich in früheren Jahren mit dem Abgeordneten Zubeil gemacht habe, bin ich berechtigt, alle diese Anschuldigungen für ebenso unbegründet wie die früheren zu halten. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Damit schließt die Debatte. Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel: Festungen und Verkehrswesen tritt

Abg. v. **Böhlendorff** (k.) für eine Erhöhung der Fonds zu Luftschiffahrtsversuchen ein, die ebenso notwendig seien, wie die ungeheuer kostspieligen Unterseeboot-Experimente. Die Versuche des Grafen Zeppelin seien nur infolge einer Verkettung unglücklicher Umstände gescheitert.

Das Wort wird nicht weiter verlangt und der Rest der dauernden Ausgaben genehmigt. — Es folgen die einmaligen Ausgaben.

Beim Titel „Erwerbung eines Truppenübungsplatzes für das 11. Armeekorps“ äußert

Abg. **Bärwinkel** (natl.) verschiedene Wünsche in bezug auf den Grunderwerb.

Abg. v. **Strombeck** (Z.) gibt der Befürchtung Ausdruck, daß durch die Wahl des Truppenübungsplatzes bei Ohrdruff die Bewohner des Eichsfeldes künftig durch Einquartierungslasten stark geschädigt würden.

Kriegsminister v. **Einem** weist diese Befürchtung als gänzlich unbegründet zurück.

Abg. **Hagemann** (natl.) bringt Wünsche in bezug auf Einzelheiten des Projektes vor.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (frs. Vp.): Es kommt alles darauf an, daß die Bauern, denen dort ihr Land abgenommen wird, Gelegenheit bekommen, an anderer Stelle ein gleiches Stück Land zu erwerben. Den Wünschelrutenmann, an dessen Wunderkraft ich allerdings nicht glaube, den man aber nach Südwestafrika geschickt hat, um Wasser zu entdecken, sollte man auch nach dem Truppenübungsplatze nach Ohrdruff senden! (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. **Bock-Gotha** (Soz.):

Infolge der Proteste gegen die Anlegung des Truppenübungsplatzes bei Ohrdruff hat die Budgetkommission das Projekt im Jahre 1901 zum ersten Male abgelehnt. Die Militärverwaltung hat trotzdem im nächsten Jahre die Forderung wiederholt, und die Budgetkommission hat sie wieder abgelehnt. Damals hat der Reichstag eine Resolution beschlossen, in der die Regierung aufgefordert wurde: bei der Anlegung von Uebungsplätzen grundsätzlich solche Terrains auszuschließen, bei welchen die Schädigung einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe durch die Anlegung des Truppenplatzes erfolgen würde. Trotzdem hat die Militärverwaltung ihre Forderungen wiederholt. In einem konstitutionellen Staate würde das nicht möglich sein, aber die Militärverwaltung kennt ihre Pappenheimer. Heute sind dieselben Bedenken vorhanden wie vor einigen Jahren. In einer Petition wird dargelegt, daß in einem Distrikt 266 kleinbäuerliche Besitzer vernichtet werden würden. Vielleicht zieht die Militärverwaltung den Truppenübungsplatz bei Ohrdruff deshalb vor, weil die Offiziere im Gegensatz zum Eichsfelde hier die schönen Badeorte des Thüringer Waldes in der Nähe haben. (Heiterkeit.) Das Zentrum ist offenbar gegen den Platz auf dem Eichsfelde, weil die idyllische Frömmigkeit der dortigen Bauern gestört werden könnte. (Heiterkeit.) Die Bauern in der Gegend des jetzt gewählten Platzes wollen von der Entschädigung nichts wissen, sie halten an ihrer Scholle fest. Außerdem fürchtet man eine starke Steigerung der Preise des übrigbleibenden Landes, wenn hier 5000 Hektar weggenommen werden. Dazu kommt, daß noch mehr Land dadurch entwertet werden wird, daß die weittragenden Geschosse weitere Bauern in ihrem Betriebe schädigen werden. Ich hoffe, daß die Rechte dieses Hauses sich noch besinnt, ehe sie diesem Plane, 340 Bauern in ihrer Existenz zu vernichten, zustimmt und unserem Antrage beitritt, diese Forderung der Militärverwaltung abzulehnen und ihr aufzugeben, einen anderen Platz zu suchen. Man wirft uns immer vor, wir beabsichtigten die Expropriation der Expropriateure, aber mit solcher Grausamkeit, mit der hier Ihre (nach rechts) Genossen vorgehen, würden wir nicht expropriieren. Ich spreche heute nicht in meinem Namen, nicht im Namen meiner Fraktion, sondern im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung, die zu Ihren Wählern gehört. Ich bin fest überzeugt, in Thüringen gibt es noch genug Gelände, wo es möglich ist, einen Truppenübungsplatz anzulegen, ohne daß eine so große Anzahl von Bauern vernichtet wird. (Zuruf rechts: Wo denn?) Ich habe doch nicht nötig nachzusuchen, wo es Truppenübungsplätze gibt (Heiterkeit); das ist Sache der Militärverwaltung. (Generalmajor Gallwitz breitet den Plan von Thüringen neben dem Rednerpulte auf. Heiterkeit.) Ich bitte Sie jedenfalls, diesen Platz abzulehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor **Gallwitz**: Wir haben dieses hohe Haus nicht brüskieren wollen. Das beweist schon die Tatsache, daß wir drei Jahre lang gewartet, drei Jahre lang das ganze Gelände durchsucht und durchforscht haben, ehe wir wieder mit dem Angebote dieses Platzes vor das hohe Haus traten. Der Grund dazu ist, daß wir einen anderen Platz zu entsprechendem Preise nicht finden konnten. Schließlich ist es ja auch ganz unmöglich, im Herzen Deutschlands einen mehrere Quadratmeilen großen Truppenübungsplatz für ein Armeekorps zu schaffen, ohne bäuerliche Interessen zu schädigen. Bäuerliche Existenzen aber werden nicht vernichtet werden, denn wir gewähren eine angemessene Entschädigung. Wenn der Vorredner von 300 vernichteten Bauernstellen gesprochen hat, so übertreibt er.

Abg. **Bock** (Soz.): Bei einer neuen Abgrenzung wird einer anderen Gemeinde genommen, was der einen gelassen wird. Ich bezweifle sehr, daß mit den 800 M. Entschädigung pro Hektar die kleinen Bauern für den Landverlust genügend entschädigt sind.

Generalmajor **Gallwitz**: Bei der neuen Abgrenzung werden viel weniger bäuerliche Besitzer betroffen als bei der früheren.

Gothaischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. v. **Bonin**: Die gothaische Regierung trifft kein Vorwurf, sie hat die Interessen ihrer Landangesessenen in vollem Umfange wahrgenommen.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (frs. Vp.): Betonen muß ich jetzt doch, daß die Gothaer ein ganz gutes Geschäft gemacht haben, indem sie verhältnismäßig geringwertiges Land zu einem guten Preise verkauft haben. Die Bewohner von Wölfis sollen deshalb auch ausdrücklich darum gebeten haben, daß der Truppenübungsplatz dorthin kommt. (Vielfaches Hört! hört! — Widerspruch des Abg. Bock.)

Abg. **Bock-Gotha** (Soz.): Der Schultheiß von Wölfis, der Abg. Reinhard, hat im gothaischen Landtag behauptet, die Bevölkerung von Wölfis sei einstimmig für den Truppenübungsplatz. In Wahrheit aber war nur er mit etwa zehn reichen Bauern dafür, die große Masse der kleinen Bauern aber dagegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann daher nur wiederholt bitten, die Vorlage abzulehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (frs. Vp.): Einstimmigkeit wird in der Bevölkerung über eine solche Frage wohl nie herrschen. Im übrigen haben wir an der ganzen Frage kein politisches Interesse, sondern wünschen nur eine Schädigung der kleinen Bauern zu vermeiden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir ja auch!)

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

In zwei weiteren Titeln werden für die Städte **Spandau** und **Siegburg** Beihülfen von 30 000 und 20 000 M. gefordert.

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.): Die Gemeinden, denen hier eine Beihülfe gewährt wird, sind ja dankbar dafür, finden aber die Summe doch zu klein. Der Reichstag würde sicher nichts dagegen haben, wenn das Reichsschatzamt diese Summen erhöhen würde.

Abg. **Pauly-Potsdam** (k.) stimmt diesen Ausführungen zu.

Abg. **Singer** (Soz.):

Nach meiner Meinung muß der Fiskus gezwungen werden, in Orten, an denen er Betriebe unterhält, Kommunalsteuern zu zahlen, statt daß diese Orte auf das Wohlwollen des Fiskus verwiesen werden. Man kann ja wohl zugeben, daß die Kommunen durch die Reichsbetriebe auch Vorteile haben, aber diese werden nie so groß sein, daß sie die Lasten ausgleichen, die den Gemeinden durch die Betriebe auferlegt werden; denn die Schul- und Armenlasten schwellen infolge der zahlreichen dort beschäftigten Beamten und Arbeiter erheblich an, das unterliegt doch keinem Zweifel. Wir können nur wünschen, daß uns bald ein Gesetz vorgelegt wird, durch das der Fiskus in bezug auf die Heranziehung zu den Kommunalsteuern in die Kategorie der gewerblichen Unternehmer gestellt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Militäretats.

Die Etats des ostasiatischen Expeditionskorps und des Reichsmilitärgerichts werden debattelos erledigt.

Nunmehr vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Etatsrecht; Gesetzentwurf betreffend die Gewährung von höheren Wohnungsgeldzuschüssen an die unteren Beamten und betreffend die Aenderung des Servisgesetzes.

Schluß 6½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung. Dienstag, den 3. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die **Interpellation** des Abg. Müller (Z.), die anfragt, welche Maßnahmen die Regierung aus Anlaß des Erdrutsches zu Mühlheim, Kreis Kobleng, zu ergreifen gedenke.

Minister v. **Bethmann-Hollweg** erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. **Wellstein** (Z.) begründet die Interpellation.

Minister **v. Bethmann-Hollweg**: Welches die Ursachen der Katastrophe in der vergangenen Woche gewesen sind, ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt. Die geologische Struktur ist dort besonders schwierig. Es handelt sich um ein Soollager, dessen Abbaumassen von einer Halde abgestürzt sind. Die Veranlassung dazu haben sehr schlüpfrige Tonschichten gegeben. Außer einer Entwässerung, die schon bei einem früheren Einsturz vorgeschrieben ist, werden wir Sicherheitsmaßregeln treffen. Wir haben sofort 5000 M. zur Linderung der Not zur Verfügung gestellt. Wenn es nötig sein sollte, werden wir auch der Ortschaft Mühlheim eine Unterstützung gewähren.

Abg. **Müller** (Z.): Nach dieser dilatorischen Antwort hat eine Besprechung keinen Wert. Wir behalten uns aber vor, auf die Angelegenheit später zurückzukommen.

Es folgt die **dritte** Beratung der beiden **Wahlrechtsgesetze.**

Abg. Dr. **Wiemer** (frs. Vp.): Die Stellung meiner Fraktion ist klar, ich brauche deshalb nur eine kleine Nachlese zu halten. Der Minister sagte, auch die wirtschaftlichen Kämpfe hätten ihren Wert. Das glauben auch wir, nur meinen wir, daß die Wahrung eigener Interessen stets im Einklang mit dem Gesamtwohl stehen muß. (Sehr wahr! links.) Was wir bedauern, ist die Einseitigkeit der Auffassung, die Rücksichtslosigkeit, mit der die materiellen Interessen vertreten werden. **Diese einseitige Interessenpolitik zeigt die agrarische Bewegung ebensosehr wie die sozialdemokratische Agitation.** Der Minister meinte, das allgemeine Wahlrecht stamme aus einer verflossenen Zeit. Mit mehr Recht könnte man sagen, daß das Dreiklassenwahlrecht aus einer vergangenen Zeit stamme. (Sehr wahr! links.) Der Minister fordert auf, nach neuen Idealen zu streben. Das sagt er in demselben Augenblick, wo er eine Vorlage verteidigt, die nicht das geringste Ideal darstellt. (Sehr gut! links.) Die Vorlage bringt keine Verbesserung, die uns erheblich erscheint. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß die Vorlage für alle Zukunft geradezu verhängnisvoll wirkt, indem sie den Grundsatz aufstellt, daß an der Wahlkreiseinteilung nicht gerüttelt werden darf. Dadurch werden für künftige Reformen unüberwindliche Hindernisse geschaffen. Was Sie jetzt beschließen, ist nicht gut und klug und nicht geeignet, die schwerwiegenden Fragen so zu lösen, wie es den Anforderungen der Zeit entspricht. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. **Porsch** (Z.): Der Abg. Wiemer hat zwar gegen mich polemisiert, mir gestern aber gar nicht zugehört. (Widerspruch bei den Freisinnigen.) Ich jedoch bin nicht gewillt, zwei Tage hintereinander dasselbe zu sagen. (Sehr gut! rechts und im Zentrum.) Das angeblich in der Wahlreformfrage so mächtige ausschlaggebende Zentrum hat noch nicht einmal die Aufhebung des Jesuitengesetzes erreicht. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Goldschmidt** (frs. Vp.): Die Abgg. Krause und Gamp warnten vor dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht mit dem Hinweis darauf, daß dadurch event. nur noch Arbeitervertreter ins Parlament gewählt werden könnten. Jede Partei halte ich für verpflichtet, Arbeiterinteressen wahrzunehmen. **Aber in der Sozialdemokratie kann ich eine praktisch förderliche Vertretung der Arbeiter nicht erblicken. Deshalb bin ich auch überzeugt, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes verhindern wird, daß jemals in einem deutschen Parlament die Sozialdemokratie die Mehrheit gewinnt.** (Sehr wahr! links.) Aber die Verweigerung der politischen Gleichberechtigung muß die Arbeiter der Sozialdemokratie in die Arme treiben. Wenn also der Abg. Gamp gestern mit den Worten schloß, das Wohl des Volkes das höchste Gesetz, und zugleich dem Volke das Wahlrecht verweigerte, das es wünscht, so treibt er mit dem Worte wie mit dem Volke nur Spott. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Damit schließt die Debatte.

Der Entwurf A (Vermehrung der Mitglieder des Landtages und Verlegung der Wahlorte) wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Entwurf B (Aenderung des Wahlverfahrens) gegen die Stimmen der Freisinnigen Vereinigung und des Abg. Oeser angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf betr. den **Erwerb des Kalisalzbergwerks der Gewerkschaft „Herzynia" durch den Staat.**

Handelsminister Dr. **Delbrück** begründet die Vorlage.

Im Interesse der Versorgung der Industrie und der Landwirtschaft liege eine möglichst starke Position des Fiskus im Kalisyndikat. Infolge der beständigen Begründung neuer Anlagen sei aber die Beteiligungsziffer des Fiskus am Syndikat von 27 Proz. auf 6,4 Proz. und damit sein Einfluß zurückgegangen. Durch Eröffnung neuer Schächte auf fiskalischem Besitz hätte sich ein erhöhter Einfluß erzielen lassen, jedoch erst nach längerer Zeit. Um rasch zum erwünschten Ziele zu kommen, sei der Erwerb des Herzyniawerkes notwendig. Der Preis sei nicht zu hoch, es sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die aufgewendeten Summen sich verzinsen und auch eine Amortisation durch den Ertrag des Werkes sich ergeben würde.

Abg. **Stockmann** (k.) hat einige Bedenken gegen die Vorlage, stimmt jedoch den leitenden Grundsätzen des Ministers zu und beantragt Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. **Hilbck** (natl.) schließt sich diesem Antrage an. Jetzt liege eine gewisse Notlage vor, die hätte vermieden werden können, wenn man rechtzeitig zur Eröffnung neuer Schächte geschritten wäre.

Abg. Dr. **v. Woyna** (fk.) billigt die Tendenz des Gesetzes, hält den Preis aber für zu hoch.

Abg. **Cassel** (frs. Vp.): Wir stehen dieser Vorlage anders gegenüber wie der Hiberniavorlage, da das Kalisyndikat sich von anderen Syndikaten dadurch unterscheidet, daß es den Preis für die heimische Landwirtschaft billiger stellt als für die ausländische Landwirtschaft. Wir freuen uns, daß der Handelsminister einen in jeder Beziehung loyalen Weg eingeschlagen hat, in dem er eine Kaufofferte an das Werk selbst richtete und sich nicht, wie sein Vorgänger in der Hiberniaangelegenheit, mit heimlichen Ankäufen von Aktien begnügte. Auf diese Weise ist eine ungesunde Spekulation ausgeschaltet worden. So sehr wir ein Staatsmonopol als solches bekämpfen würden, so gern sehen wir es, daß der Staat ein einzelnes Werk erwirbt. Die Einzelheiten der Vorlage wollen wir in der Kommission prüfen. (Beifall links.)

Handelsminister Dr. **Delbrück**: Eine Vorlage zur Ergänzung der Lex Gamp müßte sich immer in dem Rahmen halten, daß noch nicht vergebene Felder dem Staat reserviert bleiben. Von einem solchen Monopol des Staates, daß sämtliche privaten Bergwerke verstaatlicht würden, kann keine Rede sein.

Abg. Dr. **Porsch** (Z.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage wohlwollend gegenüberständen.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2. Mai, 2 Uhr. (Initiativanträge.)

Schluß 2½ Uhr.

Parlamentarisches.

Das Schmuckstück der Finanzreform.

In der Finanzreformkommission wurde gestern die am Freitag abgebrochene Diskussion über die zu dem die Höhe der Steuer betreffenden § 12 der Erbschaftssteuervorlage mit den dazu vorliegenden Anträgen fortgesetzt. Wie schon im letzten Bericht erwähnt, haben die Konservativen beantragt, die Steuern für leibliche Eltern sowie voll- und halbbürtige Geschwister und deren Abkömmlinge ersten Grades von dem in der ersten Lesung angenommenen Prozentsatz von „**vier**" auf **drei** herunterzusetzen und das Zentrum beantragt, den Prozentsatz von „**vier**" auszudehnen auf eine Reihe von Verwandtschaftsgraden, für die in der ersten Lesung **sechs** vom Hundert festgesetzt wurden, die weitere Steigerung auf **acht** und **zehn** vom Hundert für entfernte Verwandte als Intestaterben aber ganz zu beseitigen. Demgegenüber erklärte der Reichsparteiler v. **Oertzen**, daß er und seine Freunde gegen jede Abschwächung der Beschlüsse der ersten Lesung stimmen würden, ebenso wie gegen die sozialdemokratischen Anträge. Nachdem **Gröber** für die Zentrumsanträge plädiert, bekämpft Genosse **Singer** in längeren Ausführungen sämtliche Abschwächungsanträge, die geeignet sind, das Erbschaftssteuergesetz in noch höherem Maße wie die Regierungsvorlage und die Beschlüsse erster Lesung als reines **Schmuckstück** der Steuervorlagen erscheinen zu lassen. Dem gegenüber würden er und seine Freunde in der zweiten Lesung dafür Sorge tragen, daß man im Volke allgemein den wahren Charakter der ganzen sogenannten Finanzreform klar und deutlich erkenne und zeigen, daß die Versicherung von der durch die Erbschaftssteuer verstärkten Heranziehung der tragfähigeren Schultern leeres Gerede ist, und Genosse **Bernstein** befürwortet unseren Eventualantrag, der sich im Prinzip den Beschlüssen der Kommission anschließt, aber die Steuerpflicht weiter ausdehnt. Gegen die Abschwächungsanträge wendet sich auch **Büsing** für die Nationalliberalen und werden diese denn auch bei der Abstimmung abgelehnt. Angenommen wird jedoch ein weiterer Antrag des Zentrums, die Progression, entgegen dem Kommissionsbeschlusse bei Erbanfällen von 20 000 Mark, erst von 50 000 Mark an eintreten zu lassen.

Auch zu § 13, der die Befreiungen von der Steuer betrifft, waren mehrere Abschwächungsanträge, aber auch ein sozialdemokratischer Verbesserungsantrag gestellt. Letzterer wurde, trotz der vorzüglichen Begründung **Singers** und **Bernsteins**, abgelehnt und der § 13 mit mehreren Abschwächungen — selbstverständlich immer nur zugunsten der Besitzenden — angenommen. Heruntergesetzt von 10 000 auf 5000 M. wurde nur die Steuerbefreiung eines aus Kleidungsstücken, Betten, Haus- und Küchengerät usw. bestehenden Erbanfalles. Von den Sozialdemokraten war zu § 14, der die Erbanfälle an Kirchen, milde Stiftungen usw. betrifft, beantragt, diesen zu streichen. Das kam den Mitgliedern des Zentrums absonderlich vor, jedoch erklärte ihnen Genosse **Singer**, daß dieser Antrag durchaus unseren Grundsätzen entspreche. Auch in diesem Falle wurde unser Antrag abgelehnt und der Paragraph nach den Kommissionsbeschlüssen mit einigen mehr redaktionellen Aenderungen angenommen.

Der § 15, der die Steuerbefreiung der Landesfürsten und ihrer Gattinnen sowie die der Mitglieder des fürstlichen Hauses betrifft, ist in erster Lesung gestrichen worden. Nun beantragt das Zentrum Wiederherstellung des ersten Satzes betreffend die Fürsten und Fürstinnen. Genosse **Singer** erkundigte sich eingehend nach den Gründen, die das Zentrum zum Umfall in dieser Frage bewogen, erhielt aber nur sehr mangelhafte Auskunft, aus der so etwas von „staatsrechtlichen Bedenken und Erwägungen" herausklang. Der Reichsschatzsekretär verbreitete sich eingehend über diese Frage und bat dringlich, die Vorlage wiederherzustellen und den § 15 derselben ohne Strich aufzunehmen. Die Fortsetzung der Debatte mußte schließlich bis auf Mittwoch vertagt werden.

Die Verbösserungs-Kommission.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung der **Knappschaftskassennovelle** hat am Montagabend die zweite Lesung der Vorlage beendet. Die Beschlüsse erster Lesung wurden im wesentlichen aufrecht erhalten, insbesondere wurden die Beschlüsse, nach welchen **statt der geheimen Abstimmung die öffentliche Abstimmung bei der Wahl der Kassenvorstandsmitglieder eingeführt** worden ist, unverändert gelassen.

Am Mittwoch tritt eine Unterkommission zur Redaktion der einzelnen gefaßten Beschlüsse zusammen. Während der Osterferien soll der schriftliche Bericht für das Plenum vom Berichterstatter fertiggestellt werden.

Durchpeitscher.

Im **Abgeordnetenhause** hat der Abg. **Schiffer** (natl.), unterstützt von Mitgliedern der Schulkommission aus allen Parteien, folgenden Gesetzentwurf beantragt:

§ 1.

Der Artikel 26 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 erhält folgende Fassung:

„Das Schul- und Unterrichtswesen ist durch Gesetz zu regeln. Bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung finden hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens das jetzt geltende Recht und die auf Grund desselben von den Behörden erlassenen oder zu erlassenden Vorschriften Anwendung."

§ 2.

Der Artikel 112 der Verfassungsurkunde wird aufgehoben.

Artikel 26 der Verfassungsurkunde für den preußischen Staat lautet:

„Ein besonderes Gesetz regelt das gesamte Unterrichtswesen."

Und Artikel 112 lautet:

„Bis zum Erlaß des im Artikel 26 vorgesehenen Gesetzes bewendet es hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen."

Nun bestimmt Artikel 107 der Verfassung folgendes: „Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit bei zwei Abstimmungen, **zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens 21 Tagen liegen muß**, genügt."

Demgemäß bezweckt der Antrag **Schiffer**: eine Zeitersparnis bei der Verabschiedung des Schulgesetzentwurfs herbeizuführen und bei dieser dann die von der Geschäftsordnung bei Verfassungsänderungen vorgeschriebene Fristwahrung bei der Abstimmung überflüssig zu machen, in dem jetzt schon die Verfassungsfrage herausgehoben wird, wo mehr Zeit für die Wahrung der geschäftsordnungsmäßigen Fristen vorhanden ist! —

Aus der Partei.

Strafkonto der Arbeiterbewegung. Im Monat März wurden an Strafen erkannt: 11 Monate 2 Wochen Gefängnis und 2272 Mark Geldstrafe.

Die Bewegung in Hamburg. Die vereinigten Vorstände der **drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs** haben ihren Bericht über das Jahr 1905 in einem schmucken Heftchen erstattet. Es gibt zunächst einen Ueberblick über die hamburgische Politik des Jahres und verweilt eingehender bei einer Darstellung des Wahlrechtskampfes unserer Genossen. Der prächtige halbtägige Demonstrationsstreik vom 17. Januar und die daran anknüpfenden Bestrebungen der Gegner, der Partei die Schoppenstehlaffäre an die Rockstöße zu hängen, werden besonders berücksichtigt. Eine Liste der Wahlentrechtler in der Bürgerschaft folgt. Das Kapitel schließt mit folgenden zuversichtlichen Ausführungen: „Für uns ist das Fazit, daß das **Klassenbewußtsein** der Hamburger Arbeiter gewaltige Anregung und Stärkung erfahren und daß zur **Entfaltung unserer Machtmittel** neue Bahnen eröffnet, neue Mittel erprobt sind. Die Hamburger Arbeiter, insbesondere unsere in den Vereinen organisierten Parteigenossen haben gezeigt, daß sie den **Kampf ums Recht** mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen gewillt sind und diese Entschlossenheit, mit der Einigkeit stets gepaart sein soll, eröffnet uns die besten Aussichten auf die Zukunft. So muß selbst das uns zugefügte Unrecht uns zum Vorteil gereichen."

Die hamburgische Parteiorganisation ist aus dem Verbande der Provinzialorganisation für Schleswig-Holstein ausgeschieden. Eine **Urabstimmung** ergab 1610 für, 640 Stimmen gegen den Austritt. Die Hamburger Genossen haben die schleswig-holsteinische Bewegung lange Jahre finanziell unterstützt und auch einen erheblichen Beitrag zur Gründung des Kieler Parteiorgans, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" geleistet. Der erfreuliche Fortschritt unserer Sache in der Provinz hat die Hamburger indes zu der Ueberzeugung gebracht, daß die dortige Parteiorganisation jetzt auf eigenen Füßen stehen kann. Hamburg wird sich eine eigene Landesorganisation schaffen, ein Statut-Entwurf liegt den Genossen vor.

Die **Maifeier** wurde in der üblichen Weise durch Arbeitsruhe und Festzug begangen. Der Ueberschuß von 7477 M. wurde, wie herkömmlich, zwischen Partei und Gewerkschaftskartell geteilt.

Ein **erfreuliches Steigen** der Leserzahl des „Hamburger Echo" und der Mitglieder der Parteivereine ist zu verzeichnen. Die Abonnentenzahl des Parteiorgans betrug bei Abschluß des Berichts über 45 000, der Gewinn gegen das Vorjahr rund 4500. Die Mitgliederzahl der Vereine stieg von 18 186 auf 21 756, eine Vermehrung um 3570 Mann. Von den Mitgliedern stehen im Alter von 15 bis 20 Jahren 571, von 20—30 Jahren 6283, von 30—40 Jahren 7473, von 40—50 Jahren 4624, von 50—60 Jahren 1970, von 60 bis 70 Jahren 520, über 70 Jahre sind alt 23; bei 282 Mitgliedern ist das Alter den Vorständen unbekannt. Die Statistik zerstört in erbarmungsloser Weise die Fregesche Lüge von den „**grünen Jungen**" — Eine andere Statistik gliedert die Mitglieder nach Berufen.

Die Parteispedition des „Hamb. Echo" warf einen Ueberschuß von 3458 Mark ab.

Für die russischen Revolutionäre ist aus Vereinsbeständen und Sammlungen die Summe von rund 40 000 M. dem Parteivorstand übergeben worden.

Es folgen besondere Berichte der drei einzelnen Wahlkreisvereine. Der des ersten Kreises konstatiert, daß von 4062 befragten Gewerkschaftlern nur die Hälfte Leser des „Echo" und noch nicht ein Drittel politisch organisiert waren. Der Wahlkreis leidet unter Lokalmangel, der erst im Spätherbst dieses Jahres durch den Bau des **Gewerkschaftshauses** behoben werden wird. Der Verein hatte eine Einnahme von 25 892,29 M., eine Ausgabe von 17 965,96 Mark, einen Kassenbestand von 7926 33 M. 3000 M. wurden an die Parteikasse zu Berlin, 5000 M. für das Gewerkschaftshaus, 2688,47 M. für Agitation in Schleswig-Holstein, 2762,12 M. für ländliche Agitation (anscheinend im hamburgischen Landgebiete) gegeben.

Der Kassenbericht des zweiten Kreises weist eine Einnahme von 25 313,45 M., eine Ausgabe von 22 361,78 M. und einen Bestand von 2951,67 M. nach. Der Verein gab 2000 M. für die Opfer des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier, 3000 M. für das Gewerkschaftshaus, 3382,42 M. für die Agitation in Schleswig-Holstein und 3000 M. für die Berliner Zentralkasse, sowie für allgemeine Agitation 2641,96 M.

Der Bericht des dritten Kreises meldet, daß die Gewerkschaften der Holzarbeiter, der Metallarbeiter, der Maurer und der Böttcher der Organisation erfreulicherweise zu Hülfe gekommen sind, indem sie feststellten, wie viel ihrer Mitglieder im Wahlkreis der Organisation angehörten und Leser des „Echo" sind. Eine genaue Statistik gibt über das Ergebnis Auskunft. Von 4348 Holzarbeitern gehörten 1864 der politischen Organisation an und lasen 2520 das „Echo". Auf Grund der Agitation wurden 434 für die Organisation und 147 für das „Echo" gewonnen. Von 8894 Metallarbeitern haben nur 3934 geantwortet. Von diesen waren 1842 Parteimitglieder und 2932 Leser des Parteiblattes. Gewonnen wurden 506 Parteimitglieder und 199 Abonnenten. Von 2396 befragten Maurern waren 1987 Mitglieder der Partei und 1599 Leser des Parteiblattes, gewonnen wurden 47 Parteimitglieder und 68 „Echo"-Abonnenten. Von 131 Mitgliedern des Böttcherverbandes wurden 126 befragt; davon waren 73 Parteimitglieder und 100 Leser des „Echo", gewonnen wurden 17 Parteimitglieder und 6 „Echo"-Leser. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß durchschnittlich die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder noch nicht politisch organisiert ist und daß es mit dem Abonnement des „Echo" noch trauriger aussieht.

Der Bericht verzeichnet sodann mehrere Gemeinderatswahlsiege in zum Kreise gehörenden Landorten.

Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 65 256,92 M., eine Ausgabe von 49 985,75 M., einen Bestand von 4501,— M. und eine Kapitalsanlage von 10 770,17 M. An die Parteikasse in Berlin wurden 9000 M. gesandt, für Agitation 5574,10 M., für das Gewerkschaftshaus 5000 M., für die Agitation in Schleswig-Holstein 6598,82 M. bewilligt.

So zeigt der Bericht für die Bewegung in Hamburg ein erfreuliches Aufsteigen, wie fast überall im Reiche. Gleichzeitig weist er aber auch nach, wieviel Arbeit selbst in den Großstädten noch in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu verrichten ist.

Gemeinderatswahlsiege.

In **Kurtschlag** (Provinz Brandenburg, Kreis Templin) sind am Donnerstag und Freitag drei Genossen gewählt worden, einer in der dritten, zwei in der zweiten Klasse. Der Gemeindevorsteher hatte alles aufgeboten, um den Sieg der Roten zu verhindern, indem er die Wahl in der Mitte der Woche festsetzte und auf zwei Tage verteilte. Auf die Weise glaubte er die Beteiligung der zahlreichen Arbeiter, die in Berlin tätig sind, unmöglich machen zu können. Indessen haben sich unsere Genossen die Mühe und Opfer (die Fahrt allein kostet 2,60 M.) nicht verdrießen lassen und waren pünktlich zur Stelle. Es sitzen jetzt vier Genossen im Gemeinderat.

In **Michendorf** (Provinz Brandenburg) setzte der Ortsvorsteher die Wahl auf den Donnerstag morgens 10 Uhr fest, so daß viele Genossen, die in den Berliner Vororten arbeiten, um der Wahlbeteiligung willen einen ganzen Tagesverdienst einbüßten. Trotzdem wurde der Sozialdemokrat mit großer Mehrheit gewählt und damit der zweite Rote ins Dorfparlament gesandt.

In **Unterwerschen** (Provinz Sachsen) wurden zwei Genossen gewählt.

„**Der Volkswille**", unser Parteiblatt zu Hannover, erscheint seit dem April, nach der Uebersiedelung ins eigene Heim und in die eigene Druckerei im neuen Gewande, auf 16seitiger Rotationsmaschine gedruckt. In einem Jubelartikel „Troyalledem" gibt das Blatt einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der Partei und der Parteipresse in Hannover. Der Vorgänger des „Volkswille" war ein im Jahre 1883 gegründetes, „Haus und Welt" genanntes Blatt, das schon nach wenigen Monaten dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel, der Verantwortliche, Genosse Lops, wanderte auf mehrere Monate ins Gefängnis und erlitt dauernden Schaden an seiner Gesundheit. Der „Volkswille" erstand an dem Tage, da das Sozialistengesetz fiel, am 1. Oktober 1890. Er fristete ein kümmerliches Dasein, die Zahl der Abonnenten war nur gering. Im Dezember 1905 betrug sie 16 000, der Januarkurs, der Wahlrechtskampf ließ sie inzwischen auf 19 000 anschwellen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Deutsche Preßfreiheit. Die „**Königsberger Volkszeitung**" schrieb am Montag: Morgen steht die „Volkszeitung" von 10 Uhr ab viermal vor der hiesigen Strafkammer. Sollte sich morgen oder übermorgen in der Zustellung der Zeitung einige Unregelmäßigkeiten zeigen, so müssen das die Leser schon entschuldigen, denn morgen ist fast das gesamte Personal unserer Zeitung auf dem Gericht.

Die polizeiliche Auflösung einer Gesangsübung wird aus **Laer** bei Bochum gemeldet. In der Gesangstunde des Arbeitergesangvereins „Vorwärts" am Donnerstag erschien plötzlich ein Polizeisergeant Tröskes und fragte, **ob die Gesangstunde angemeldet sei.** Auf die verneinende Antwort hin erklärte er: „**Dann löse ich die Gesangstunde auf.**" Dann forderte er zum Verlassen des Lokals auf, im Weigerungsfalle werde er von seiner Waffe Gebrauch machen. Der Verein ist von der Polizeiverwaltung für politisch erklärt worden; es soll, so behauptet ein amtliches Schreiben, das einige Tage vorher einlief, durch das bisherige Verhalten des Vereins festgestellt sein, daß er seinen Gesang in den Dienst der Sozialdemokratie stellt und hierdurch die politischen Bestrebungen dieser Partei unterstützt. Deshalb soll der Verein Statuten und Mitgliederverzeichnis einreichen, wessen er sich natürlich geweigert hat.

Soziales.

Wer die Familie zerstört.

Hört man unsere Gegner, sind es natürlich die Sozialdemokraten, welche die Ehe und Familie zerstören würden, sobald sie zur Herrschaft kommen. Einstweilen besorgt aber

die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit Hülfe aller bürgerlicher Parteien die Zerstörung so gründlich, daß später die Sozialdemokratie nur wieder gut machen muß, was jene zugrunde richteten. Man lese z. B. folgenden Bericht, den die „Basler Nachrichten" veröffentlichen über die Tiroler Hütekinder, die jedes Frühjahr in Friedrichshafen am Bodensee landen und von den schwäbischen Bauern für landwirtschaftliche Arbeiten gemietet werden. In jenem Bericht heißt es:

Die Kinder kamen am 22. März in einer Stärke von mehr als 300 an, begleitet von einer Anzahl Geistlicher, zum Teil auch von ihren Eltern. In der Mehrzahl sind es Knaben im Alter zwischen 12 und 16 Jahren, dann aber auch Mädchen und einige ältere Burschen, die sich dem Zuge angeschlossen haben. Die Kinder verdingen sich nur für den Sommer; am Gallustage (16. Oktober) versammeln sie sich wieder in Friedrichshafen zu gemeinsamer Heimreise nach Tirol. Es ist bezeichnend für die derzeitigen Arbeiterverhältnisse, daß sich um diese doch wenig leistungsfähigen Hülfskräfte ein äußerst scharfer Wettbewerb geltend machte. Als die Kinder am Morgen des 23. März aus dem Hause, in dem sie über Nacht einquartiert waren, herausgelassen wurden, konnte der Beobachter unbeschreibliche Szenen mitansehen. Es gab Kinder, die buchstäblich von fünf und sechs Bauernfäusten am Rockärmel hin- und hergerissen wurden; die Sieger in diesem Kampfe brachten dann den geschäftlichen Teil, den Arbeitskontrakt, mit einem der begleitenden Pfarrherren ins reine. Manch ergreifende Szene spielte sich in den Straßen ab; viele dieser kleinen Burschen, die zum ersten Male Eltern und Geschwister verlassen mußten, ließen ihrem Schmerze freien Lauf und vergossen bittere Tränen."

Wie der Bericht zeigt, sind es katholische Geistliche, die das Führergeschäft bei diesem Kinderschacher übernehmen und damit sich „Gottes Lohn" verdienen. Was sagt aber die Zentrumspresse zu diesem wahrlich nicht Gott wohlgefälligen Geschäft?

Kampf um die Rente.

Der bereits 1849 geborene Zimmerer Strehlow, der aber immer noch seine Arbeit in gewohnter Weise gleich seinen jüngeren Kollegen verrichtete, stürzte am 3. Juni 1904 auf einem Altonaer Neubau einige Etagen herab. Als Unfallfolgen wurden nach ärztlichem Befunde in der Unfallanzeige angegeben: eine Schädelverletzung, ein Bruch des Brustbeins und zweier Rippen. Später wurden bei St. eine starke Gefäßverkaltung, Lungenbläschenerweiterungen und eine Wirbelsäulenverkrümmung festgestellt. — Nach beendetem Heilverfahren lehnte die Berufsgenossenschaft den Anspruch St.s auf Unfallrente ab. Sich stützend auf ärztliche Gutachten ging sie davon aus, daß die eigentlichen Unfallfolgen beseitigt seien. Die lebhaften Beschwerden des Mannes (Kopfschmerzen, Schwindelanfälle, Schmerzen im Rücken usw.) hätten mit dem Unfall nichts zu tun. Es seien im wesentlichen Alterserscheinungen. Sie hingen mit der Arterienverkalkung und mit der Rückenverkrümmung zusammen, die sich vor dem Unfall entwickelt hätten.

Das Schiedsgericht zu Schleswig erkannte als Berufungsinstanz ebenfalls auf Abweisung des Klägers, weil ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Unfall und den Beschwerden des Klägers, sowie seiner nicht unerheblichen Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit nicht nachgewiesen sei. — Nun legte Kläger beim Reichsversicherungsamt Rekurs ein, bei dem das Zentral-Arbeitersekretariat der Gewerkschaften Deutschlands seine Sache wahrnahm. Es erzielte zunächst die Einholung eines Obergutachtens. Das Reichsversicherungsamt ließ sich ein solches vom Oberarzt Dr. Kümmel vom Krankenhaus zu Eppendorf bei Hamburg erstatten. Der Arzt sprach sich dagegen aus, daß die jetzigen Beschwerden des Verletzten mit dem Unfall ursächlich zusammenhingen. Er verwarf auch den Gedanken daran, daß sie „ausgelöst" sein könnten durch den Unfall. Dagegen meinte er, durch den Unfall seien bei St. „Begehrungsvorstellungen" ausgelöst worden, die ihm seine schon vorher entstandene Krankheit zum Bewußtsein brächten.

Das Arbeitersekretariat sorgte nun mit Hülfe der Mittel des Zimmererverbands, daß der Verletzte nach Berlin kam und von einer Aerztekommission untersucht wurde, welcher angehörten: Professor Strauß (Spezialist für innere Krankheiten), Dr. D. Münter (Nervenarzt) und Dr. Zondek (Spezialist für Chirurgie). Bei der zweiten Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt konnte der Arbeitersekretär ein gemeinschaftliches Gutachten der drei Herren vorlegen, worin die Wahrscheinlichkeit eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen verschiedenen Beschwerden bezw. Krankheitserscheinungen des Klägers und dem Unfall ausgesprochen wird. Unter anderem führt das Gutachten aus: Allerdings sei damit zu rechnen, daß zur Zeit des Unfalls schon eine ausgebreitete Arterienverkalkung bestanden habe. Kläger habe der allmählich sich entwickelnden Veränderung in den Gefäßwänden sich angepaßt gehabt und normal — seinem Alter entsprechend — gearbeitet. Durch den immerhin schweren Unfall, der mit viel Schmerzen und mehrwöchentlicher, für alte Leute stets gefährlicher Bettruhe verknüpft gewesen sei, habe sich der allmähliche Verlauf der Arterienverkalkung in einen beschleunigten umgewandelt und die Widerstandsfähigkeit des durch den Unfall geschwächten St. gegen die durch die Gefäßverkalkung hervorgerufenen Beschwerden gemindert. Es bleibe unerklärlich, warum bei einem arbeitswilligen Manne, wie St., der auch jetzt noch als schwerkranker Mann arbeite, wo er seinen Kräften entsprechende Arbeit finde, die Tatsache der plötzlichen Minderung seines bis zum 1. Juni 1904 bestandenen Grades von Arbeitsfähigkeit ausschließlich auf die greisenhaften Veränderungen im Gefäßsystem bezogen würden, ohne daß auch nur die Möglichkeit erwähnt werde, daß der nicht leichte Unfall eine Verschlimmerung und Beschleunigung der Erkrankung im Zirkulationsapparat herbeigeführt habe. Hier wäre eine sehr ungünstige Beeinflussung des vorhandenen Gefäßwandleidens durch den Unfall anzunehmen, sowie, daß es damit zugleich zu funktionellen Störungen der Herztätigkeit gekommen sei. In Erwägung, daß als wahrscheinliche Unfallfolgen eine leichte nervöse Störung, Schmerzen an der Bruchstelle des Brustbeins und die Verschlimmerung der vorhandenen Gefäßentartungen angenommen würden, schätzten die drei Gutachter die durch den Unfall hervorgerufene Einbuße an der normalen Erwerbsfähigkeit auf 50 Proz.

Durch dieses Gutachten sah sich das Reichsversicherungsamt veranlaßt, die Einholung eines weiteren Obergutachtens zu beschließen. Es wurde Professor Quinke in Kiel gehört. Dieser erkannte einen teilweisen ursächlichen Zusammenhang an. Während St. insgesamt um 66⅔ Proz. in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt wäre, entfielen auf die Folgen des Unfalls nur etwa 25 Proz.

Das Reichsversicherungsamt, vor dem Arbeitersekretär Bauer den Kläger vertrat, entschied dann in seiner dritten Verhandlung der Sache dahin, daß die Berufsgenossenschaft zu verurteilen sei, an den Kläger als Unfallrente 50 Proz. der Vollrente zu gewähren und ihm 50 Mark Kosten zu zahlen. Das Reichsversicherungsamt machte sich das letzte Obergutachten zwar in den grundlegenden Feststellungen zu eigen, meinte aber, es habe das Moment der Auslösung von Erscheinungen schon vorhandener Krankheiten durch den Unfall zu gering bewertet. Eine nach Ansicht des Gerichts angemessene Berücksichtigung dieses Moments führe zur Annahme einer Erwerbsbeschränkung durch den Unfall von 50 Proz. — Der vorstehende Fall zeigt, wie schwierig der Kampf um die Unfallrente ist und wie fast hülflos der Verletzte dasteht, dem nicht Arbeitersekretäre und Gewerkschaft zur Seite stehen.

Gegen Einengung des Konfektionsarbeiterschutzes.

Vier Anprobiermamsells der Konfektionsfirma Taute u. Schmidt in Berlin waren Sonnabends noch nach 5½ Uhr im Geschäftslokal der Firma beschäftigt worden. Die Firmeninhaber werden deshalb wegen Uebertretung der Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1897 bezw. vom 17. Februar 1904, betreffend den Schutz der Konfektionsarbeiterinnen, angeklagt. Die Staatsanwaltschaft ging davon aus, daß das Geschäftslokal der Angeklagten eine „Werkstatt" zur „Anfertigung" von Damenmänteln sei. Das Landgericht sprach jedoch die Angeklagten frei, indem es meinte, es handele sich um keine Werkstatt in jenem Sinne, da die Mäntel vollständig bei Zwischenmeistern hergestellt würden, wo auch das eigentliche Zuschneiden des Stoffes nach Mustern erfolge, oder in der Behausung von Heimarbeiterinnen der Zwischenmeister. Das bloße Abschneiden der für die einzelnen Zwischenmeister benötigten Stoffstücke, das im Geschäftslokal der Firma vorgenommen werde, gehöre nicht zur „Anfertigung". Diese beginne erst mit dem Zuschneiden nach Mustern. — Das Kammergericht hob jedoch am Montag das Urteil auf und verwies die Sache nochmal an das Landgericht. Begründend wurde ausgeführt, daß das Landgericht den Begriff der „Werkstatt zur Anfertigung von Damenkleidern" nicht richtig gewürdigt hätte. Die Räume der Angeklagten wären als Werkstatt in dem Sinne anzusehen. Im Gegensatz zum Landgericht nehme der erste Strafsenat an, daß es schon ein Teil des Werkstattbetriebes sei, wenn in den Geschäftsräumen der Firma die Stoffe abgeschnitten würden, bevor sie zu den Zwischenmeistern kämen. Die von den Zwischenmeistern hergestellten fertigen Mäntel würden nach der Lieferung im Geschäftslokal der Angeklagten von den Probiermamsells angezogen, damit, bevor die Abnahme erfolge, die richtige Anfertigung am weiblichen Körper festgestellt werden könne. Das stelle auch einen Werkstattbetrieb dar, und nichts anderes. Die Anfertigung beginne mit dem Abschneiden der Stoffe und das Ziel der Anfertigung werde erreicht durch die Abnahme nach dem Anprobieren im Geschäft. — Das Kammergericht hält danach mit Recht an der strengen, dem Sinne und Wortlaut des Gesetzes entsprechenden Auslegung des Gesetzes fest.

Gerichts-Zeitung.

Der Sohn des Justizministers Beseler verurteilt. Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, verurteilte dieser Tage die Breslauer Strafkammer den Gerichtsreferendar Karl Beseler, einen Sohn des jetzigen Justizministers, wegen eines am 26. November stattgehabten unblutig verlaufenen Pistolenduells im Oswitzer Walde mit dem Ingenieur Walter Grunow zu vier Monaten Festung. Sein Duellgegner war vom Kriegsgericht zu dreieinhalb Monaten Festung verurteilt worden. Das Duell war durch einen Wirtshausstreit entstanden. — Es steht den Duellfexen gut an, hernach in richterlicher oder staatsanwaltlicher oder justizministerieller Stellung über die „Roheit" — der Arbeiter zu klagen.

Lex Heinze auf der Anklagebank.

Vor der vierten Strafkammer wurde gestern bis gegen Abend hin ein Prozeß gegen den bekannten Verlagsbuchhändler Rudolf Hofmann, Inhaber der Firma A. Hofmann u. Cie., gegen den Schriftsteller Eduard Fuchs und gegen zwei Buchhändler auf Grund des § 184 Str.-G.-B. geführt. Im Verlage von A. Hofmann u. Cie. ist als Fortsetzung des bedeutsamen Kulturwerkes über die Geschichte der Karikatur von Eduard Fuchs „Das erotische Element in der Karikatur" erschienen. Dieses Buch führt in glänzender Weise an der Hand einer großen Reihe von Bildern aller Kulturperioden dem Leser die Sitten und Unsitten, gegeißelt von der Karikatur, vor. Der Herausgeber und der Verleger hatten die Vorsicht gebraucht, in einem Prospekt zu bemerken, daß dieses Buch lediglich an Leute abzugeben sei, die darauf subskribierten und daß Minderjährige von der Subskription des Buches ausgeschlossen sind. Diesen Prospekt sendete ein Buchhändler D. mit dem Ersuchen einem Adressaten (einem inzwischen verstorbenen Prinzen) zu, er möge bald bestellen, weil das Buch sonst beschlagnahmt würde. Das genügte den Lex Heinzemännern, die wohl nach dem Tode des Prinzen von dem eigentümlichen Schreiben erfahren hatten, Polizei und Staatsanwaltschaft in Bewegung zu setzen, um schleunigst das gefährliche Buch zu konfiszieren. In der Tat wurden, bevor noch das Buch erschienen, ja, bevor es gedruckt war, Maßnahmen zur schleunigen Beschlagnahme des Buches getroffen. Der Verleger und der Autor sorgten nun dafür, daß sofort nach dem Erscheinen die subskribierten Bücher ihren Bestellern ausgeliefert würden. Der Buchhändler D. erhielt wegen jenes Anschreibens kein Exemplar ausgeliefert. Diese Vorsicht erwies sich als sehr zutreffend. Die Polizei versuchte in der Tat das Buch, dessen wissenschaftlichen, ethischen und sittlichen Charakter jedem Leser in die Augen fällt, mit Beschlag zu belegen. Das Amtsgericht lehnte indessen wegen des nach keiner Richtung hin unzüchtigen im Gegenteil hochsittlichen Charakters der Schrift die Beschlagnahmeverfügung ab. Auf erhobene Beschwerde ordneten dann drei Männer des Landgerichts so schleunigst die Beschlagnahme an, daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß das Buch von den beschlagnahmenden Richtern unmöglich hat gelesen, also auch geschweige denn verstanden werden können. Sämtliche Exemplare, mit Ausnahme etwa eines Dutzend, waren aber bereits an ihren Bestimmungsort gelang und entgingen der Beschlagnahme. In dem gestrigen Termine fand die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Mehrere bekannte Kunstsachverständige, u. a. Schriftsteller Fedor Zobeltitz, Professor Dr. Voll, Konservator der Pinakothek in München, Professer Dr. Schoensgans (Würzburg), wohnten der Verhandlung bei. Das nach wiederhergestellter Oeffentlichkeit verkündete Urteil ging dahin: sämtliche Angeklagte sind von der erhobenen Anklage, gegen § 184 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben, frei zu sprechen. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt, die Beschlagnahmeverfügung wird aufgehoben. Das Gericht hat auf Grund der Beweisaufnahme den überzeugenden Beweis für erbracht erachtet, daß weder in objektiver noch in subjektiver Hinsicht die Tatbestandsmerkmale des § 184 des Strafgesetzbuches erfüllt sind. Das Buch ist von einem hochsittlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Ernst getragen und hat einen außerordentlich kulturgeschichtlichen Wert. Sowohl die Auswahl der Abbildungen wie die Zusammenstellung derselben und der Text schließen in ihren einzelnen Teilen wie in ihrer Gesamtheit Unzüchtiges aus. — Weshalb diese Verfolgungen, die jeden, auch den reichsgerichtlichen „sittlichen Normalmenschen" empören müssen?

Verleugnung des Glaubens als Entlassungsgrund? Die 16jährige Kontoristin Frieda K. war von dem Kaufmann Artur Lehnert sofort entlassen worden, weil sie nach der Behauptung ihres Chefs ihm gegenüber ihren jüdischen Glauben nicht nur verheimlicht, sondern sogar abgeleugnet hatte. Sie trat gestern wegen des Gehaltsrestes von 45 M. als Klägerin vor der 2. Kammer des Kaufmannsgerichts auf. Der Beklagte behauptete, die Klägerin habe sich als Christin ausgegeben. Es sei ihm aber aufgefallen, daß sie an den jüdischen Feiertagen fehlte und sich am nächsten Tage mit Krankheit entschuldigte. Als sie am 20. Oktober, einem jüdischen Feiertag, wieder fehlte, habe er ihr geraten, sie solle doch lieber zugestehen, daß sie Jüdin sei, denn er würde sie, wenn sie weiter ihre Konfession ableugne, keine Stunde länger behalten. Da sie dabei blieb, krank gewesen zu sein und nicht des Feiertages wegen gefehlt zu haben, so habe er sich zur sofortigen Entlassung für berechtigt gehalten. Die Klägerin behauptete demgegenüber, sie sei niemals direkt nach ihrer Religionszugehörigkeit gefragt worden, aus Aeußerungen, die der Beklagte wie seine Frau ihr gegenüber öfters gebraucht habe, ginge auch klar hervor, daß sich ihr Chef niemals darüber im Zweifel befand, daß sie Jüdin sei. Wenn sie krank war, entschuldigte sie sich stets sofort per Karte und wenn sie krankheitshalber an einem jüdischen Feiertag gefehlt habe, so sei das Zufall gewesen. Auch die als Zeugin vernommene Mutter der Klägerin bekundete, daß ihre Tochter des jüdischen Feiertages wegen niemals gefehlt habe. — Der vom Beklagten angeführte Entlassungsgrund wurde vom Kaufmannsgericht als hinfällig angesehen. Die Religion war nicht Gegenstand der Engagementsverhandlungen gewesen. Selbst wenn die Klägerin ihren Glauben abgeleugnet habe, so sei das zwar moralisch verwerflich, berechtige aber noch nicht zur sofortigen Entlassung. — Der Beklagte zahlte darauf im Vergleichswege 37,50 Mark, um die Verurteilung zu vermeiden.

Der Roman eines Hauslehrers. Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung erklärte der Verteidiger des Angeklagten Wesemann, dieser wolle ein Geständnis ablegen. W. gestand dann zu, die Mitangeklagte Knoll zur Abgabe ihrer falschen eidlichen Aussage verleitet und dann auch noch den Versuch gemacht zu haben, eine andere Person zur Abgabe einer falschen Bekundung zu bewegen. Er gab aber zu seiner Entschuldigung an, daß er vollständig unter dem Banne der Frau P. gestanden und in dieser ganzen erregten Zeit jeglichen Halt völlig verloren gehabt habe. Er habe, da er in der Ehescheidungssache den falschen Eid geleistet hatte, sofort tiefe Reue darüber empfunden und auch dem Rechtsanwalt Dr. Martwitz reueboll Mitteilung gemacht und um Rat ersucht, was er nun tun solle. Zu seiner eigenen falschen Aussage sei er außer durch die Rücksicht auf Frau P. auch dadurch bewogen worden, daß drei Tage vor dem Termin ihm ein anonymer Brief zugegangen sei, in welchem gesagt wurde: wenn er seine Aussage verweigere, würde nicht nur er selbst, sondern auch seine ganze Familie kompromittiert werden.

Die Verteidigung suchte dann noch weiter auszuführen, daß der 27jährige Student willenloses Opfer der 46jährigen Ehefrau geworden sei. Umgekehrt bestätigten drei ärztliche Sachverständige, daß Frau Knoll eine hysterische, neurasthenische, willensschwache Frau sei, die von einem willensstarken Mann leicht als gefügiges Werkzeug mißbraucht werden könne. Das Urteil lautete gegen die Angeklagte Knoll auf sechs Monate Gefängnis, gegen Wesemann auf zwei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und dauernder Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen werden zu können.

Aus der Frauenbewegung.

Rixdorf. Im Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen für Rixdorf und Umgegend findet heute, Mittwoch, abend bei Hoppe, Hermannstr. 49, ein Lichtbildervortrag statt. Herr Dr. Osborn spricht über „Konstantin Meunier, ein Bildhauer und Maler der Arbeiterschaft". Es kann nicht dringend genug geraten werden, diese Gelegenheit zu benutzen, um einen Einblick in das gewaltige Schaffen dieses Künstlers des Proletariats zu gewinnen. Meuniers Werke sollten keinem Arbeiter und keiner Arbeiterin unbekannt bleiben.

Versammlungen.

Verein Berliner Hausdiener. In der letzten Mitgliederversammlung hielt Genosse Eugen Brückner einen Vortrag über „Die Arbeiterbewegung einst und jetzt". Reicher Beifall lohnte den Redner für seine sachlichen Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. — Wappler berichtete dann, daß seit der letzten Versammlung 195 Kollegen dem Verein beigetreten sind. Ferner wurde mitgeteilt, daß am Donnerstag, den 5. April, bei Sieller, Koppenstraße, eine öffentliche Hausdiener- und Packer-Versammlung stattfinden soll, welche gemeinschaftlich von dem Verein, dem Verband und der Hausdiener- und Packer-Vereinigung einberufen wird. Referent ist Reichstagsabgeordneter C. Legien. Thema: „Der Wert der Einheitsorganisation".

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Süd-Ost". Heute, abends 8½ Uhr, bei Tollsdorf, Görlitzerstr. 58: Vortrag über: Thomas More.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Heine". Jeden Mittwoch (außer Zahlabend) Sitzung bei Herm. Bolze, Rodenbergstr. 8.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund. Ortsgruppe Berlin. Heute Mittwoch, abends ½9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a: Versammlung. 1. Vortrag: Bürgerliche und proletarische Abstinenzbewegung. 2. Diskussion. 3. Gruppenangelegenheiten. — Gäste willkommen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65—68 pr. 100 Pfund, IIa 56—64, IIIa 50—54, IVa 40—48, engl. Bullen- 00—00, dän. Bullen- 00—00, holl. Bullen- 00—00. Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 80—88, IIa 65—78, IIIa 52—62. Hammelfleisch Ia 62—72, IIa 55—61. Schweinefleisch 70—74. Kaninchen 0,90—1,10. Hühner, alte, Stück 1,60—2,25, alte per Pfd. 0,00, junge, per Stück 0,00—0,00. Tauben, junge 0,55—0,72, alte 0,40—0,50. Enten, junge per Stück 0,00—0,00, per Pfd. 00—00, russ., gefr. per Stück 00—00. Gänse, junge, per Pfd. 1,25—1,30, russ. per Pfd. 0,00—0,00. Hechte 84—93. Schleie 00—00. Bleie 53, groß 00—00. Aale, groß 00—00, mittel 00—00, klein 00—00, unsortiert 00—00. Plötzen 39—51. Flundern, pomm. I, per Schock 00—00, Kieler, Stiege Ia 4—7, do. mittel, per Kiste 3—4, do. klein, per Kiste 00—00. Bücklinge, schwed. per Wall 00—00, norw. 3,00—3,50, holl. 3,00, Kieler 2—4, engl. 2—3,00. Aale, groß, per Pfd. 1,10—1,20, mittelgroß 0,80—0,90, klein 0,50—0,60. Sprotten, Kieler, 2 Wall 1,00—1,60, Elb-, per Kiste 0,40—0,50. Sardellen, 1902er, per Anker 74,00, 1904er 72,00, 1905er 70,00. Schottische Vollheringe 1905 00—00, large 40—44, full. 36—38, mod. 33—35, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ Tonnen 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 00—00. Krebse, per Schock, große 00—00, mittelgroße 00—00, kleine 0,00, unsortiert 00—00. Eier, Land-, per Schock 00—00, frische 3,20—3,40. Butter per 100 Pfund, Ia 120, IIa 117—120, IIIa 115—116, abfallende 110—114. Saure Gurken, Schock 3—3,50 M., Pfeffergurken 3—3,50 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,10—2,35, rote Daberche 2,00—2,20, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl per Schock 0,00—00,00. Weißkohl per 100 Pfd. 4,50—5,50, Rotkohl per Schock 00—00, holl. 16—21. Grünkohl, per 100 Pfd. 12—15. Rüben, weiße 12—16, Teltower 16—18. Kohlrüben, per Schock 2,50—4,50.

Witterungsübersicht vom 3. April 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	776	NNO	2	heiter	4	Haparanda	763	WNW	4	wolkig	3
Hamburg	778	NNW	1	Dunst	8	Petersburg	771	W	1	bedeckt	—4
Berlin	777	NNO	1	wolkenl	4	Scilly	770	ONO	1	wolkig	7
Frankf. a. M.	776	O	3	wolkenl	5	Aberdeen	775	S	2	wolkig	4
München	775	Still		bedeckt	1	Paris	771	O	1	wolkenl	0
Wien	775	N	2	heiter	0						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 4. April 1906.

Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei schwachen südöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 2. April. Elbe bei Aussig + 1,40 Meter, bei Dresden — 0,08 Meter, bei Magdeburg + 3,02 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 2,80 Meter. — Oder bei Ratibor 2,33 Meter, bei Breslau Oberpegel 5,28 Meter, bei Breslau Unterpegel + 0,30 Meter, bei Frankfurt + 2,58 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 6,18 Meter. — Warthe bei Posen + 2,15 Meter. — Netze bei Usch 00—00 Meter.

Conrad Tack & Cie. Burg b. Magd.

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

Preiswerte Frühjahrs-Schuhwaren!

Eigene Verkaufsgeschäfte in BERLIN und Umgegend:
C., Rosenthalerstraße 14.
C., Spittelmarkt 15.
W., Potsdamerstraße 50.
W., Schillstraße 16.
S., Oranienstraße 65.
SO., Wrangelstraße 49.
SO., Oranienstraße 2a.
SW., Friedrichstr. 240-241.
NW., Beusselstraße 29.
NW., Turmstraße 41.
NW., Wilsnackerstraße 22.
O., Andreasstraße 50.
O., Frankfurter Allee 125.
N., Danzigerstraße 1.
N., Müllerstraße 3.
N., Reinickendorferstr. 14.
Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 122-123.
Rixdorf: Bergstraße 30-31.
Potsdam: Brandenburgerstr. 54.

Abteilung für Damen:

Haus-Schuhe, aus gutem Lasting, bequemes Tragen . . . . M. 2.50	1.80 M.
Haus-Schuhe, beige Segeltuch, sehr modern	2.60 M.
Haus-Schuhe, fein rot u. schwarz Leder . . . . . M. 4.25	2.90 M.
Schnür-Schuhe, kerniges Wichsleder . . . . . M. 4.60, 3.90	2.90 M.
Spangen-Schuhe, prima Roßleder . . . . . M. 3.90	3.20 M.
Schnür-Schuhe, aus farbigem Segeltuch . . . . . M. 3.90	3.20 M.
Spangen-Schuhe, braun u. rot, beliebte, preiswerte Qualität M. 4.90	3.75 M.
Schnür-Stiefel, beige und grau Segeltuch, mit feiner Leder- oder Lackgarnitur . . . . . M. 5.80	4.90 M.
Knopf- und Schnür-Stiefel, anerkannt preiswert . . M. 6.50	5.00 M.
Spangen-Schuhe, Ia. Kalblackleder, elegante Promenadenschuhe M. 6.50	5.00 M.
Knopf- und Schnür-Stiefel, fein Boxhorse . . . . . M. 7.75	6.75 M.
Knopf- und Schnür-Stiefel, echt Ziegenleder, moderne Farben	6.90 M.
Knopf- und Schnür-Stiefel, echt Chevreau, elegante, beliebte Façon . . . . . M. 13.75, 9.75	7.50 M.
Knopf- und Schnür-Stiefel, prima weiß Glacéleleder, schicke Form	8.50 M.
Schnür-Stiefel, grau und beige Sämischleder, sehr geschmackvoll ausgeführt	8.50 M.
Knopf- und Schnür-Stiefel, Ia. Boxcalfleder, weich und äußerst haltbar . . . . . M. 12,75	8.75 M.

Abteilung für Herren:

Haus-Schuhe, rot und schwarz Leder, leicht und bequem	3.90 M.
Schnür-Schuhe, schwarz, grau u. braun Segeltuch, äußerst haltbar M. 4.90	3.90 M.
Zug- und Schnür-Schuhe, Lasting, beliebte Kellnerschuhe . .	4.50 M.
Zug-Stiefel, kräftiges Wichsleder M. 5,50	4.50 M.
Zug- und Schnür-Schuhe, dauerhafte Arbeitsschuhe . M. 7,50	5.25 M.
Schnallen-Stiefel, äußerst dauerhaft.	5.90 M.
Schnür-Stiefel, bewährte Qualitäten . . . . . M. 9.80, 8.70	7.20 M.
Zug-Stiefel, prima Spiegelleder, elegante Uniformstiefel . M. 9.50	8.30 M.
Schnür-Stiefel, Ia. Boxhorse, sehr beliebt	8.75 M.
Schnür-Stiefel, echt Chevreau, anerkannt preiswert	8.75 M.
Schnür-Stiefel, echt braun Ziegenleder, moderne Farbe	8.75 M.
Schnallen-Stiefel, bequem und praktisch . . M. 14.50, 14.—, 9,80	8.75 M.
Schnür-Stiefel, fein Boxhorse mit Lackzierkappen	9.00 M.
Zug-Stiefel, feinstes Boxcalf M. 14.50	10.50 M.
Schnür-Stiefel, Pa. Boxcalf M. 14.50	10.50 M.
Schnür-Stiefel, Ia. Kalblack, sehr elegante Promenadenstiefel . . .	12.00 M.

Abteilung für Knaben:

Zug-Stiefel, gutes Wichsleder M. 5.50 und	5.00 M.
Schnür-Stiefel, außerordentlich kräftige „Schul-Stiefel" M. 5.90 bis	3.90 M.
Schnür-Stiefel, prima Boxcalf, elegant . . . . . M. 9.00 bis	6.00 M.

Abteilung für Mädchen:

Knopf- und Schnür-Stiefel, anerkannt dauerhafte „Schul-Stiefel" M. 4.80 bis	3.20 M.
Knopf- und Schnür-Stiefel, echt braun und rot Ziegenleder, sehr bewährt . . . . . M. 6.30 bis	3.90 M.
Knopf- und Schnür-Stiefel, feinstes Boxhorseleder, mod. M. 5.80 bis	4.20 M.
Knopf- und Schnür-Stiefel Pa. Boxcalf und Chevreau, elegante Façon . . . . . M. 7.50 bis	5.50 M.

Abteilung für Kinder:

Baby-Stiefelchen, in sortierten Farben . . . . . M. 1.25	1.00 M.
Spangen-Schuhe, fein schwarz Leder	1.35 M.
Spangen-Schuhe, braun u. rot, beliebt	1.65 M.
Schnür-Stiefel, echt Ziegenleder, schwarz, braun und rot No. 17—21	1.70 M.
Knopf-Stiefel, echt schwarz Ziegenleder . . . . . No. 19—22	2.00 M.
Schnür-Stiefel, farbig Leder, sehr bewährt	3.40 M.

CREDIT AN ALLE

Kennen Sie schon meine **Möbel?**

Wenn nicht, so machen Sie einen Versuch! Nur erstklassiges Fabrikat.

SPEZIALITÄT: Solide bürgerliche Einrichtungen von 250—3500 M.
Bar oder Teilzahlung. Billige, aber feste Preise! Kulante Bedingungen.

Wilhelm Misch BERLIN NO. Gr. Frankfurterstr. 45/46 I. und II. Stock.

Verlangen Sie **Tellus-Zigaretten**

3712*

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!

M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus", Berlin N. 54.

Überzeugen Sie sich, dass meine **Deutschland-Fahrräder** u. Zubehörteile die besten, daher im Gebrauch die allerbilligsten sind!

Viele 1000 Anerkennungen.

Über 100,000 Deutschland-Räder zur grössten Zufriedenheit i. Gebrauch.

Preisliste, die grösste der Branche, unberechnet u. portofrei.

August Stukenbrok, Einbeck

Erstes Fahrradhaus Deutschlands.

Arbeiter!

Raucht **„Malinda"**-Zigarren in 100ten Zigarrengeschäften zu haben.

Wer sich den Genuß der so vorzüglichen **echten Malinda**-Zigarren a 5, 6, 8, 10 Pf. per Stück verschaffen will, achte darauf, daß ihm die rühmlichst bekannte **echte „Malinda"**-Zigarre verkauft wird. — „Malinda"-Zigarren werden sehr viel nachgeahmt, aber niemals an Qualität erreicht. — Gegen Fälscher wird gerichtlich vorgegangen.

536L*

S. Rund, Generalvertreter, Marsilius-Str. 23.

Moerner's Blumengarten

Ober-Schöneweide

Dampferstation Stern

empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeder Art.
2 große Säle. — 3 Familien-Kaffee-Kochküchen.

Raucht **Tassi-** Cigarettes.

2262*

Möbel und Polsterwaren

Theodor Knorn

N. 39. **Gerichtstr. 10** am **Hochplatz.**

Reichhaltiges Lager gut bürgerlicher sowie einfacher Einrichtungen.
Komplette bunte Küchen von **56 Mark** an
sowie große Auswahl **einzelner Möbel, Polsterwaren**
nur eigener Fabrik, daher langjährige Garantie.
Besichtigung ohne Kaufzwang bereitwilligst gestattet.

Kufeke's Kinder-mehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung.

5601L*

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt — Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. — Millionen im Gebrauch

Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Bergarbeiterleben in der Mark.

(Eigener Bericht des „Vorwärts".)

Vierzehnter Verhandlungstag.

Kottbus, 3. April.

In der heutigen Sitzung wird die Erörterung der Frage fortgesetzt, ob Gärtner der böse Geist der Stadtgrube war, der die Arbeiter beeinflußt habe, nur bei ihm, nicht aber beim Arbeiterausschuß Beschwerden über Mißstände vorzubringen, der den Streik provoziert und das „väterliche Verhältnis" zwischen dem Direktor Lehder und „seinen" Arbeitern gestört habe. — Ueber die von Herrn Lehder aufgestellte Behauptung, Gärtner habe den Arbeiterausschuß ausschalten wollen, wird Polizeisergeant Tröder vernommen. Das ist der Beamte, auf dessen Informationen der Grubendirektor sich berufen hatte. Zeuge Tröder sagt, als er während dieses Prozesses hörte, es werde behauptet, die Arbeiter trauen sich nicht, Beschwerden bei den Grubenbeamten anzubringen, weil sie sonst gemaßregelt werden, da habe er, Tröder, zum Grubendirektor gesagt, das sei nicht wahr. Die Parteiführer und Gärtner hätten in Versammlungen wiederholt gesagt, wenn die Arbeiter Beschwerden haben, sollen sie sich nicht an die Grubenbeamten, sondern an ihre Vertrauensmänner wenden. — Gärtner bestreitet, sich so geäußert zu haben. Er könne vielleicht gesagt haben, wenn infolge von Beschwerden Maßregelungen vorgenommen werden, wie oft von Arbeitern angegeben, dann bleibe nichts übrig, als Beschwerden nicht mehr bei den Beamten anzubringen, sondern sie öffentlich zu erörtern. — Zeuge Tröder kann nicht angeben, in welcher Versammlung er die von ihm behauptete Aeußerung Gärtners gehört hat, ebensowenig kann er angeben, wer „die Parteiführer" sind, die solche Aeußerungen gemacht haben sollen, auch weiß der Zeuge nicht, in welchem Zusammenhange die angebliche Aeußerung Gärtners gefallen ist, schließlich besinnt er sich aber, daß vorher wohl von Maßregelungen und „auf das Pflaster werfen" die Rede war. Daß Gärtner vom Arbeiterausschuß gesprochen hat, weiß der Zeuge auch nicht.

Die **vorherige Anmeldung unvermuteter Revisionen** kommt nochmals zur Sprache durch den Bergrat Netto, der sich meldet, um seine vor etwa acht Tagen gemachte Zeugenaussage zu berichtigen. Der Bergrat sagt, er habe sich inzwischen vergewissert, daß er **seine Revisionen in 4 Jahren nur 5- bis 6mal durch Postkarten angemeldet habe. 12 Gruben habe er abends vorher telegraphisch benachrichtigt,** das seien aber solche Werke, die infolge mangelhafter Verkehrsverhältnisse ein am Abend aufgegebenes Telegramm erst am nächsten Morgen erhalten. In den meisten Fällen sei seine Anmeldung erst ganz kurze Zeit, oft ¼ Stunde vor seinem Eintreffen, angelangt. — Diese Angaben stehen im Zusammenhang mit einem früher erörterten Punkt. Als es sich damals um die Frage handelte, ob die zwischen der Anmeldung und dem Eintreffen des Aufsichtsbeamten liegende Zeit genüge, um gewisse Mängel im Betriebe, die der Beamte nicht sehen solle, zu verdecken oder auszubessern, vertrat der Sachverständige, Bergrat Baselt, den Standpunkt, daß derartige Arbeiten in so kurzer Zeit nicht ausgeführt werden können. Einige Tage später gaben **einige Zeugen an, es seien Verschläge errichtet worden, um dem erwarteten Revisionsbeamten vorhandene Mißstände zu verbergen.** Bei dieser Gelegenheit war die Ansicht des Sachverständigen, Bergrat Baselt, die: In der Zeit, wo ein Verschlag gemacht werde, könnten auch gewisse Mängel in den Betriebseinrichtungen ausgebessert werden. Wenn ein Stempel fehle oder an der Streckenzimmerung etwas in Unordnung sei, so könne das in 20 bis 30 Minuten in Ordnung gebracht werden.

Die nun folgenden Zeugenvernehmungen beziehen sich auf die Feststellungen, ob der Streik auf der Stadtgrube das Werk Gärtners oder eine gegen Gärtners Willen eingetretene Folge der Unzufriedenheit der Arbeiter war. Im allgemeinen werden die gestern von mehreren Zeugen gemachten Angaben durch eine Reihe weiterer Zeugen bestätigt, die übereinstimmend bekunden, daß **Gärtner entschieden vom Streik abgeraten habe,** insbesondere habe er auch die von der Belegschaft aufgestellte Forderung: Entlassung des Steigers Maß, bekämpft. Kalveit, der im Auftrage der Belegschaftsversammlung versuchte, vor dem Streik mit der Betriebsleitung zu verhandeln, hatte auch einen Brief Gärtners an die Grubenverwaltung zu überbringen, worin die Verwaltung eingeladen wurde, der nächsten Belegschaftsversammlung beizuwohnen, wo man eine Verständigung zu erzielen hoffte, um den Streik zu vermeiden. Kalveit hat, wie er als Zeuge bekundet, diesen Brief dem Inspektor Möller übergeben. Der Inspektor sagte, die Verwaltung gehe nicht in die Versammlung, **Kalveit solle sofort die Grube verlassen,** er habe dort nichts mehr zu suchen. Darauf legte dann die Belegschaft die Arbeit nieder.

Wenn zwei dasselbe tun.

An einer kleinen Zwischenepisode zeigte sich wieder die Eigenart des Vorsitzenden. Es handelte sich gerade um die Frage, ob für die Arbeiter der Stadtgrube genügende Unterkunftsräume für die Mittagspause usw. vorhanden waren. Grubendirektor Lehder trat bei dieser Gelegenheit mehrmals unaufgefordert vor, um zu den Angaben einzelner Zeugen gegenteilige Bekundungen zu machen. Als dann aber ein anderer Zeuge, allerdings ein Arbeiter, vortrat, anscheinend in der Absicht, etwas zu sagen, **wies ihn der Vorsitzende zurück,** und als der Verteidiger bemerkte, der Zeuge wolle vielleicht seine Aussage ergänzen, meinte der Vorsitzende: Gewiß, das könne der Zeuge ja, aber er dürfe nicht ungefragt etwas sagen und nicht in die Verhandlung eingreifen. Unmittelbar darauf griff aber der Direktor Lehder wieder in die Verhandlung ein, indem er **ungefragt und durch den Vorsitzenden nicht gerügt** Ausführungen machte, die sich als vermeintliche Berichtigungen von eben gemachten Zeugenaussagen darstellen.

Ueber die **Ursachen des Streiks** wird noch der Betriebsinspektor Möller vernommen. Er behauptet ganz bestimmt, daß er Kalveit, als dieser im Auftrage der Belegschaft mit den Forderungen zu ihm kam, nicht entlassen, sondern gekündigt habe, er habe gesagt, nach 14 Tagen könne Kalveit gehen. — Kalveit sagt ebenso bestimmt, er sei entlassen worden, Möller sei aufgesprungen und habe zu ihm gesagt, er, Kalveit, solle sich hinausscheren und sofort die Grube verlassen. — Möller meint, das habe er zuerst gesagt, dann habe er sich besonnen und gesagt, in 14 Tagen solle Kalveit gehen. — Kalveit gibt nach eindringlicher Verwarnung durch den Vorsitzenden diese Möglichkeit zu, doch bleibt er dabei, von der **Kündigung** sei ihm nichts bewußt, vielleicht habe er diese Bemerkung in der Erregung überhört. — Bei dieser Gelegenheit fragt der Referent, Landgerichtsrat Meyer, den Sachverständigen, Bergrat Baselt, ob die Forderung der Entlassung eines Steigers nicht den Bestimmungen des **Berggesetzes widerspreche.** — Die Meinung des Sachverständigen geht dahin: **Die Forderung betrachte er als eine Frechheit, aber der Arbeiter, der im Auftrage der Belegschaft solche Forderung überbringe, dürfe deswegen nicht entlassen werden.** Kalveit kam als Mitglied des Arbeiterausschusses, zusammen mit anderen Mitgliedern desselben. Der Arbeiterausschuß sei dazu da, Beschwerden der Arbeiter vorzubringen, **der Arbeiterausschuß müsse Schutz vor Entlassung genießen.**

Unter anderem sind die **Revolverpatronen im Förderwagen** Gegenstand einer nochmaligen Erörterung. Den Anlaß dazu gibt eine Aussage eines Bruchschlägers, der von Streikenden mit Steinen geworfen sein will. Durch Befragung des Zeugen stellt sich heraus, daß die **Grubenbeamten während des Streiks mit geladenen Revolvern und Patronen** ausgerüstet waren. Daß die Streikenden Revolver geführt hätten, kann in keiner Weise festgestellt werden. Grubendirektor Lehder präzisiert seine gestrige Angabe dahin, daß seiner **durch Tatsachen nicht gestützten Meinung** nach die Patronen durch Streikposten in die Förderwagen geworfen seien. Es handelt sich im ganzen um **vier Patronen,** die im Förderwagen gefunden wurden. Direktor Lehder setzt auseinander, diese vier Patronen würden genügt haben, um eine Explosion hervorzurufen, wenn sie mit den Kohlen, die zuerst naß verarbeitet werden, in die Brikettmaschine gekommen wären.

Rechtsanwalt Liebknecht beantragt hierauf weitere **Zeugenvernehmungen, wodurch festgestellt werden soll, daß die Revolverpatronen nicht von Streikenden herrühren können. Er sieht aber von diesem Antrage ab, nachdem der Vorsitzende erklärte, das Gericht lege keinen Wert auf die Vermutungen des Zeugen Lehder.** — Die Zeugenvernehmungen sind damit abgeschlossen.

Bergrat Baselt gibt hierauf sein Gutachten als Sachverständiger ab. Nach dem, was er in der Verhandlung gehört habe, könne er sagen, der Vorwurf, Bergrat Netto habe als revidierender Beamter in einem bestimmten Falle etwas nicht sehen wollen, sei unbegründet. Ebensowenig könne er sagen, daß die Revisionen, die Bergrat Netto vorgenommen habe, ungenügend gewesen seien. — Bei Beschwerden, die dem Revierbeamten durch Arbeiter eingereicht werden, könne der Name des Beschwerdeführers dann nicht verschwiegen werden, wenn die gerügten Mißstände festgestellt werden sollen. Anders sei es, wenn es sich um Beschwerden allgemeiner Art handelt. In solchen Fällen werde der Beschwerdeführer nach allgemeinem Brauch nicht genannt. — Was die Mißhandlungen von Arbeitern der Stadtgrube betrifft, so meint der Sachverständige, in solchem Umfange, wie hier dargelegt, kämen Mißhandlungen seines Wissens auf keiner anderen Grube vor. Seiner Meinung nach hätte sich der Inspektor Möller auf eine höhere Warte stellen müssen. — Hinsichtlich der Betriebseinrichtungen der Stadtgrube meint der Sachverständige, sie seien nicht schlechter wie die der benachbarten Gruben des Senftenberger Reviers. Die Fahrstrecke, die er selber besichtigt, hätte besser sein können. — Wenn es zutreffe, daß am Eingange zur Fahrstrecke sieben Felder gebrochen waren, so sei das ein erheblicher Mißstand. — Mängel in der Signalleitung in einem die Betriebssicherheit gefährdenden Maße scheinen nicht vorgelegen zu haben. Die Zustände im Tagebau, wo Tonstücke hinabrollten, müßten als unstatthaft bezeichnet werden für den Fall, daß Arbeiter unmittelbar unter jener Stelle beschäftigt waren. — Die Gesundheitsverhältnisse der Stadtgrube seien nach dem vom Sachverständigen herangezogenen statistischen Material relativ günstige oder doch nicht ungünstiger als die der beiden benachbarten Gruben. Die Stadtgrube habe allerdings höhere Krankenziffern als der Brandenburgische Knappschaftsverein im Durchschnitt aufweise. Das erkläre sich aus der fluktuierenden, nicht widerstandsfähigen, teilweise dem Trunk ergebenen Arbeiterbevölkerung, die hier in Frage komme. — Arbeiten im „ausgeraubten Bruch", wie sie hier bekundet wurden, seien **gegen die berggesetzlichen Vorschriften und im hohen Grade gefährlich.** — Mit Rücksicht auf eine bevorstehende Revision könnten wohl in kurzer Zeit kleinere Arbeiten zur Beseitigung von Mißständen ausgeführt werden, aber keine Arbeiten von erheblichem Umfange. — Hinsichtlich der bekundeten tödlichen Unfälle sei nicht aufgeklärt, ob der Betriebsleitung eine Schuld zur Last gelegt werden könne. Die Arbeitsstelle des getöteten Hauers Oczarczak sei allerdings gefährlich gewesen. Er, der Sachverständige, würde an solcher Stelle einen Mann nicht allein arbeiten lassen. — Mit den Ueberstunden sei die Stadtgrube nicht über das zulässige Maß hinausgegangen. Die Löhne ständen über dem Durchschnitt des ganzen Senftenberger Reviers, sie seien nicht schlechter wie auf den Nachbargruben. — Als Maßregelung könne nur eine Entlassung ohne Grund und ohne Kündigung angesehen werden. Wenn die Kündigung eingehalten werde, so könne man unter Berücksichtigung der hier in Frage kommenden Verhältnisse von einer Maßregelung nicht reden, vorausgesetzt, daß eine Verabredung der Besitzer, solche Arbeiter nicht einzustellen, nicht besteht. — Hinsichtlich der Bestrafung von Arbeitern seien einige Fälle bekundet, die nicht zulässig waren. — Wenn man nun bedenke, daß alles, was hier vorgetragen, sich über mehrere Jahre erstreckt, wenn man ferner **das Milieu der Gruben berücksichtige,** dann könne man sagen: Es hätte manches besser sein können, aber die Verhältnisse seien nicht so schlecht, daß man der Verwaltung daraus erhebliche Vorwürfe machen könne. Alles in allem seien die Verhältnisse gerade noch normal.

Damit ist im allseitigen Einverständnis der Prozeßbeteiligten die Beweisaufnahme geschlossen. — Morgen werden Staatsanwalt und Verteidiger plädieren.

Der Streik in den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren.

Zeitz, 2. April. (Eig. Ber.)

Wie immer bei einer Ausstandsbewegung im Kohlenbergbau, so auch bei der jetzigen Bewegung: Der Ausstand greift immer weiter um sich, die Zahl der in den Streik tretenden Gruben und somit die Zahl der Ausständigen wächst an. Wie in den schon seit voriger Woche mit Streik überzogenen Revieren Zeitz-Weißenfels-Meuselwitz nicht anders zu erwarten war, ist dort die Zahl der am heutigen Montag nicht angefahrenen Bergleute, und zwar hauptsächlich der unterirdisch beschäftigten, weiter beträchtlich gestiegen. Die Gruben des gesamten Meuselwitzer Reviers sind stillgelegt, die Zählung für dieses Revier ergibt die Summe von 1900 Mann, das sind gut 90 Proz. der gesamten unterirdisch angelegten Belegschaften. Weiter kommen 100 Mann Maschinisten und Heizer hinzu, so daß ohne die ebenfalls am Streik in den Reparaturwerkstätten beschäftigten Metallarbeiter die Gesamtzahl der Ausständigen 2000 beträgt. Die bürgerliche Presse gibt, getreu ihrer bisherigen Taktik, die Zahl der Streikenden auf 1700 an.

Im Zeitz-Weißenfelser Revier beträgt die Zahl der am heutigen Montag nicht angefahrenen rund 2200, dazu kommen noch 75 Mann der Tagesschicht der Grube „Robert", bei Wanzleben im Revier Halle-West belegen. Dort befinden sich 4 Gruben mit zusammen 1600 Mann Gesamtbelegschaft, den Riebeckschen Montanwerken A.-G. gehörig. Dem den Gruben vorstehenden Herrn Berginspektor Meyer ist es noch einmal gelungen, durch Versprechungen den Arbeiterausschüssen gegenüber die Belegschaften dreier größerer Werke zum Anfahren zu bewegen. Diese werden sich aber zweifellos in 1—2 Tagen der Bewegung anschließen.

Unverändert ist die Lage in dem im Königreich Sachsen belegenen Revier Borna. Die Zahl der Ausständigen beträgt dort 526. Neu hinzugekommen sind einzelne Gruben im Braunschweiger Revier. Genaue Ziffern lassen sich indessen hierfür noch nicht angeben, da bis zur Stunde nähere Nachrichten fehlen. Wie die Situation im ganzen beschaffen ist, darüber schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten", das bekannte Limanblatt, in ihrer Nummer vom 1. April wie folgt:

> Es muß leider festgestellt werden, daß am Sonnabend der Ausstand im Meuselwitzer Revier nicht abgenommen, im Gegenteil, zugenommen hat. Die Verschärfung in der Ausstandsbewegung macht sich namentlich bei denjenigen Arbeitern geltend, welche die für den Grubenbetrieb wichtigsten Funktionen zu erfüllen haben, nämlich den Heuern und Schleppern. Die Heuer haben die Gewinnung der Kohle in der Grube zu besorgen, sie fahren ein, wie der Bergmann sagt, und hacken die Kohlen von den ihnen zugewiesenen Arbeitsstellen. Die Schlepper dagegen besorgen die geförderte Kohle mittels Seil oder Kettenbahn, bei kleineren Betrieben auch mit der Hand, zum Schacht, wo das gewonnene Produkt entweder in die Wagen verladen, sortiert oder der Brikettfabrik zur Herstellung von Briketts zugeführt wird. Es liegt auf der Hand, daß, wenn diese Arbeiter streiken, der ganze Betrieb eine empfindliche Störung erleidet, denn die Gewinnung der Kohle ist die Lebensbedingung für den ganzen oberirdischen Betrieb. Diese unterirdischen Arbeiter sind es also, wie schon gesagt, welche zum allergrößten Teile ausständig sind. Das Publikum ist da meist irriger Ansicht, es liest, daß im Meuselwitzer Revier 50 60 oder 70 Proz. streiken, nur meint man, daß alsdann die Leistungen der Gruben immerhin noch 50, 40 oder 30 Proz. betragen müßten. Das ist ein großer Irrtum. Wie eingangs erwähnt, arbeitet unter Tage fast gar nichts, über Tage aber noch ein großer Prozentsatz; wenn deshalb die Zahl der ausständigen Arbeiter in Prozenten zum Ausdruck gebracht wird, muß man sich immer vergegenwärtigen, daß die prozentuale Kohlengewinnung mit der Prozentzahl der Arbeitenden niemals in Einklang zu bringen ist.

Das edle Organ für Brot- und Kohlenwucher hat also in einem ausnahmsweise lichten Augenblicke „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe" der Wahrheit die Ehre gegeben!

Im übrigen beginnt bereits Kohlenmangel einzutreten. Aus Weißenfels und anderen Orten wird gemeldet, daß dort bereits eine Kürzung verschiedener Betriebe infolge dieses Umstandes vorgenommen werden mußte. Auch steigen die Preise für Hausbrandkohle, Briketts, Naßpreßsteine usw. rapid. Die Händler lassen sich also ihrerseits die Gelegenheit nicht entgehen, um aus der Notlage der Aermsten der Armen, die ihren Bedarf an Brennmaterial in kleinen und kleinsten Mengen kaufen müssen, exorbitanten Nutzen zu ziehen. Auch die böhmischen Braunkohlenindustriellen machen bereits Angebote auf Lieferungen. Sie werden offenbar die größten Anstrengungen machen, um die seinerzeit verlorenen Absatzgebiete wieder zurückzuerobern. Sie mögen aber ja nicht zu früh jubeln! Auch dort ist Zündstoff unter den Bergleuten die schwere Menge vorhanden. Es bedarf nur eines Funkens, um auch dort die seit langem vorhandene Unzufriedenheit zur hellen Flamme der Empörung emporlodern zu lassen!

Der Tintenkuli des mitteldeutschen Braunkohlensyndikats hat der „gutgesinnten" Presse wieder den nunmehr stehend gewordenen Waschzettel „aus den Kreisen der Arbeitgeber" zugehen lassen, in dem er in lendenlahmen Ausführungen der Solidarität der Bergarbeiterschaft diejenige des verbündeten Unternehmertums entgegenhält. Jedenfalls haben es ihm die Nachrichten über die Vorbereitungen zu einem monatelangen Kampfe angetan. Die Herren mögen sich nicht täuschen: Falls sie auf ihrem brutalen Herrenstandpunkt verharren und die von den versammelten Arbeiterausschußmitgliedern und aus deren Reihen gewählte Kommission der Bergarbeiter nicht anerkennen, wird der Kampf fortgesetzt werden — und wenn es sein muß bis zum bitteren Ende!

Bei dieser Gelegenheit mag die alte Lüge widerlegt werden, die Kommissionsmitglieder seien keine Bergarbeiter, sondern „Schuhmacher, Bäcker, Redakteure". Es sei folgendes festgestellt: Alle Kommissionsmitglieder haben bis zum Ausbruch des Streiks unterirdisch Bergarbeit verrichtet. Davon zwei, welche 22 bezw. 21 Jahre Häuer sind, als solche mit besonders schwierigen Abteufungs-, Vorrichtungs- und Zuführungsarbeiten beschäftigt waren und als besonders qualifizierte Arbeiter in der ganzen Gegend bekannt sind. Die übrigen drei sind 20, 14 und 10 Jahre im Bergbau tätig, zwei sind Häuer und einer ist Schlepper. Dies zur Steuer der Wahrheit.

Die Maßnahmen des Staates „zur Aufrechterhaltung der Ordnung" bestehen in einem starken Gendarmerieaufgebot, welches über das ganze Streikgebiet verteilt ist. Dank der sich auch hier wieder glänzend bewährenden Besonnenheit und Ruhe der Bergarbeiter haben sie bis heute nicht die geringste Arbeit bekommen: Sie sind unnütz und überflüssig!

Die Agenten des Unternehmertums sind bereits am Werke, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen. Daß den Herren das Feuer bereits auf die Fingernägel brennt, beweisen weiterhin riesengroße Annoncen in der Tagespresse, in welchen „Tüchtige Bergleute bei hohem Lohn sofort gesucht werden. Als wenn in der deutschen Arbeiterschaft Elemente zu finden wären, die das Totenhemd des Braunkohlengräbers tragen möchten! —

Eine nette Neuigkeit kommt übrigens aus dem herzoglich altenburgischen Ländchen: Genosse Pokorny darf laut Verfügung von oben im Altenburger Herzogtum nicht sprechen!! Dies machte in einer Versammlung in Zschernitzsch, wo Genosse Hue das Referat hatte und Pokorny in der Diskussion das Wort ergreifen wollte, der überwachende Beamte bekannt.

Weiter hat das Bemühen, ungeübte Leute zum Hacken von Kohle im Tagesbau zu verwenden, bereits ein Opfer gefordert. Heute nachmittag verschütteten herabstürzende Massen einen Mann und verletzten ihn derartig, daß er als tot vom Platze getragen werden und sofort ins Knappschaftslazarett Halle übergeführt werden mußte. Uebrigens eine grelle Beleuchtung der Zustände im Bergbau: Ein im Herzogtum Altenburg verunglückter Bergarbeiter muß zirka 2½ Stunden Bahnfahrt, ohne die sonstigen Verzögerungen, aushalten, ehe ihm Hülfe zuteil wird.

Generalversammlung der Steinarbeiter.

Die Steinarbeiter halten gegenwärtig ihre Generalversammlung im Saale der „Goldenen Rose" zu Nürnberg ab. Anwesend sind außer dem Vorstand und Mitgliedern des Ausschusses 72 Delegierte. Für die Generalkommission ist Knoll-Berlin anwesend. Der Steinarbeiterverband, der früher nach dem Vertrauensmännersystem organisiert war, nahm vor vier Jahren die feste Verbandsform an, die sich bewährt hat und auf dieser Generalversammlung durch Schaffung einer Krankenzuschußkasse weiter ausgebaut werden soll. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1903 8624 und ist bis 31. März 1906 auf zirka 15 000 gestiegen, bei zirka 100 000 in Frage kommenden Steinarbeitern. Die Zunahme der Mitgliederzahl betrug im Jahre 1904 17 und 1905 38 Proz. Das Verbandsleben pulsiert lebhaft. Das zeigen die Kämpfe der Organisation. So wurden 1904 10 Abwehrstreiks verzeichnet, die 29 Betriebe mit 673 Arbeitern berührten. Die Ursachen dieser Streiks waren in 4 Fällen Maßregelung, in 8 Fällen Lohnreduktion, in 5 Fällen Nichteinhaltung der vertraglichen Arbeits- und Lohnbedingungen. Von den Streiks waren 12 erfolgreich, 5 hatten teilweisen Erfolg und 2 waren erfolglos. Angriffsstreiks wurden in acht Fällen unternommen. Davon entfielen 7 auf 80 Betriebe mit 761 Arbeitern. Von diesen waren 4 erfolgreich, 2 teilweise erfolgreich und einer erfolglos. 21 Lohnbewegungen wurden ohne Streik durchgeführt, bei denen es sich in drei Fällen um Abwehr von Verschlechterungen handelte. Im Jahre 1905 fanden 20 Abwehrstreiks mit 668 Arbeitern statt, bei denen es sich in drei Fällen um Maßregelung, in 6 Fällen um Lohnreduktion und in 9 Fällen um Nichteinhaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen handelte. Von diesen Streiks waren 11 erfolgreich, 5 teilweise erfolgreich und 3 ohne Erfolg. Weiter fanden 16 Angriffsstreiks mit 1683 Arbeitern statt und 5 Aussperrungen mit 299 Arbeitern. Der Verband erstreckt sich auf 289 Zahlstellen. Aufwendungen des Verbandes wurden in den Jahren 1904, 1905 gemacht: Reiseunterstützung 14 213,40 M., Streikunterstützung 148 491,08 M. mit der Ortsunterstützung von 120 000 Mark, Maßregelungsunterstützung 7755,84 M., Rechtsschutz 1566,43 Mark, Umzugskosten 985,65 M., Verwaltungskosten 28 681,16 M. Das Vermögen des Verbandes beziffert sich Ende 1905 auf 208 300,50 M., Ende März 1906 auf zirka 300 000 M. Das erste Quartal 1906 hat an Ausgaben 40 242,01 M. verursacht.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde der Bericht des Vorstandes erstattet. Der Vorsitzende Starke sucht um die Nachbewilligung eines Hülfsarbeiters und eines Gauleiters nach. Von der Entwickelung des Verbandes und seinen Lohnbewegungen gibt er ein anschauliches Bild und konstatiert, daß der Verband mit einer schärferen Bekämpfung durch die Unternehmer zu rechnen habe, die vielfach die Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation aussperren. Der angebliche Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften bestehe für den Steinarbeiterverband nicht. Die Steinarbeiter seien eins mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Die Frage des Massenstreiks müsse auch in ihren Reihen erörtert werden, weil das Vorgehen der Unternehmer sie zwingen werde, das Koalitionsrecht verteidigen zu müssen. Die

Differenz zwischen der Kölner und Jenaer Generalstreikresolution sei nicht groß. Er hoffe, daß der Verband sich weiter entwickeln werde als Teil der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Der Kassierer Geist gab den Kassenbericht. Er wendet sich gegen den Versuch, Sonderbeiträge fallen zu lassen, ohne dafür die ordentlichen Beiträge zu erhöhen. Ebenso spricht er sich gegen die Erhöhung der Streikunterstützung und Reisegelder aus, wenn man die Beiträge nicht erhöhe. Alle Wünsche auf höhere Leistungen des Verbandes würden eine Mehrausgabe von 60 000 M. pro Jahr bedingen, die ohne Beitragserhöhung zu decken nicht möglich seien. Redner gab dann einen spezialisierten Kassenbericht, aus dem hervorging, daß der materielle Ausbau des Verbandes sich auf gesunder Grundlage vollzieht. Die Fluktuation im Verbande ist jedoch sehr groß. Zu den 8000 Mitgliedern im Jahre 1904 seien 24 000 Mitglieder hinzugetreten, doch sei der Austritt so stark gewesen, daß anstatt 32 000 Mitglieder laut Buch tatsächlich nur 15 000 Mitglieder im Verbande verblieben.

Der Redakteur des „Steinarbeiters", Staudinger, berichtet über den Stand der Presse. Der Beschluß von Erfurt, das Blatt obligatorisch einzuführen, habe sich bewährt. Die Auflage sei von 4500 auf 20 500 gestiegen. Redner geht dann auf die einzelnen Wünsche ein, die für den Ausbau und die Reform des Blattinhalts geäußert worden sind, und bittet, weniger Versammlungsberichte, aber mehr Situationsberichte zu liefern und mehr mitzuarbeiten, damit der Ausbau des Blattes erfolgen kann. Er teile die Ansicht, daß das Blatt textlich auf der Höhe der Zeit stehe.

Steglich-Dresden berichtet über die Tätigkeit des Verbandsausschusses und Kuhnert-Leipzig über die Tätigkeit des Zentralausschusses und der Preßkommission. Beide bestätigen, daß die Geschäftsführung nicht zu bemängeln gewesen sei und die Kasse stets in Ordnung gefunden wurde.

In der folgenden Debatte wurde der Geschäftsführung des Vorstandes zugestimmt. Bemängelt wurde, daß die Stelle eines Hülfsarbeiters nicht ausgeschrieben worden sei, daß der Ton Starkes zu grob sei und daß er bei Streiks auf deren Abbruch dränge. Die Leistung der Presse wurde anerkannt und deren weiterer Ausbau befürwortet. Alle Redner sprechen sich für den Wegfall der Extrabeiträge und Erhöhung der ordentlichen Beiträge aus.

Eine Anzahl beanstandeter Mandate wurde für gültig erklärt.

Aus Industrie und Handel.

Hercynia.

Man braucht in dem verflossenen Handelsminister kein kaufmännisches Genie zu erblicken, trotzdem kann man anerkennen, er war doch noch weniger ungeschickt wie sein Nachfolger auf dem Ministersessel. Dem langen Möller warf man vor, er habe bei der Einleitung der Hibernia-Verstaatlichungsaktion nicht fair gehandelt, weil er versuchte, die Mehrheit der Aktien durch dritte Hand, die natürlich gut „geschmiert" wurde, an sich zu bringen. Minister Delbrück braucht solchen Vorwurf allerdings nicht zu fürchten, er machte keine Winkelzüge, er bot der Gesellschaft von Hercynia sofort einen Preis — aus der Tasche der Steuerzahler —, der die Aktionäre auf Rat der Verwaltung sofort freudig zustimmen ließ. Das Staatsangebot lautet auf rund 31 Millionen Mark einschließlich Nebenkosten. Was dieser Preis bedeutet, vom kaufmännischen Standpunkt aus betrachtet, sagt genügend die Begründung im Gesetzentwurf zum Erwerbe der Hercynia, der dem Abgeordnetenhause in vergangener Woche zugegangen ist. Es heißt darin:

Zwischen der Uebernahme des Werkes in die fiskalische Verwaltung am 1. Juli 1906 und dem Ablauf der Vertragsperiode am 31. Dezember 1943 liegt ein Zeitraum von 37½ Jahren, woraus sich bei einem Zinsfuß von 3½ Proz. eine jährliche Amortisationsrate von rund 412 000 M. berechnet. Da zur Verzinsung des Anlagekapitals 1 083 000 M. aufzuwenden sind, so muß im Durchschnitt ein jährlicher Reingewinn von 1 495 000 M., rund 1 500 000 M. erzielt werden, wenn der Ankaufspreis bis zum Ablauf der Vertragsperiode vollständig getilgt werden soll. Ein Ueberschuß von dieser Höhe wird **aller Voraussicht** nach erreicht werden; es ist **sogar** (!) zu erwarten, daß darüber hinaus noch ein Reingewinn sich erzielen lassen wird.

Ein Privatkapitalist würde sich für ein solches Geschäft bedanken. Ganz entfernt denkt der Minister daran, daß vielleicht „**sogar**" (!) über die Verzinsung von 3½ Prozent hinaus ein Reingewinn herausspringen könnte. An sich ist natürlich die Verzinsung hoch genug, der Staat soll sich nicht als Dividendenschlucker betätigen. Aber in dem hohen Preise zahlt er der abzulösenden Gesellschaft einen durch kein Verdienst gerechtfertigten Anteil an dem zukünftigen Produktionsertrage. Den abzulösenden Gewerken bleibt ein sicherer Gewinn, der Staat übernimmt das Risiko! Das sieht natürlich auch Herr Delbrück ein und deshalb sucht er nach dem Gewicht allgemeiner volkswirtschaftlicher Gründe, die zugunsten seines Projektes, dessen Vater allerdings wohl noch der lange Möller gewesen ist, sprechen sollen. Im Dezember vorigen Jahres stand der Kurs der Kuxe von Hercynia auf 23 000 M. Messen wir an diesem Preisstand, so entfällt auf den Kux als Ablösung für die Zukunftsausbeute ein Betrag von 7000 M. Da die Gesellschaft nur 2,1 Millionen Zubuße eingefordert hat, ist natürlich die auf das wirklich eingezahlte Betriebskapital entfallende Zukunftsausbeute erheblich größer. Minister Delbrück sagt nun, der Kali stelle ein Volksvermögen dar, dessen Verschleuderung durch eine ungemessene Steigerung der Produktion und eine ungezügelte Konkurrenz verhindert werden müsse. Aber der Fiskus will auch seinen Einfluß im Syndikat erhöhen und faßt zu diesem Zwecke die Aufschließung des vom Fiskus im Laufe der Zeit durch Mutung erworbenen umfangreichen Besitzes an Kalifeldern ins Auge. So sagt die Begründung der Regierungsvorlage! Welchen zwingenden Zweck hat denn da noch der Erwerb der Hercynia? Schließlich wirft der Minister seine ganze Argumentation über den Haufen, indem er, mit der Möglichkeit der Auflösung des Syndikats rechnend, bemerkt:

„Auch für den Fall der Auflösung des Kalisyndikats bleibt die Rentabilität des Werkes gewahrt, da bei der alsdann gegebenen Möglichkeit, seine Leistungsfähigkeit voll auszunutzen, und bei der vorzüglichen Qualität seiner Salze eine Verringerung der Ausbeute aller Voraussicht nach wird vermieden werden können."

Also um eine ungemessene Steigerung zu verhindern, soll verstaatlicht werden, aber der Fiskus hält es für notwendig, einen umfangreichen Besitz zu erschließen, und um wenigstens die Verzinsung des Ankaufspreises der Hercynia zu sichern, rechnet man mit voller Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Gruben. Welches Argument soll nun gelten?

Von der Börse. Nachdem nunmehr die Beendigung der Marokkokomödie in Aussicht steht, schwellt neue Hoffnungen die Brust des Börsianers, dessen Gemüt in den letzten Monaten so oft durch die widersprechendsten Gerüchte über die Konferenz beunruhigt wurde. Auf dem Aktienmarkte erscheinen die ersten Triebe des kommenden Frühlings in Gestalt einer kleinen, allgemeinen Kursaufbesserung. Doch die zu eiligen Frühlingskinder erliegen meist den in der Regel sich einstellenden Nachfrösten.

Auf dem Bankenmarkte herrschte in Anbetracht der günstigen Resultate der in letzter Zeit stattgefundenen Generalversammlungen anhaltende Festigkeit. Allerdings erfuhr man aber auch, daß das Effektengeschäft der deutschen Bank in den ersten Monaten d. J. bedeutend an Umfang nachgelassen hat, ein Umstand, der den so oft bestrittenen Rückgang der Konjunktur bestätigen dürfte.

Rußland beginnt Herrn Mendelssohn wieder einmal Schmerzen zu bereiten. Die Schatzwechsel sind fällig und müssen prolongiert werden. Um dem russischen Staate gegenüber sicher zu gehen, übernehmen russische Bankiers diese 60 Millionen Rubel neue Schatzscheine und die Firma Mendelssohn lombardiert sie. Die zwingende Notwendigkeit für Rußland, eine neue Anleihe aufzunehmen, rückt immer näher heran. Für eine Placierung derselben hat man nun anscheinend in Frankreich wieder den erforderlichen Resonanzboden geschaffen. Das muß man den Russen lassen, sie verstehen Chauvinismus und Diplomatenungeschicke in den Nachbarstaaten erfolgreich für sich auszunutzen.

Preissteigerung. Die Preiskommission des Stahlformguß-Verbandes nahm eine 5prozentige Preiserhöhung vor. In der am 28. März stattgehabten Generalversammlung des Stahlformguß-Verbandes wurde bekanntgegeben, daß der Versand der Verbandswerke im Jahre 1905 betragen hat 46 539 Tonnen im Werte von 20 277 457 M. gegen 43 000 Tonnen im Werte von 17 606 120 M. im Jahre 1904. Es ist demnach schon im Jahre 1905 der Durchschnittswert pro Tonne auf 434,2 M. gestiegen, gegen 409,5 M. im Jahre 1904.

Berichtigung. In der Notiz: Jedem das Seine in der gestrigen Nummer des „Vorwärts" sind irrtümlich die Namen der Aufsichtsratsmitglieder der Großen Berliner falsch angegeben. Die Herren im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft heißen: Geheimer Kommerzienrat Eduard Arnhold, Wirklicher Geheimer Rat Hermann Wölhausen, Betriebsunternehmer Hermann Bachstein, Stadtältester Fr. Bail, Albert Blaschke, Ludwig Born, Konsul Eugen Gutmann, Oberregierungsrat Josef Hoeter, Kommerzienrat Wilh. Kopetzky, Generalkonsul a. D. Hermann Kreismann, Geheimer Baurat Alfred Lent, Isidor Loewe, Richard Michelet, Sigmund Samuel und Siegfried Samuel. Da sich die Tantiemensumme auf 15 Personen verteilt, entfällt auf den Kopf ein Betrag von 14 490 M.

Vorsicht gegenüber Minenprospekten! Ueber den Kursrückgang der südafrikanischen Randminen-Aktien stellt „Investors' Chronicle" eine Statistik auf, wonach der Marktwert der Aktien von 54 bekannten Grubengesellschaften von 154 509 000 Pfund Sterling am 12. Dezember 1904 auf 85 112 000 Pfd. Sterl. am 23. März 1906 zurückgegangen ist. Seit dem Februarabschluß ist ein Wertverlust von 34 820 000 Pfd. Sterl. eingetreten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 4. April.
Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Götterdämmerung.
Anfang 6½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Erbförster.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. Der Widerspenstigen Zähmung.
Neues. Caesar und Cleopatra.
Westen. Die vier Grobiane.
Nachm. 3 Uhr: Zar und Zimmermann.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Helden.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Militärstaat.
Lessing. Kater Lampe.
Komische Oper. Figaros Hochzeit.
Kleines. Ghetto.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Zentral. Der Obersteiger.
Trianon. Loulou.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Carl Weiß. Geschlossen.
Thalia. Bis früh um Fünfe. — Luisen. Die Räuber.
Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Einer von unsere Leut'!
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kasino. Die Herren Söhne.
Apollo. Das bummelnde Berlin. Spezialitäten.
Folies Caprice. Der Schmock. Dalles u. Co.
Wintergarten. Spezialitäten.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Nachm. 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Abends 8 Uhr: Dr. Donath: Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Anfang 7½ Uhr.
Der Widerspenstigen Zähmung.
Donnerstag: Der Geigenmacher von Cremona. Der G'wissenswurm.
Freitag: Der Hüttenbesitzer.
Sonnabend: Kean.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr. Halbe Preise:
Der Obersteiger.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Neues Theater.
Anfang 7½ Uhr.
Caesar und Cleopatra.
Donnerstag: Ein Sommernachtstraum.
Freitag: Caesar und Cleopatra.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ghetto.
Donnerstag:
Kinder der Sonne.

Theater des Westens
(Station Zoologischer Garten)
Kantstraße 12.
Mittwoch nachmittag 3 Uhr: Wohltätigkeits-Vorstellung:
Zar und Zimmermann.
Abends 7½ Uhr:
Die vier Grobiane.
Donnerstag: Der Troubadour.
Freitag: 22. Vorstellung im Freitags-Abonnement Gastsp. D'Andrade: Don Juan.

Komische Oper.
Mittwoch, den 4. April 1906, abends 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Donnerstag: Don Pasquale.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Sonnabend: Figaros Hochzeit.

Luisen-Theater.
Benefiz für Majewski:
Die Räuber.
Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Freitag: Auf eigenen Füßen.
Sonnabend: Das Käthchen von Heilbronn.
Sonntag nachm.: Die Räuber.
Abends: Das Käthchen von Heilbronn.
Montag: Die Haubenlerche.

Lustspielhaus.
Alabendlich 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Deutsch-Amerikanisch. Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Heute
Gastspiel Ad. Philipp
zum 104. Male
Er und Ich
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.
Abends 8 Uhr: ER und ICH.

Walhalla-Theater
Einer von unsere Leut'!
Volksstück in 6 Bildern nach O. F. Berg von D. Kalisch.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: Helden.
Komödie in 3 Aufzügen von Bernard Shaw. Deutsch v. Siegfried Trebitsch.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Zwei glückliche Tage.
Freitag, abends 8 Uhr: Der Vogel im Käfig.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Militärstaat.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Moser und Otto v. Trotha.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Vogel im Käfig.
Freitag, abends 8 Uhr: Der Militärstaat.

65 Abessinier in
Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.
Frankfurter-Chaussee 5.
Restaurant und Festsäle.
Jeden Sonntag: Gr. Ball unter Leitung des Herrn O. Bürger.
Jeden Mittwoch:
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen. × Bons haben Gültigkeit.
3392* Gebr. Arnhold.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend präzise 7½ Uhr:
Grande Soirée équestre. Gala-Progr.
U. a.: Berlins neueste Sensation!
15 Japanische Gaukler.
vollständig neue hier noch nie gesehene Tricks. Neu! Jokodatruppe. Neu! Mons. Frantz. Neu! Miß Hella. Neu! Mlle. Rosa. Neu! Arsène & Viktor. Neu! Reiterfamilie Cardinale. Ferner:
Chinesische Fischer m. ihren Fische fangenden Tauchervögeln
Cormorants.
Außerdem zum 107. Male:
Femina das neue Frauenreich.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132,
Ecke Friedrichstraße.
Zum 19. Male:
Der Schmock
und
Dalles & Co.
Anfang 8 Uhr.
Kasse den ganzen Tag geöffnet. Vorverkauf bei Wertheim.

XI. Berliner Saison.
Nur noch kurze Zeit!
Zirkus Busch.
Um 8¼ Uhr! Neu!
70 dressierte Elsbären 70
unter persönlicher Vorführung des Herrn Hagenbeck.
Herrn Ernst Schumanns Neudressuren und die vorzüglichsten Programmnummern.
Zum Schluß zum 134. Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
◆ Indien. ◆
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
Besonders hervorzuheben:
Eine Tigerjagd.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute zum 157. Male
morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Xanrof und J. Chancel.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Trianon-Theater.
Anfang Loulou. 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Urania Taubenstr. 48/49.
4 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Abends 8 Uhr: Dr. Donath:
Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das originelle April-Programm.
Lucie König
Vortrags-Soubrette.
Marka Freya,
Excentrique.
Hermann Strebel,
Humorist.
Ferner 14 neue Spezialitäten.

Apollo-Theater.
8 Uhr! Täglich: 8 Uhr!
Die neuen erstklassig. Spezialitäten.
9 Uhr:
Das bummelnde Berlin.
Burleske von Benno Jacobson.
Musik von Rudolf Nelson.
Im 3. Bilde: La Matschiche, mex. Tanz.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Venus auf Erden und Spezialitäten.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Heute bis inkl. 7. April geschlossen.
Sonntag, 8. April, abends 8 Uhr:
Am Altar.
Zeitgemälde in 5 Akt. v. Blumenreich.
In Vorbereitung: Abenteuer des Sherlock Holmes. Englisches Sensations-Schauspiel: Gesang u. Ballett von F. Fox.

W. Hoacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Ein Pariser Taugenichts.
Volksstück in 4 Akten von Töpfer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Vom Montag, 9. April bis Sonnabend, 14. April cr. bleibt d. Theater geschlossen!

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
U. a.:
Les 5 Orans
in ihrer Strandszene.
Tom Briarly
der Universal-Artist.
Les Clarés
Gentleman-Akrobaten.
Eine Berliner Grisette.
Posse v. Stotz. Musik v. O. Antonius.
Familienkarten in Barbier-, Friseur- und Zigarrengeschäften unentgeltlich.

Neue Welt.
Hasenheide 108/114.
Heute Mittwoch, den 4. April 1906:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Der Saloutiroler.
Lustspiel in 4 Akten von G. Moser.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Palm-Sonntag, den 8. April cr.:
Großer Schauspiel-Abend.
Der beste Arzt.
Schauspiel in 4 Akten.
Anfang 6 Uhr. Entree 40 Pf.
2. und 3. Feiertag: Festvorstellung und Tanz.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
Gastspiel v. Tower u. Clayton.
Neu! Lickson usw. usw.
Sonnt. 4 Uhr: Die goldene Brücke.

Belle-Alliance
Eintritt 50 Pf. Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Alabendlich: Heinz Buda
der Sänger mit der Laute und das neue glänzende April-Konkurrenz-Programm.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzchen.
Hochinteressantes Progr.
Anmeld. f. d. gr. Theatersaal z. nächst. Saison (a. f. Mittwochs) m. schon jetzt entg.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Größter Erfolg
des neuen
Spezialitäten-Progr.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Stralau

WINTER GARTEN

Neues Programm!

Miß Broadfoote, engl. Sängerin.
Die 2 Sandwinas, Handstandkünstler
Bellatzer-Truppe, gymnast. Akt.
Thereses & Pariser, kom.-hypnotischer Akt.
De Bière, Zauberkünstler.
Robertus & Wilfredo, Balljongleure.
König Dollar, Ballett von John Tiller, London.
Alexia, Pariser Wirbeltänzerin.
Will Rogers, Lassowerfer.
Die Baggesens, kom. Jongleure.
De Dio, Phantasietänzerin.
Der Biograph.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Neu! Einquartierung.
Mit Humoreske v. Meysel

Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.

Das vorzügliche April-Programm!
Neu! Neu!
Die weibliche musikalische Rockkompagnie.
Posse mit Gesang und Tanz.
Während der Karwoche außer Karfreitag: **Täglich Vorstellung.**

Neu eröffnet!
Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Abnormitäten-Progr.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Krug zum Grünen Kranze
Alexanderplatz
(im Keller)
Allabendlich:
„Fidelitas!“
Damen-Orchester
Bedienung nach Münchener Art.
Entree frei.
Säle v. 200-1000 Pers. fassend.

Reichel's weltberühmter
Hühneraugentod
beseitigt schmerzlos u. gründlich jedes Hühnerauge, selbst veraltete, u. jedwede Hautverhärtung. Dose 75 Pf., M. 1.– frk. Erfolg garantiert. Unzähl. Anerkennungen.
Otto Reichel, Berlin O., Eisenbahnstr. 4.

Beste Bettenfüllung
sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen
Monopoldaunen
(gesetzl. geschützt) Pfund Mk. 2,85. 3—4 Pfund genügen z. gr. Oberbett. Vers. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 46
Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Pinol

An allen Orten werden Verkaufsstellen errichtet.
Vertreter gesucht.
Gebrüder Krayer, Mannheim.

Stets das Neueste
Stets das Beste

bei großer Auswahl zu wirklich billigen Preisen.

Farbige Beinkleider

vom einfachsten Buckskin bis zum elegantesten Kammgarn in den modernsten Farben und Mustern in großer Auswahl fertig am Lager.
Die Preise sind je nach Qualität:
3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 7,00, 8,00, 9,00, 10,00, 12,00 bis 18,00 Mk.

Der Schnitt ist äußerst elegant und doch bequem.

Schwarze Beinkleider

von Satin, Tuchkammgarn, Ripskammgarn oder Tricot
6,00, 7,00, 8,00, 9,00, 10,00, 12,00, 13,50 bis 20,00 Mk.

Jede Länge und Weite vorrätig. Berücksichtigt sind dabei normale, als auch schlanke, unterf. u. extra starke Figuren.

Beinkleider von Cheviot

schwarz und blau
4,50, 6,00, 7,00, 8,00, 9,00, 10,00, 12,00 bis 16,50 Mk.

Zur Verarbeitung gelangen nur auf Haltbarkeit geprüfte Stoffe mit bewährten Zutaten.

Beinkleider für Radfahrer u. Touristen

von Cheviot od. Loden, olive, grünlich, mittelgrau od. dunkelgrau meliert
4,50, 6,00, 7,00, 8,00, 9,00 und 10,00 Mk.

Die Beinkleider für Radfahrer und Touristen sind unten mit Manschette oder Gummizug gearbeitet.

Piqué- u. Fantasie-Westen

stets das Neueste der Saison in feinster Verarbeitung
2,75 bis 18,00 Mk.

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin SO., Oranienstr. 166 • Berlin W., Potsdamerstr. 113a
Potsdam, Nauener-Straße 23.
Illustr. Katalog über Herren- u. Knaben-Garderobe versende kostenlos.

Moabiter Bürgersäle

BERLIN NW., Beusselstr. 9
1 großer und 1 kleiner Saal
::: stehen täglich zu ::: Versammlungen und Vergnügen zur Verfügung.
×××× **Vereinszimmer** einige Sonnabende noch frei. ××××

Ich habe noch nie eine so gute,

preiswerte Zigarre für so **wenig Geld** angetroffen, deshalb bitte ich Sie, mir nochmals **500 Stck. für 7 M. fr. geg. Nachnahme** zu senden.
Hochachtungsvoll Anton Döring, Roxel.
NB. **Ueber 2000 Anerk. habe ich erhalten!**
Bestellen Sie bitte auch zur Probe gegen Nachnahme franko:
500 Stück „Union“ für nur 7 M.! Sie werden viel Geld sparen! Garantie: Umtausch od. Zurückn.
Rud. Tresp, Zigarrenfabrik, Neustadt bei Danzig H. N. 245.

Vollständig erschienen ist nunmehr die

Hohenzollern-Legende

Kulturbilder aus der preußischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert
von
Max Maurenbrecher.
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

Zu beziehen in 50 Lieferungen à 20 Pf. oder in 2 Leinenbänden geb. à 7,— M.
„ 2 Halbfranz „ „ „ 8,— „
durch die 233/17
Expedition des Vorwärts
Berlin SW. 68
Lindenstr. 69, Laden.

Anzüge, Paletots nach Maß 28
30, 32, 35, 38 M. usw., bei Anzügen von 50 M. an Teilzahlung, monatlich 10 M., gestattet. 3262*
Tomporowski, Prinzenstr. 55, I. Etg.

Billige Bauparzellen.
am **Bahnhof Biesdorf**, günstige Geldanlage für jedermann. Stadtbahnverbindung 10 Pf.-Tour. Gas- und Wasserleitung, erstklassigen Boden. **Quadrat-Rute von 15 Mark an.** Bes. **Nieschalke, Rieger & Co.,** Landsbergerstraße 66. Auskunft täglich von nachmittags 2 Uhr, sowie Sonntags von früh 10 Uhr durch den Vertreter Herrn **Krantz** im Restaurant **Liebske** am Bahnhof **Biesdorf.** 998b*

Donnerstag, den 5. April, abends 8½ Uhr,

Oeffentl. Wähler-Versammlung

für den

34. Kommunal-Wahlbezirk

in den **Berolina-Festsälen,** Schönhauser-Allee 28.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten **Kohlenzer.** 2. Diskussion. 247/18 **Der Einberufer.**

Freitag, den 6. April, abends 8½ Uhr:

Oeffentl. Wähler-Versammlung

in den **Berolina-Festsälen,** Schönhauser-Allee 28.
Tages-Ordnung:
Verkündung des Wahlresultats.
Der Einberufer.

Achtung! Vereinigung der Fliesenleger Deutschl.
Ortsverein Berlin. Abt. II (Hülfsarbeiter).
Donnerstag, den 5. April cr., abends 8½ Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder sowie der Abt. I wird ersucht.
291/5 **Der Vorstand.**

Achtung! Brunnenbauer u. Hülfsarbeiter.

Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter

Deutschlands.
Mittwoch, den 4. April 1906, abends 8 Uhr, im Lokale von **Augustin, Oranienstr. 103:**
Versammlung aller im Brunnenbaufach beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. **Der Stand unserer Bewegung.** 2. Regelung der Streikunterstützung. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
33/18* **Der Zweigvereinsvorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Mittwoch, abends 8½ Uhr:

Vertrauensmännerversammlungen:

Möbelpolierer.

Für **Osten:** bei **Kubat, Blumenstr. 38.**
Für **Süd-Osten:** bei **Schulz, Skalitzerstr. 22.**
Für **Norden:** bei **Maaß, Brunnenstr. 96.**
Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.
Jede Werkstelle hat die Pflicht, vertreten zu sein. **Der Obmann.**

Modell- u. Fabriktischler, Modelldrechsler

bei **Wiesenthal, Ackerstr. 123.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes. **Die Kommission.**

Achtung, Bohner Berlins!

Donnerstag, den 5. April 1906, abends 8½ Uhr, im Lokal von Ahrens, Fruchtstraße 20:

Versammlung der Bohner.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Stellung zur Branche der Parkettleger. 2. Welche Arbeiten gehören in die Branche der Bohner. 3. Diskussion. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 83/9
Die Kommission der Parkettleger wird hiermit eingeladen.
Die Kommission.

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

(Ortsverwaltung Groß-Berlin).

Branche Landschaftsgärtnerei.

Donnerstag, den 5. April, abends 9 Uhr, in **Obst's Festsälen, Schöneberg,** Meiningerstraße 8, Eingang auch Martin Lutherstraße 51.
Die Landschaftsgehilfen und Gartenarbeiter werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. **Die Lohnkommission, Branche Landschaftsgärtnerei.** [291/6

Brennspiritus

Marke **„Herold“**
80 Pf. ca. 90 Vol.-Proz.
33 Pf. ca. 95 Vol.-Proz.
Original-Literflasche exkl. Glas.
— **Ueberall erhältlich.** —
Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H., Berlin W. 8.

Gewerkschaft der Maler

Berlins und Umgegend.

Telephon Amt I. 7779. **Bureau: Stralauerstr. 48.** Telephon Amt I. 7779.

Mittwoch, den 4. April, abends 8½ Uhr, in Frankes Festsälen, Sebastianstr. 39:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. **Bericht über den Stand der Lohnbewegung.**
2. Festsetzung der Höhe der Unterstützung. 3. Diskussion. 4. Anträge.

Jedes Mitglied der Gewerkschaft, gleichviel ob zu neuen Bedingungen arbeitend oder streikend, ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch und Kontrollkarte legitimiert. **Der Vorstand.**

Der **Arbeitsnachweis des Streikbureaus der Gewerkschaft** ist während der Dauer des Streiks von vormittags 7—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr geöffnet. Telephon Amt I. 7779. Den Herren Unternehmern, die die Forderungen der Gehülfenschaft durch Unterschrift anerkennen, werden Gehülfen und Anstreicher zu jeder Zeit vermittelt.

Die **Streikkontrolle für Streikende** findet Stralauerstr. 48 statt und zwar vormittags von 10—11 Uhr und nachmittags von 4—5 Uhr. 155/3

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Polierer

Ernst Kurze

am 31. März plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. April, nachmittags um 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshain aus nach dem Markuskirchhof in Wilhelmsberg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
83/10 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Bautischler

Otto Schulz

am 31. März 1906 plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. April, vormittag 10½ Uhr, vom Leichenschauhause aus nach dem Heilands-Kirchhof in Plötzensee statt.
Um rege Beteiligung ersucht
83/11 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Edmund Kächler

verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
115/19 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Genossen und Bekannten zur Nachricht, daß meine Frau

Frieda Böhme

geb. Wollenweber
am Montag früh nach längerem Krankenlager gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dorotheenstädtischen Kirchhofes zu Reinickendorf aus statt. 1011b
Richard Böhme,
Zigarrengeschäft,
Charlottenburg, Krummestr. 44.

Danksagung.

Für die Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes 7352

Hermann Freitel

sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises und den Kollegen der Werkstelle meinen innigsten Dank.
Hochachtungsvoll
Witwe **Berta Freitel.**

Danksagung.

Für die rege Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Max Brosy

sagen wir allen Verwandten, Bekannten, Kollegen und Vereinsmitgliedern unseren innigsten Dank. 7362

Ww. Johanna Brosy
nebst Kindern.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Für Damen!

Billigste Preise
Direkt aus der Fabrik.
Jetzt nach beendeter Engros-Saison wieder Einzelverkauf zu den bekannt billigen Preisen:

Jacketts schwarz u. farbig in kolossaler Auswahl 3,75, 4,50, 6, 7-20 M.
Capes in sämtlich. Längen 5¾, 6½, 7½—25 M.
Staubmäntel 6,50, 7,25, 8—22 M.
Kostüm-Röcke in blau, schwarz, diversen englischen Stoffen 3,50, 4,25, 5,50-20 M.
Fabrik Pelz, Kurstr. 41/42
Sonntags geöffn.
Vorzeig. dies. Annonce 5% Rab.

O. Heinze, Brückenstr. 6.
Räder Zubehör **besonders billig.**
Reparatur., Emaillierung, Vernickel.

Rauckt
Réunion-Vineta
beste 2 und 3 Pfg.-Zigarette.
jetzt Niederlage:
NO. 55, Christburgerstr. 37.

Moderne
Sommer-Ulster
und
Paletots
aus den neuesten Stoffen fertig am Lager.
Preise M. 19, 23, 25, 29, 35, 39, 45–75 M.

Esders & Dyckhoff
Leipzigerstraße 50a — Oranienstraße 48
Spezialhaus für feine Herren- und Knaben-Kleidung
fertig und nach Maß.

Fertige Anzüge
in Sacco- und Rock-Fasson.
Preise 21, 25, 29, 35–65 M.
Feine Maßanfertigung.
Garantie für guten Sitz und Eleganz.

Ein **Riesenposten**
130 cm breite bunte
Mocket-Plüsche
vornehm. haltbarst. Möbelstoff
Buntpersische Blumenmuster
Inventur-Extrapreis **5** 35 pr. Meter Wert 7,50
Bei Abnahme ganz. Stücke 5,15 M. p. Mtr.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. **Oranienstr. 158.**

Die besten Fahrräder
und Fahrradzubehörteile zu enorm billigen Preisen finden Sie wieder bei 290/8*
Ernst Machnow, Berlin N.,
Arkonaplatz 1, Filiale: **Kaiser Wilhelmstr. 18R.**
Abteilung für Motorfahrzeuge: **Wollinerstr. 11–12.**
Neue hochelegante **Fahrräder 45.–, 50.–, 52.–, 55.– M.** usw.
Für meine weltberühmten **Arkonaräder** übernehme **bis 6 Jahre Garantie. Luftschläuche 1.50, 2.–, 2.50, 3.50 M. Laufmäntel 2.50, 3.20, 4.50 M. — Nähmaschinen 28.–, 36.–, 42.– M. — Neue Allright Motorzweiräder 400 M.** rc. — Katalog gratis und franko.

Steppdecken
billigst direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72,
wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmandel,** Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.

PROBLEM
Cigaretten übertreffen Importen

Beste deutsche Fabrikate
Ueberall zu haben.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Inventur-Ausverkauf. Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Shawls) 140, 185, 225, 285, 350, 485, 575, 665 usw. 1321K*

Inventur-Ausverkauf. Vorzieh-Gardinen mit überraschend schöner Stickerei, Fenster 135, 165, 210, 255, 285, 325, 425 usw., goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 usw. 1322K*

Tüllbettdecken, weiß, creme, 195, 225, 285, 375, 450–790. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1323K*

Inventurpreis. Steppdecken, Simili, Seide, rot, grün, oliv, blau, zirka 160 breit, 200 lang, Handarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85.

Steppdecken, Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Inventur-Ausverkauf. Tuchtischdecken mit kleinen Stickfehlern in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 usw. 1326K*

Plüschtischdecken, Gelegenheitskauf, mit kleinen Stickfehlern, nur so lange Vorrat, 4,85, 5,65, 6,35, 7,50, 8,45, 9,65, 10,85. 1327K*

Möbelstoffreste in Wolle und buntem Plüsch, zu Sofabezügen ausreichend, in allen Preislagen. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1328K*

Inventur-Ausverkauf. Abfall-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 1329K*

Teppiche, imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. **Weißenbergs Teppichhaus,** Große Frankfurterstraße 125. 1330K*

Inventur-Preis. Portieren (zwei Shawls, ein Lambrequin) Garnitur 3,85, in allen Farben. 1331K*

Einzelne Plüsch- und Tuchgarnituren enorm billig. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1332K*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Andreasstraße achtunddreißig. *

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße achtunddreißig. *

Pommersches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laken, Stück 1,00. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Bettinlette, Tischdecken, Teppichverkauf, Riesenauswahl Uhrensorten, Festgeschenke, Damengarderoben, Herrenkleidung, Möbelstücke, sensationelle Spottpreise. Brautleuten empfehlenswert. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †40*

Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12. Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 1417K*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 269/3

Gaskronen, dreiflammig 4,50, Salonkronen 8,00, Zugampeln 9,00, Wandarme 0,60. Fabriklager Große Frankfurterstraße 92. 1398K*

Gaskronen, Petroleumkronen, Fabrikpreise. Woche 1 Mark. Nur Große Frankfurterstraße 92. 1399K*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1418K*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Gaskocherhaus! Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Sparsysteme! 5,00. Gasbratöfen! 6,00. Gasbügelapparat, Gasplätteisen! 2 1/2. Bronzegaskronen! 6,00. Große Auswahl Gaslyren! 1 1/2. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32 (Beleuchtungshaus!).

Dame verkauft sämtliche Möbel einer großen Wohnung, auch 10 Standbetten, Bilder, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Portieren. Dresdenerstraße 38, vorn II links. 110/13*

Pianinos bester Konstruktion, billige Preise, eventuell Teilzahlung Schirm, Pücklerstraße 33. †18*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel. spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Betten, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 977b*

Lichtenrade, Quadratrute 20 Mark an verkauft unter günstigen Bedingungen Heiert, Berlin, Brandenburgstraße 1; Baris, Berlin, Graunstraße 27. Täglich auf dem Terrain.

Reste, Reste, Reste, Reste, Reste, Reste, Reste, Reste. Rosenberg, Kottbuserdamm 98. 1373K*

Damenkonfektion, Capes, Havelocks aus Resten verarbeitet, in nur guten Stoffen, per Stück 8 Mark Rosenberg, Kottbuserdamm 98. *

Mädchencapes mit rotem Capuchon, Länge 60/100; jeden Montag Ausnahmepreise. Stück 3,25. Rosenberg, Kottbuserdamm 98. 1372K*

Knabenanzüge, Mädchenjacken Mädchenkleider, Damenröcke, Blusen, Knabenpaletots, alles aus Resten gearbeitet, spottbillig. Rosenberg, Kottbuserdamm 98. 1372K*

Lauben-Baumaterialien, neue und gebrauchte, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Linoleum, Dachpappe usw. billigst. Früher Kottbuserdamm 22, jetzt Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 2551b*

Linoleum, Tapeten, Reste, Gelegenheiten. Müller, Große Frankfurterstraße 45/46. †44*

Aquarien, Aquarienfische, Waldvögel, Vogelbauer, gutes gereinigtes Vogelfutter, Fischfutter. Brunnenstraße 101, Schwedenstraße 19. †100*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1427K*

Gardinen, Wäsche, Betten, Uhren, Goldsachen, spottbillig, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1344K*

Restauration, sichere Existenz, 5 Jahre in einer Hand, wegen Familien-Angelegenheiten sofort zu verkaufen. Zu erfragen in der Spedition des „Vorwärts", Wiesenstraße 41/42. †84*

Möbel aller Art, Kleiderspinde, Vertiko, Stühle, Küchensachen (neu, gebraucht), billigst Möbelspeicher, Dresdenerstraße 117. Teilzahlung gestattet. 110/18*

Sofas, Bettstellen, Möbel, um damit zu räumen, spottbillig. Saalfeld, Kraustraße 50. 1006b*

Federbetten, zwei Stand, billig Bartelstraße 8, parterre links. †136

Kinderwagen verkauft Saalfeld, Kraustraße 50 III. 1007b

„Damenuhr" Gratiszugabe oder bis 12,00 Vergütung, Nähmaschinen ohne Anzahlung Woche 1,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †80*

Nähmaschinen. Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †47*

Kinderwagen, Dreirad mit Verdeck billig. **Schwandt,** Willibald-Alexisstraße 23. 1002b

Zigarrengeschäft, 30 Jahre bestehend, verkäuflich Mühlenstraße 46B.

Eckrestauration billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Schlösser, Schönhauser Allee 88. †59

Laden, Zimmer- und Küchen-einrichtung verkäuflich Reuterstraße 7.

Paneelsofa und Tisch billig. Breitenbach, Oranienstraße 171.

Restauration, Zahlstelle, für 2500 zu verkaufen Landsberger-Allee 30. 1001b

Möbel. Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig Linienstr. 247 I.

Mahagoni-Wäschespind 18,00. Junker, Scharnhorststraße 34a, Quergebäude. 1015b

Paneelsofa verkauft Mehm, Königsbergerstraße 35 III. †48

Taschensofa verkauft billig Epp, Tapezierer, Memelerstraße 23, Seitenflügel III. †48

Bettstellen mit Matratzen verkauft Witthuhn, Petersburgerstr. 58, Quergebäude III. †48

Halbrenner, wie neu, jeden Preis. Weiß, Rüdersdorferstraße 30. †48*

Fahrräder, verfallene, am billigsten Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. (Achtung Hausnummer.) Größtes Fahrräderlager Berlins, Riesenauswahl sämtlicher Fahrradmarken zu Preisen, welche keine Konkurrenz bieten kann. Tatsächlich günstige Gelegenheiten feinster Qualitätsmarken. Nagelneue Fahrräder, hochschneidige Straßenrenner 45,00. Gebrauchte Fahrräder „kleinste Preislagen". Man achte genau auf Firma und Straßennummer. Leihhaus Lohmann, Neue Schönhauserstraße 11. 263/4

Nähmaschinen, alle Fabrikate, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Ackerstraße 113. 1004b

Edison-Phonograph mit 40 Walzen, Hörschläuchen und zwei Trichtern, passend für Budenbesitzer, verkauft billig Mittelstädt, Höchstestraße 30, Hof parterre. 1010b

Verschiedenes.

Schmelzer, Volkshumorist. Auch Gesellschaft, Stettinerstraße 57. †100*

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Automobiltechnikum, Berlin, Spichernstraße 11/12. 108/14*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 973b*

Kunststopferei von Frau Kolodzy, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Möbel kauft Verwalter, Palisadenstraße 95. 110/14*

Pfandleihe Erdmann Müller, Fossenerstraße 35. 845b*

Zur Görlitzer Hütte, Görlitzerstraße 52. Empfehle den geehrten Gewerkschaften und Vereinen mein bis 80 Personen fassendes Vereinszimmer zur gefälligen Benutzung. Hochachtungsvoll E. Werner. †19*

Stenographie (Stolze-Schrey). Anfängerkurse beginnen Dienstag und Donnerstag abend 1/2 8 Restaurant Grupe, Annenstraße 16. 837b*

Volkssänger-Gesellschaft „Anke", Swinemünderstraße 17. †100*

Achtung! Meinen Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß ich Prenzlauer Allee 201 ein Restaurant eröffnet habe und bitte um gefälligen Zuspruch. Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben. Hans Bennewitz. 995b

Gesangverein „Eintracht", Rixdorf, Reuterstraße 62 bei Zibbel, wünscht stimmbegabte Genossen, namentlich II. Bässe. Uebungsstunde jeden Freitag 9 bis 11. †94*

Achtung. Kegler! Die schönsten Bahnen finden Sie Gerichtstraße 11. Sehenswert. †84

Buchbinderarbeit fertigt Sieber, Lippehnerstraße 24. 991b*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8–8, Sonntags bis 2. 1429K*

Wäsche im Hause Frau Busch, Senefelderstraße 4, auf Wunsch abgeholt. †59

Vermietungen.

Wohnungen.

Leere Stube Hof parterre. Lender, Schmidstraße 2. 237/1

Zimmer.

Möbliertes Zimmer zu vermieten, separat. Neue Hochstraße 13, vorn parterre, Sippel. 1005b

Möbliertes Zimmer zu vermieten. Alebin, Königsbergerstraße 35, vorn III.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle sofort zwei Herren zu vermieten. Muth, Bergmannstraße 26, Quergebäude III.

Schlafstelle, Herrn, bei Münzberg, Charlottenburg, Sophie Charlottenstraße 84a, zweiter Hof, zwei Treppen. †126

Herr kann einwohnen. Witwe Bütterhoff, Liebigstraße 10, vorn III.

Herr kann einwohnen Cadinerstraße 16, Witwe Dröseler. †48

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Laufbursche mit guten Zeugnissen, ungefähr 16 Jahre alt, findet dauernde Beschäftigung Schützenstraße 23/24. *

Zuschneider für Holz-Photographie-Rahmen verlangt Giese u. Borchardt, Adalbertstraße 37. 111/2

Klavierspieler verlangt Höchstestraße 30. 1009b

Marmorschleifer, der hauen kann, verlangt Günther, Müllerstraße 87. 1006b

Laufbursche sofort verlangt A. Riedrich Nachf., Kantstraße 120/121, Charlottenburg. †126

Zwei tüchtige Polierer auf Holzleisten gegen hohen Lohn verlangt Hans Geß, Kurfürstenstraße 45. 999b

Kreissägenschneider und Kistenmacher sucht Kistenfabrik Lausitzerstraße 31. 1003b

Tüchtige Vergolder und Versilberer verlangt Albert Zander, Schönebergerstraße 27. 1012b*

Unterhosen-Schneider auf weiße baumwollene und leinene Hosen wird verlangt. Ferdinand Neumann, Leipzigerstraße 51. 110/20

Vergolderlehrling bei guter wöchentlicher Vergütung verlangt Wehner, Stallschreiberstraße 58. 237/2

Packer verlangt Goldleistenfabrik Wehner, Stallschreiberstraße 58. 237/3

Blusen-Arbeiterinnen, selbständige, auf Flanellblusen werden verlangt. Ferdinand Neumann, Leipzigerstraße 51. 111/1

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung (Tour Mohren- und Kanonierstraße). Meldungen Schützenstraße 22. 111/4*

Zeitungsfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41. 111/3*

100 Kostümrock-Arbeiterinnen. Krasnowski, Ebelingstraße 8, II. *

Lehrmädchen gegen monatliche Vergütung sucht Blumenfabrik Scholz, Lindenstraße 69. 981b

Zeitungsfrauen finden lohnende und dauernde Beschäftigung Prinzenstraße 41 (Moritzplatz). 108/19*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Ein sehr geschickter 206/11*
Kunstgießer
für Bronzeguß wird nach **Stockholm** gesucht. Persönliche Empfehlungen erforderlich. Angebote **nur** mit Angabe der Bedingungen an
Otto Meyers Kunst- u. Statyengießerei, Stockholm (Schweden).

Gürtler-Lehrling
verlangen **Bergas Gebrüder,** Schillingstraße 12. 290/10

Gesucht
für dauernde Stellung
tüchtiger
Preßvergolder
für **Papierprägung.** Offerten unter **U 2** an die Expedition der Zeitung.

Achtung, Wagenfabriken!
In den Wagenfabriken von
Kühlstein, Charlottenburg,
L. Rühe Inh. **Leuschner,** Enckepl. 6,
Kliem, Neue Königstraße,
Gebr. Wienicke, Pankow,
Franke, Inselstraße,
befinden sich die sämtlichen Arbeiter im Streik.
Wir ersuchen die Kollegen aller Branchen nach den obigen Betrieben keine Arbeit anzunehmen. 176/9
Die Agitationskommission.

Achtung, Schildermaler!
Zuzug nach **Berlin** ist bis auf weiteres fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.
Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung! Schuhmacher!
In der Werkstatt von
Oetker, Friedrichstr. 52,
sind **Differenzen** ausgebrochen.

Verband
der
Verwaltungsbeamten der Krankenkassen.
Die Ortskrankenkasse der Schneider ist für jeden Kollegen des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen **gesperrt!** Niemand darf dort in Stellung treten. 291/4*
Bezirksgruppe Berlin.
J. A.: **Paul Bürkert.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Wegen **Streik** und **Differenzen** ist
Zuzug fernzuhalten
von **Tischlern** von Franz Schulz, Frankfurter Allee 28, Ruppel in Reinickendorf;
von **Treppengeländer-Arbeitern (Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer)** von der Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Gubenerstraße 33;
von **Bodenlegern** von den Bauten in Buch (Firma Damke, Frankfurt a. O.);
von **Stellmachern** von sämtlichen Stellmachereien, Wagenfabriken und Drehrollenfabrik Plaën, Waßmannstraße;
Motorwagenfabrik Gottschalk in Reinickendorf;
von **Korbmachern** von Beckert, Langestraße 35;
Die Ortsverwaltung.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".
Osten:
Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.
Nordosten:
L. Zucht, Keibelstr. 42.
J. Neul, Barnimstr. 42.
Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
J. Trapp, Rügenerstr. 24.
Karl Marx, Lychenerstr. 123.
Karl Weiße, Wiesenstr. 41/42.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
Südwesten:
H. Werner, Mittenwalderstr. 30.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8
Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1
Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.
Rixdorf:
M. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7
Conrad, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51
Weißensee:
W. Reske, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 31
Reinickendorf:
P. Gursch, Provinzstr. 103.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zur Stadtverordneten-Ersatzwahl im 34. Wahlbezirk.

Aus den Kreisen unserer Gegner, der Freisinnigen samt ihren konservativen Handlangern, ist bisher nicht bekannt geworden, welche Pläne sie für die Ersatzwahl haben, die am 6. April im 34. Wahlbezirk (Teil der Schönhauser Vorstadt) vorzunehmen ist. Viel Ehre dürfte für sie nicht zu holen sein, wenn etwa auch sie mit einem Kandidaten vor die Wähler hintreten wollen. Natürlich könnte es sich bei ihnen nur um einen gemeinsamen Kandidaten handeln, um einen „alleinigen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien“.

Es ist möglich, daß unsere Gegner sich das billige Vergnügen einer solchen Kandidatur leisten. Bei der letzten Wahl in diesem Bezirk, im November 1901, konnten sie mit der Stimmenzahl, die sie damals erzielten, keinen Staat machen. Aber inzwischen ist doch von Freisinnigen wie von Konservativen so brav mit Lügen aller Art gegen die Sozialdemokratie gehetzt worden, daß man es immerhin noch einmal versuchen sollte, durch eine Zählkandidatur die Wirkung festzustellen. Der Name der Persönlichkeit, die sich etwa hierzu gebrauchen läßt, wird dann vermutlich erst am Tage der Wahl, am Freitag dieser Woche, bekannt gegeben. Solche plötzlich auftauchenden Kandidaten, von denen der Wähler erst vor der Tür des Wahllokales Kenntnis erhält, bewirken mitunter Verwirrung, besonders dann, wenn die Rolle des Durchfallskandidaten einem Mann übertragen worden ist, dessen Name und Beruf manchen Wähler irreführen muß. Wir raten den Wählern des 34. Bezirks, auf der Hut zu sein. Der Kandidat der werktätigen Bevölkerung, den ihr die Sozialdemokratie empfiehlt, ist unser Genosse Theodor Fischer.

Es wäre übrigens sehr unklug, diese Ersatzwahl als minder wichtig anzusehen, da ja der Sozialdemokratie dieser Bezirk sicher sei. Dem Bürgertum, den Freisinnigen samt den Konservativen, erscheint es schon als ein Erfolg, wenn wir bei einer solchen Wahl etwa nicht die Stimmenzahl erzielen, die wir bei der vorhergehenden Wahl gehabt hatten. Das wird dann mit vollen Backen hinausposaunt als „ein neues Symptom des Rückganges der Sozialdemokratie.“ Wenn alle Wähler des 34. Bezirks, die nur von der Mitarbeit der Sozialdemokratie an der Gemeindeverwaltung eine Besserung der Zustände in unserer Kommune Berlin erwarten, am 6. April ihre Pflicht tun, dann muß die stille Hoffnung unserer Gegner kläglich zu schanden werden. Unsere Mahnung gilt auch denjenigen Wählern, die zurzeit der Aufstellung der noch geltenden Wählerliste, im Juli 1905, im 34. Bezirk gewohnt haben, aber inzwischen nach einem anderen Bezirk verzogen sind. Auch sie haben die Pflicht, am 6. April noch an der Wahl ihres früheren Bezirkes teilzunehmen und ihre Stimme abzugeben für den von der Sozialdemokratie empfohlenen Wahlkandidaten Theodor Fischer.

Das Ergebnis der Wahl muß ein erneuter Protest gegen die Mißwirtschaft werden, die der Berliner Stadtfreisinn solange in unserer Gemeindeverwaltung getrieben hat und noch weiter aufrechtzuerhalten bemüht ist. In den letzten Monaten und Wochen hat die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zu ihren alten Sünden noch manche neue gehäuft, und erst in den letzten Tagen hat sie bei der überhasteten Fertigstellung des Stadthaushaltsetats wiederum gezeigt, daß ihr die Interessen der werktätigen Bevölkerung nicht einen Pfifferling wert sind.

Die Wahl findet am Freitag, den 6. April, von vormittags 10 Uhr bis abends 8 Uhr statt. Ganz besonders werden diejenigen, die aus dem Bezirk verzogen sind, auf die Wahl hingewiesen. Wer Anfang Juli 1905 im Bezirk wohnte und in die Liste eingetragen war, versäume nicht sein Wahlrecht auszuüben.

* * *

Der 34. Kommunalwahlbezirk ist in vier Teile mit vier Wahllokalen zerlegt.

Der I. Teil enthält den Stadtbezirk 212 A: Christburgerstr. 1—3, 54—56; Danzigerstr. 25—31, 65—73; Franseckistr. 22—40; Prenzlauerallee 41—56, 195—214; Rykestr. 12—48; Senefelderstr. 1. u. 43; Weißenburgerstr. 32—61; Wörtherstr. 25.

Wahllokal: Danzigerstr. 71 bei Dambeck.

Der II. Teil enthält die Stadtbezirke 242 B und 242 C: Danzigerstraße 2—24, 71—97; Dunckerstr. 1 u. 91; Franseckistr. 9—21, 41—54; Hagenauerstr. 1—18; Hochmeisterstr. 2—31; Lychenerstr. 1 u. 134; Schliemannstr. 1 u. 48; Treskowstr. 1, 7—15, 41—60.

Wahllokal: Danzigerstr. 23. Turnhalle der Gemeindeschule.

Der III. Teil enthält die Stadtbezirke 247A und 248:

Carmen Sylvastraße von Schönhauser Allee bis Prenzlauer Allee, ohne die Nummern 1 u. 166 und ohne die Ecken an der Prenzlauer Allee; Dunckerstraße von Ringbahn bis Carmen Sylvastraße; Greifenhagenerstraße von Ringbahn bis Bisbyerstraße; Helmholtzplatz; Humannplatz; Kuglerstraße 2—45; Lettestr. 2—8; Lychenerstraße von Ringbahn bis Bisbyerstraße; Pappelallee 46—95; Raumerstr. 17—23; Rodenbergstr. 2—40; Scherenbergstraße; Schliemannstr. 2—47; Stargarderstr. 21—26, 57—63; Straße 31; Wichertstr. 2—17, 150—159 und von Pappel-Allee bis Prenzlauer Allee.

Wahllokal: Dunckerstr. 65/66. Turnhalle der Gemeindeschule.

Der IV. Teil enthält die Stadtbezirke 247 B, 247 C, 247 D: Ecken der Carmen Sylvastraße an der Prenzlauer Allee; Dunckerstr. 1a—90a; Lettestr. 1; Prenzlauer Allee 57—194; Raumerstr. 21—51; Senefelderstr. 2 bis 42; Stargarderstr. 27—39, 50—56.

Wahllokal: Prenzlauer Allee 165, Forpers Gesellschaftshaus.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung!

Unser **Bureau** ist vom 1. April ab **vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 4—8 Uhr** geöffnet, Sonntags geschlossen.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.
SW. 68, Lindenstr. 69, 3. Hof links, 3 Tr. links.
Fernsprecher: Amt IV. 5023.

Das diesjährige Volksfest des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg findet am Sonntag, den 22. Juli, im „Birkenwäldchen“ zu Steglitz statt. Die Vereine des Kreises werden gebeten, darauf Rücksicht zu nehmen.

Der Zentralvorstand.

Potsdam. Der Wahlverein hält heute (Mittwoch), abends 8½ Uhr, seine Versammlung bei Ladenthin ab. — Da die Tagesordnung neben der Maifeier noch andere wichtige Punkte enthält, so ist allseitiger Besuch, besonders der neuen Mitglieder, notwendig. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten

Die Vorortbeilage

unseres Blattes ist seit dem 1. April mit dem lokalen Teil vereinigt. Unsere Leser finden daher die auf die Vororte bezüglichen Angelegenheiten in diesem Teil unseres Blattes.

Die juristische Sprechstunde findet am Donnerstag von **7 bis 9 Uhr abends statt.**

Das Berliner Gewerkschaftshaus,

dessen sechster Geschäftsbericht vor kurzem erschienen ist, hat auch im Jahre 1905 mit einem Verlust abgeschlossen. Diesmal beträgt der Verlust 8325,54 M. Der Bierabsatz ist gegen das Jahr 1904 nur um 29 Hektoliter gestiegen, trotz aller Versuche, die gemacht wurden, den Verkehr zu heben und dadurch die Einnahmen des Gewerkschaftshauses zu erhöhen. Da die zu zahlende Miete sich nach dem Bierabsatz richtet (die Abgabe beträgt pro Hektoliter 12 M.), ist das Gedeihen des Unternehmens in erster Linie vom Ertrage des Restaurants abhängig.

In der Erwartung, daß die Berliner Arbeiter das Restaurant des Gewerkschaftshauses genügend unterstützen würden, wurden von Anfang die Preise in der Herberge so bemessen, daß an ausreichende eigene Einnahmen nicht zu denken war; man rechnete damit, daß der Ueberschuß, den das Restaurant erzielte, für die sozialpolitischen Zwecke der Herberge verwendet werden könnte. Im Jahre 1905 hat sich die Herberge nur mit 1,8 Proz. verzinst.

Da die Hoffnungen, die auf das Restaurant gesetzt wurden, nicht in Erfüllung gegangen sind, wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Preise in der Herberge zu erhöhen. Für ein Bad, das jeder Zureisende zu nehmen verpflichtet ist, wird jetzt einschließlich Seife und Handtuch 5 Pf. bezahlt. Die Desinfektion ist unentgeltlich. Daß hierbei die Selbstkosten der Badeanstalt nicht im entferntesten gedeckt werden (für Kohlen wurden allein 835 M. ausgegeben, während die gesamten Einnahmen 1032 M. betragen), ist selbstverständlich. Die in der Herberge des Gewerkschaftshauses bestehende Einrichtung, daß jeder Zureisende frische Bettwäsche erhält, belastet ebenfalls den Ausgabe-Etat ungemein. Während ungefähr die Hälfte der Betten (92 von 192) nur 40 Pf. und weitere 54 nur 50 Pf. kosten, entfallen auf jeden Zureisenden allein für Wäsche 26,6 Pf. Waschgeld und 9 Pf. für Abnutzung, also zusammen 35,6 Pf. Bei mehrtägigem Aufenthalt verteilen sich die Kosten für Wäsche, falls jedoch ein Reisender nur eine Nacht im Gewerkschaftshaus übernachtet, wird direkt Geld zugegeben.

In der Sitzung der Gesellschafter, die am 26. März stattfand, lag denn auch ein Antrag der Verwaltung vor, eine mäßige Erhöhung der Preises des Bades und der Betten vorzunehmen. Die Verwaltung schlug vor, nicht sofort einen Beschluß zu fassen, sondern es bei einer Aussprache bewenden zu lassen und den entgültigen Beschluß erst in der nächsten Gesellschaftersitzung im Juni zu fassen.

Eine gleichmäßige Erhöhung des Bettpreises um 5 Pf. würde bei 67 313 Uebernachtungen im Jahre 1905 die Summe von rund 3300 M., eine Verdoppelung des Preises des Bades von 5 auf 10 Pf. rund 1000 M. gebracht haben. Hierdurch wäre das Defizit gedeckt gewesen. Die Mehrzahl der Gesellschafter schien indessen auf dem Standpunkte zu stehen, daß ein für die Herberge zu leistender Zuschuß der Berliner Gewerkschaften einer auch nur minimalen Erhöhung des Bettenpreises vorzuziehen sei.

Auf eine Steigerung der Einnahme der Herberge durch eine bessere Besetzung ist nicht zu rechnen; denn von den 3867 leer gebliebenen Betten entfielen 2839 allein auf die Monate Januar, November und Dezember; im September blieben nur 2 Betten leer, im August nur 8. Von Bedeutung bei dieser Frage ist vielleicht noch die Bemerkung, daß 81,5 Proz. der Zugereisten gewerkschaftlich organisiert waren.

Oster-Sonderzüge der Stettiner Bahn. Zur Bewältigung des Osterfest-Verkehrs werden in den Tagen vom 7. bis 18. April außer den fahrplanmäßigen Zügen u. a. die folgenden Sonderzüge vom hiesigen Stettiner Fernbahnhofe abgelassen werden: nach Stargard i. P. am 13. und 15. April 5^{54} vorm., am 15. und 17. April 10^{45} vorm., nach Belgard am 12. bis 14. und am 18. April vorm. 10^{15}, am 14. nachm. 3^{35} (Schnellzug), am 11., 12., 14. und 17. April 4^{15} nachm., am 11., 13. und 16. April 11^{24} abends, nach Stettin am 14. April 1^{34} nachm. und 7^{40} abends, nach Pasewalk am 7. April 2^{20} nachm., am 12. und 14. April 2^{20} nachm. (bis Züssow), am 13. und 15. April 8^{34} vorm., am 12. und 14. April 6^{05} nachm. Ebenso gehen auch eine Reihe außerfahrplanmäßiger Züge nach Eberswalde, Wriezen, Löwenberg, Gransee, Neustrelitz 2c.

Zur Neuregelung des Krankentransportwesens auf der Bahn macht die königliche Eisenbahndirektion Berlin folgendes bekannt: Die neuen Tragbetten zur Beförderung von Kranken befinden sich auf den Stationen Anhalter Bahnhof, Friedrichstraße und Stettiner Bahnhof. Die Kranken können in den Betten von der Wohnung oder Unfallstelle abgeholt, ohne Umbettung in einem eigenen Wagenabteil, wohin das Bett gestellt wird, weiter befördert und auch auf der Bestimmungsstation vom Bahnhof wieder bis an die neue Lagerstätte im Krankenhaus, in der Klinik, oder in der Wohnung getragen werden. Bettstücken nebst Bezügen und Decken hat der Kranke selbst zu stellen. Die Tragbetten können bei allen Stationen und Haltestellen der preuß.-hessischen Staatsbahnen, nötigenfalls telegraphisch, angefordert und zur Beförderung nach sämtlichen Stationen dieser Bahnen verwendet werden; sie werden jedoch nur in Abteilungen dritter Klasse mit getrennten Aborten eingestellt und in Fernzügen, welche dritte Klasse führen, befördert. Es sind zwei Fahrkarten dritter Klasse für den Kranken und je eine Fahrkarte dritter Klasse für jeden Begleiter zu lösen. Weitere Gebühren werden nicht erhoben; nur soweit zur Beförderung des Krankenbettes zwischen Wohnung, Krankenhaus usw. und Station etwa verfügbare Eisenbahnbedienstete in Anspruch genommen werden, ist deren Tätigkeit nach dem Gepäckträgertarif zu vergüten. Die Gestellung der zur Bedienung der Tragbetten erforderlichen Personen ist Sache der Kranken. Die Eisenbahnbediensteten haben aber hierbei, namentlich beim Hineinheben in die Wagen und beim Hinausnehmen Hülfe zu leisten.

Die Zahl der Steuerreklamationen dürfte in diesem Jahre besonders groß sein, da nach den nunmehr zur Ausgabe gelangten Steuerbenachrichtigungen die Steuerzahler zum größten Teil bei der Einschätzung erhöht worden sind. Die Erhöhungen sind teilweise ganz enorm und betragen vielfach das Doppelte und Dreifache des bisherigen Steuersatzes. Täglich gehen bei der Behörde ganze Stöße von Reklamationen ein, nach denen zu urteilen sich wohl ein Fünftel der Berliner Steuerzahler „zu hoch geschätzt“ fühlen.

Am ersten Oster- und Pfingstfeiertage dieses Jahres dürfen im Handelsgewerbe, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen beschäftigt werden:

a) im Handel mit Milch A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 5 bis 9½ Uhr vormittags und von 11½ bis 2 Uhr nachmittags;

b) im Handel mit Back- und Konditorwaren einschließlich Konfitüren und mit Fleischwaren A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 5 bis 9½ Uhr vormittags;

c) im Handel mit Kolonialwaren, mit Vorkostwaren, mit Blumen, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 8—10 Uhr vormittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 7½—9½ Uhr vormittags;

d) im Handel mit Noheis A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 6—10 Uhr vormittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 6—9½ Uhr vormittags;

e) in den Zeitungsspeditionen in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf Schöneberg während der Zeit von 4—9 Uhr vormittags.

Bemerkt wird, daß nach § 12 Absatz 3 der für den Stadtkreis Berlin erlassenen Verordnung über die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe mit Ausnahme des Handelsgewerbes vom 21. März 1895, dem Gewerbebetriebe der Molkereien und Bierbrauereien die Versorgung der Kundschaft mit Milch bezw. Bier während derselben Stunden gestattet ist, während der ein Handel mit diesen Produkten in offenen Verkaufsstellen zugelassen ist.

Opfer des Straßenverkehrs.

Zwei junge Menschenleben hat der Straßenverkehr gestern nachmittag gefordert. In der Schönhauser Allee geriet der sechsjährige Schüler Ernst Klüber unter einen Geschäftswagen und die Räder gingen so unglücklich über den Kleinen hinweg, daß er mit nur schwachen Lebenszeichen nach der Unfallstation II gebracht werden mußte. Dort **starb er dann bald.** — Auf dem Wedding wurde der fünfjährige Alfred Kosemann, dessen Eltern Triftstr. 40o wohnen, beim Spielen von einem Fuhrwerk überfahren und so schwer verletzt, daß er gleichfalls **starb.** — Am Nettelbeckplatz wurde der zehnjährige Schüler Alfred Schippenfeld, Lehrterstraße 40a wohnhaft, von einem Automobil überfahren und schwerverletzt der Unfallstation in der Lindowerstraße zugeführt. — Schwer verunglückt ist gestern der 57jährige Straßenbahnschaffner Ferdinand Hegeholz, Herzbergstraße 32 wohnhaft. Als H. am Bahnhof Bergstraße einen dort haltenden Motorwagen der „Wüstenbahn“ besteigen wollte, kam ein Möbelwagen der Firma Strehlow, Goethestraße 13, so dicht an dem Straßenbahnwagen vorübergefahren, daß der Schaffner zwischen Motor- und Möbelwagen eingequetscht wurde. Kollegen befreiten den Unglücklichen aus seiner schrecklichen Lage und brachten ihn schwerverletzt nach dem Krankenhause. — Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich gestern morgen gegen ½8 Uhr in der Kastanien-Allee Ecke der Oderbergerstraße. Der Führer des Straßenbahnwagens Nr. 1900 der Linie 33E bemerkte, wie eine den Bürgersteig entlanggehende etwa 50jährige Frau plötzlich über den Fahrdamm lief. Obwohl der Fahrer augenblicklich Gegenstrom gab, konnte jedoch bei der kurzen Entfernung von kaum 1½ Meter nicht verhindert werden, daß die Unbekannte von der Vorderplattform erfaßt und zu Boden gerissen wurde. Die Frau geriet unter die Vorderplattform und blieb vor dem Schutzrahmen liegen. Sie hatte einen komplizierten Schädelbruch erlitten und wurde in besinnungslosem Zustande nach der Rettungswache gebracht, wo **der Tod** der Verletzten kurze Zeit nach ihrer Einlieferung eintrat. Die Personalien der Verstorbenen konnten bisher nicht festgestellt werden.

Unsere Eisenbahnverwaltung ist bekanntlich eifrigst bestrebt, unser „gutgesinntes“ Bürgertum vor den Einwirkungen der sozialdemokratischen Presse zu bewahren. In Verfolg dieser Bestrebungen ist ja auch den Zeitungsverkäufern auf den hiesigen Bahnhöfen verboten worden, den „Vorwärts“ feilzuhalten. Auch für die „Welt am Montag“ hat man durch das Verbot des Verkaufs auf den Bahnhöfen die wirksamste Reklame gemacht.

Durch diese Bevormundung des reisenden Publikums ist nun die Eisenbahnverwaltung offenbar abgelenkt worden, Mißständen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, welche schädliche, vielleicht lebensgefährliche Wirkungen, mindestens aber arge Belästigungen der Bahnhofspassanten zur Folge haben.

Während den oppositionellen Blättern die geheiligten Hallen der Bahnhöfe verschlossen wurden, hat man einer Unternehmergesellschaft — jedenfalls im fiskalischen Interesse — gestattet, Apparate auf den Bahnhöfen aufzustellen, die wiederholt den lebhaften Unwillen der Bahnhofspassanten erregt haben. Diese Apparate zur Erleichterung der Portemonnaies des reisenden Publikums — automatische Wagen genannt — mögen ja für ihre Besitzer und auch vielleicht für den Eisenbahnfiskus recht nützlich, weil einträglich, sein, sie tragen aber dazu bei, die Gefahren, denen der Reisende so schon ausgesetzt ist, noch zu erhöhen.

Wiederholt ist es vorgekommen, daß eilende Passagiere über den hervorragenden Auftritt dieser „automatischen Wagen“ stolperten und sich, zum Glück, bis jetzt nur leichte Körperverletzungen zugezogen. Erst am letzten Sonntagabend ereignete sich wieder ein solcher Unfall auf dem Bahnsteige des Ringbahnhofes Warschauerstraße. Ein älterer Herr lief eilig dem eben einlaufenden Nordringzuge entgegen, sich dabei nach seinen ihm folgenden Familienangehörigen umsehend. Dabei hatte er das Malheur, über den Tritt einer dort aufgestellten Menschenfalle zu stolpern und auf den Bahnsteig hinzustürzen. Die Augenzeugen dieses Vorfalles glaubten, der Gestürzte hätte sich Arme und Beine gebrochen, da er mit voller Wucht über das eiserne Automatengestell hinweg auf das Steinpflaster gefallen war. Glücklicherweise kam auch er mit einigen Hautabschürfungen an den Händen und Knien davon und konnte an den Zug heranhumpeln. Auffallend ist es, daß der fragliche Apparat an einer der schlecht beleuchtetsten Stellen des Bahnsteiges aufgestellt ist. Um weitere Unfälle dieser Art in Zukunft zu vermeiden und um schlimmere Körperverletzungen der Passagiere auf den Bahnsteigen zu verhüten, dürfte es sich empfehlen, falls man diese Menschenfallen nicht ganz entfernen will, dieselben mit einem Gitter zu umgeben, welches das Besteigen der Wage nur von der vorderen Seite gestattet.

Ueber den Neubau des Opernhauses werden Mitteilungen gemacht, aus denen nur soviel zu entnehmen ist, daß bei der großen Schwierigkeit der Platzfrage mehrere Projekte in Erwägung gezogen würden, darunter auch das Projekt eines Neubaues auf dem Terrain des Krollschen Etablissements mit Zuhülfenahme eines Stückes vom Tiergarten. Dieses Projekt dürfte eventuell für die Ausführung Chancen haben. Bevor aber eine Vorlage an den Landtag gemacht würde, dürften noch Jahre vergehen.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einer Droschke erfolgte gestern nachmittag am Kurfürstendamm. Als der Chauffeur Wilhelm Pusahl, Roßbergerstraße 13 wohnhaft, mit dem elektrischen Automobil Nr. 734 vom Kurfürstendamm in die Leibnizstraße einbiegen wollte, kam aus entgegengesetzter Richtung auf der falschen Fahrtseite eine Taxameterdroschke entgegen und fuhr direkt in das Auto hinein. P. wollte noch schnell bremsen, doch war der Zusammenstoß nicht mehr zu vermeiden. Bei der Karambolage schlug die Bremsstange des Kraftwagens mit solcher Gewalt gegen das Schienbein des Chauffeurs, daß es zerschmettert wurde. Der Vorderteil des Autos wurde zertrümmert.

Zigeuner in Berlin. Da nach Regierungspolizeiverordnungen vom 1. April ab nur noch die in Deutschland geborenen Zigeuner im Lande geduldet werden sollen, außerdem jede deutsche Zigeunerfamilie eine feste Wohnung haben und einem Gewerbe nachgehen muß, haben sich in letzter Zeit größere Zigeunertrupps hier häuslich niedergelassen. In dem neuen Stadtviertel zwischen der Prinzen-Allee, Koloniestraße und der Pankower Grenze haben die Zigeuner ganze Wohnhäuser zum Unterbringen ihrer Familienmitglieder gemietet. Es handelt sich fast durchweg um neue Häuser.

Zur Warnung für Mütter diene ein Todesfall, der gegenwärtig die Polizeibehörde in Friedenau beschäftigt. Das zwei Monate alte Töchterchen der J.'schen Eheleute, Rheinstr. 86 wohnhaft, war während der Abwesenheit der Eltern, welche ihrem Erwerb durch Handeln mit Streichhölzern nachgehen müssen, der Obhut einer Nachbarsfrau überlassen. Diese hatte die Kleine auf etwa zwei Stunden allein gelassen, und als sie wieder zurückkehrte, fand sie das Kind tot vor. Der hinzugerufene Arzt stellte fest, daß der Tod durch Ersticken herbeigeführt worden war. Der Säugling hatte ein Jäckchen an, das oben am Hals durch eine Schnur festgehalten wurde. Durch Maschen konnte die Schnur loser oder fester gezogen werden. Durch Handbewegungen des Kindes hat sich nun die Schnur festgezogen, wodurch ein Einschnüren des Halses erfolgte. Während des Erstickungsprozesses war dem Kinde weißer Schaum vor den Mund getreten. Die Leiche ist zur Obduktion polizeilich beschlagnahmt worden.

Das Apollotheater hat sich für den Monat April ein recht mannigfaltiges Spezialitätenprogramm zugelegt. Den Reigen eröffneten die Geschwister Canci, zwei jugendliche Damen und ein Herr, die sich als Xylophonvirtuosen produzierten und ihre Vorträge in Begleitung des Orchesters mit größter Klangwirkung zu Gehör brachten. Große Heiterkeit erregten die komischen Excentrics Auto und Mobile mit ihrem originellen Töff-Töffakt und ihren gymnastischen Künsten an einer hängenden Puppe. Die akrobatische Kunst fand in der Gruppe der The Clifftons würdige Vertreter. Vierfüßige Künstler, die Nafagette vorführte, zeigten, welche Fortschritte auf dem Gebiete der Dressur zu verzeichnen sind. Die niedlichen Foxterrier vollführten allerliebste Kunststücke. An das Spezialitätenprogramm schloß sich die Wiederholung der Burleske: „Das bummelnde Berlin" an.

Im Berliner Zoologischen Garten ist der Geweihwechsel jetzt wieder in vollem Gange. Fast alle Hirscharten, die Bewohner der nördlichen gemäßigten Zone sind, haben ihren Kopfschmuck abgeworfen, ja einige haben schon wieder recht stattliche „Kolben" geschoben. Es ist überraschend, wie rasch diese Geweihneubildung vor sich geht; auch die mächtigen Stangen des Wapiti und seines großen asiatischen Verwandten brauchen nur etwa vier Monate zu ihrem Wachstum, genau so lange, wie die winzigen Spießchen der südamerikanischen Spießhirsche zu ihrer Entwickelung bedürfen. Bei den etwa 50 verschiedenen im Garten vorhandenen Hirscharten ist die vergleichende Beobachtung der Geweihbildung ungemein anziehend.

Unter den dem Berliner Aquarium jüngst zugegangenen Sendungen waren aus der Bewohnerschaft des Meeres neben den Kaltblütern in reichem Maße die wirbellosen Tiere vertreten, und es konnten daher die den Krusten-, Wurm- und Schwammtieren eingerichteten Becken bei der Besetzung besonders bedacht worden. Die neu angekommenen Schwämme halfen das Bild von der Mannigfaltigkeit, Zierlichkeit und Schönheit dieser nicht als Einzelwesen, sondern als eigenartige, durch Knospung und Teilung entstandene Tierstöcke zu betrachtenden Geschöpfe vervollständigen; sie gehören vornehmlich den Familien der Kieselhornschwämme an, deren Skelett aus Hornfasern und Kieselgebilden besteht, und durch seine zinnoberrote Farbe leuchtet namentlich ein knolliger Korkschwamm hervor, der sich auch gern auf den von Einsiedlerkrebsen bewohnten Schneckenschalen ansiedelt und diese nach und nach gänzlich einhüllt, so daß der Krebs eingeschlossen ist. Im Aquarium kann man zufolge der letzten Zuführungen auch diese Erscheinungen beobachten. Eine mitangekommene Rückenfußkrabbe hingegen nimmt mit Vorbedacht rote und gelbe Meerschwämme auf sich, indem sie dieselben mittelst der nach oben gerichteten hintersten Brustbeine wie ein Dach da oben festhält, um sich ihren Feinden und ihrer zu beschleichenden Beute gegenüber zu maskieren.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr nach 12 Uhr nach der Kommandantenstr. 16 alarmiert. Dort stand auf dem Hofe im Erdgeschoß das Kontor und Lager einer Plüschfabrik in Flammen. Diese müssen dort längere Zeit unbemerkt gewütet haben, denn bis auf einen eisernen Geldschrank war das Kontor bereits total ausgebrannt. In dem anstoßenden Lagerraum brannten Tuchballen usw. Um die Flammen zu löschen, mußte die V. Kompagnie mit zwei Rohren längere Zeit kräftig Wasser geben. Die Entstehung des Brandes konnte nicht ermittelt werden. Wegen einer Gasexplosion wurde die Wehr nach der Leipzigerstr. 33 gerufen. Dort war abends ein Monteur der Firma Armin Tenner mit der Einrichtung einer Gasbeleuchtungsanlage beschäftigt. Angeblich soll der Monteur dabei mit Licht die Leitung abgeleuchtet haben, die vermutlich undicht gewesen ist. Plötzlich erfolgte die Explosion, bei der leider der Monteur so schwere Brandwunden erlitten hat, daß er sofort auf ärztliche Anordnung nach dem Krankenhause am Urban geschafft werden mußte. Der Materialschaden ist nicht bedeutend, nur einige Fensterscheiben, Türen usw. wurden zertrümmert. Die Feuerwehr beseitigte später jede Gefahr. Nachts um 3 Uhr wurde die Feuerwehr böswilligerweise nach der Kraustr. 7 gerufen. Der Täter ist wieder einmal unerkannt entkommen. Um 4 Uhr nachts mußte in der Raupachstr. 11 ein Zimmerbrand gelöscht werden. Die Flammen hatten dort eine Badestube und das Klosett ergriffen, bevor die Gefahr bemerkt wurde. Wegen eines Ladenbrandes unter dem Bahnhof Bellevue wurde die Feuerwehr abends nach der Brücken-Allee 12 gerufen. Kleiderstoffe brannten dort. Künstliche Blumen u. a. gingen in der Alten Jakobstr. 20/21 in Flammen auf. In der Wilhelmshavenerstraße 36 wurden Brennmaterialien ein Raub der Flammen. Ein großer Schornsteinbrand wurde aus der Bernauerstraße 39 gemeldet. Ferner liefen noch Feuermeldungen aus der Kuglerstr. 10, Linienstr. 16, Gitschinerstr. 107 und anderen Stellen ein. Auf Ersuchen wurde ein Samariter mit einem Sauerstoffapparat nach Adlershof bei Berlin entsandt. Der Apparat wurde dort mit Erfolg benutzt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die in Aussicht genommene Hebung der Charlottenburger Volksschulen, für die die erste Rate von 5000 M. durch Gemeindebeschluß in den Etat für 1906 eingestellt ist, soll auf folgende Weise durchgeführt werden: I. In der Grundklasse soll die Frequenz 45 nicht übersteigen. Zur Vorbereitung einschulungsunreifer Kinder ist ein Kindergarten unter Leitung einer geeigneten Lehrerin zu eröffnen. Die Unterrichtszeit der Grundklasse darf 18 Wochenstunden nicht überschreiten. Nach jeder halben Stunde ist eine Pause von drei bis fünf Minuten notwendig. Zur Förderung solcher Kinder, welche in der Klasse nicht mit fortkommen, erteilt der Klassenlehrer im zweiten Halbjahre wöchentlich 3 Stunden Nachhülfeunterricht in Rechnen und Deutsch. Der Rektor ist befugt, die daran teilnehmenden Kinder von einigen lektionsplanmäßigen Stunden derselben Fächer zu dispensieren. II. Für die Normalklassen wird bestimmt: Nach Verlauf der ersten vier Wochen des Schuljahres bis zum Beginn der letzten Schulwoche erteilt der Lehrer den schwächsten Kindern der Klasse und solchen, welche infolge von Krankheit usw. einige, aber nicht sehr erhebliche Lücken aufweisen, wöchentlich 3 Stunden Nachhülfeunterricht in Deutsch und Rechnen. III. (B.-Klassen): Zwischen die Normalschule und die Hülfsschule wird ein System von Klassen eingeschoben, das in bezug auf Lehrmethode und Bemessung des Lehrstoffes den Bedürfnissen solcher Kinder Rechnung trägt, die in den Klassen der Normalschule zwar nicht mit fortkommen, aber auch eine Ueberweisung in die Hülfsschule nicht notwendig erscheinen lassen. Das System beginnt mit dem zweiten Schuljahre und enthält fünf aufsteigende Klassen. Das Pensum der beiden unteren Klassen ist 1½jährig und ist dem Pensum der Klassen VI und V, der Normalschule im wesentlichen gleich. Ob auch das Pensum der nächsten Klasse 1½jährig oder bei Ausscheidung geeigneter Teile des Lehrstoffes 1jährig zu bemessen ist, darüber sind Versuche anzustellen; ebenso darüber, ob Schüler, welche die oberste Klasse mit Erfolg absolviert haben — unter Einführung von Abteilungsunterricht für einzelne Fächer —, der Klasse I der Normalschule überwiesen werden können. Die Frequenz der B.-Klassen darf 30 nicht übersteigen. Die Zahl der Wochenstunden ist für die B.-Klassen etwas niedriger zu bemessen als für die Normalklassen. Für die schwächeren Schüler erteilt der Klassenlehrer wöchentlich 3—4 Nachhülfestunden. Der Rektor ist befugt, die daran teilnehmenden Kinder von einigen lektionsplanmäßigen Stunden zu dispensieren. IV. (A-Klassen): Die tüchtigsten Schüler der Normalklasse IV, welche bei ihrer Versetzung nicht nach der Sexta einer höheren Lehranstalt übergehen, werden in besonderen Klassen zusammengefaßt und nach einem besonderen Lehrplane mit einer Fremdsprache unterrichtet. Das System A enthält 4 Klassen mit 1jährigem Pensum. Schüler der A-Klassen, welche aus äußeren Gründen das Ziel der obersten Klassen noch nicht erreicht haben, dürfen noch ½—1 Jahr über das schulpflichtige Alter hinaus die Schule besuchen. Die Aufnahme in das A.-System erfolgt durch die Schuldeputation auf Vorschlag der Versetzungskonferenz mit Zustimmung des Rektors und des Schularztes. Schüler, welche für die Fremdsprache keine Begabung zeigen oder sich vernachlässigen, können am Schluß eines Schuljahres wieder nach der Normalschule zurückversetzt werden; es bedarf dazu eines Konferenzbeschlusses und der Zustimmung des Rektors.

In einer von der Gewerkschaftskommission einberufenen Agitationsversammlung der Fleischergesellen Charlottenburgs referierte Konrad Krause vom Zentralvorstand des Fleischerverbandes über die Notwendigkeit der Organisation. An der Hand reichhaltigen Materials schilderte Redner die überaus elende Lage dieser Berufsgruppe und legte den Versammelten nahe, daß, wenn sie eine Verbesserung in bezug auf Lohn-, Arbeits- und Logisverhältnisse erreichen wollen, ihnen nur die Organisation, der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen helfen könne. Von den dreißig Erschienenen ließen sich sofort zwölf Kollegen als Mitglieder des Verbandes aufnehmen und ist somit der Grundstein weiterer Agitation unter den Fleischergesellen hier am Orte gelegt.

Der Kunstabend der Freien Volksbühne am 30. März brachte eine Darbietung, wie man sie vollendeter und gewählter in den Räumen des Charlottenburger Volkshauses wohl noch nicht genossen hatte. Der Verein nimmt es, auch außerhalb der regelmäßigen Vorstellungen, ersichtlich ernst mit seiner Aufgabe, den Charlottenburger Arbeiterkreisen die Werke der Kunst zu erschließen. Das Programm hatte ein sehr ansprechendes Doppelgesicht, es bot das Erfrischendste und Gemütvollste aus Heinrich Heines Dichtungen, wobei auch die revolutionäre Note nicht fehlte, und einige der edelsten und temperamentvollsten Stücke aus der Tonkunst seiner Zeitgenossen. Es war ebenso gut dem Volksempfinden wie den künstlerischen Ansprüchen angepaßt. Die Mitwirkenden verdienten den Beifall, den ihnen der volle Saal reichlich spendete. Die jugendliche Violinistin, Fräulein Janka Dekner-Neumanowics, stellte sich als ein interessantes Talent dar, dessen zu Herzen gehendes und vornehmes Spiel seiner Wirkung wohl stets sicher sein darf, besonders wenn es sich in den Grenzen seiner technischen Fertigkeit hält. Einen durchaus ungetrübten Genuß boten die Gesangsvorträge des Herrn Alfred Glaß, der unter anderem die „Grenadiere" in Schumanns Vertonung wirklich meisterlich interpretierte. Die ungewöhnliche Begabung des Pianisten, Herrn Leo Kestenberg, ist an dieser Stelle schon mehrfach gewürdigt worden. Herr Jos. Danegger, den man in Charlottenburg als Schauspieler längst zu schätzen weiß, hat sich nunmehr auch als Rezitator dauernden Dank gesichert. Er verlieh den ernsten Dichtungen lebendige Plastizität; seine Art, die satirischen und ironischen Werke sozialen und politischen Inhalts vorzutragen, wirkten selbst für kritische Ohren überraschend. So vortrefflich sind die in diesen Werken beieinander wohnenden Kräfte, Spottlust und Menschenliebe, wohl noch selten zur Geltung gebracht worden.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung am 2. April. Zu Beginn der Sitzung erfolgte die Einführung des neuen Kämmerers in der üblichen Weise. Der zum Syndikus gewählte Rechtsanwalt Bergmann war am Erscheinen verhindert, es mußte somit dessen Einführung verschoben werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu großen Auseinandersetzungen, die einen Konflikt mit dem Magistrat heraufbeschworen. Die Stadtv. Dr. Freund, Kutznitzky und Obst gaben Erklärungen ab, daß sie ihre Aemter als Mitglieder der Krankenhausverwaltungsdeputation niederlegen. Es wurde von ihnen ausgeführt, daß der Magistrat über die Köpfe der Deputation einem Militärarzte die Leitung der inneren Abteilung im Krankenhause übertragen habe, der nicht einmal von der Deputation zur engeren Wahl gestellt worden ist. Die Deputation habe sich in außerordentlich umfangreicher Weise mit der Prüfung der Bewerbungsgesuche beschäftigt und sei zu dem Resultat gekommen, dem Magistrat 5 Herren zu präsentieren. Einstimmig empfahl sie jedoch, dem Professor Dr. Strauß die Stelle zu übertragen. Der Magistrat ging aber darüber hinweg. Die drei Stadtverordneten waren der Meinung, ihre Ehre und diejenige der ganzen Versammlung fordere es, daß sie von ihrem Posten zurücktreten, denn sie lassen sich nicht zu Marionetten des Magistrats stempeln. Besonders Stadtv. Obst ging mit äußerst scharfen Worten gegen den Magistrat vor, da seiner Meinung nach der Antisemitismus die Oberhand gewonnen habe. Auf keinen Fall dürfe man die Selbstverwaltung so gestalten, daß nur einzelne zu regieren haben. — Durch Beifall und Zustimmungserklärungen gab fast die ganze Versammlung ihr Einverständnis mit dem Vorgehen der genannten Stadtverordneten zu erkennen. Nur der Stadtv. Polenz glaubte in seiner Art dem Magistrat beistehen zu müssen. Die Verlegenheitsreden, die am Magistratstische zu dieser Angelegenheit fielen, trugen noch zur Verschärfung der Situation bei.

Der Vorlage des Magistrats, die gemischte Deputation, welche zum Zwecke der Ergreifung von Abwehrmaßregeln gegen das Schulunterhaltungsgesetz eingesetzt war, aufzulösen, wurde zugestimmt. Stadtv. Küter (Soz.) benutzte die Gelegenheit, um der Mehrheit zu zeigen, daß die ganze Sache nur eine Komödie war. Die Deputation konnte nicht einmal tagen, da die Mitglieder derselben nicht einmal so viel Interesse bekundeten, und zur Sitzung erschienen. Es ist wieder einmal recht deutlich bewiesen, daß man auf die tönenden Reden in den bürgerlichen Reihen absolut gar nichts zu geben hat.

Die von der Stadtverordnetenversammlung vor längerer Zeit vorgenommenen Lohnerhöhungen sind nunmehr vom Magistrat genehmigt und beantragt derselbe, die Etatsansätze dementsprechend zu erhöhen. Einige Stadtverordnete machten den Versuch, die Sache nochmals zu verschleppen und beantragten Ausschußberatung. Sie wurden aber von unseren Genossen wie vom Oberbürgermeister von der völligen Ueberflüssigkeit einer nochmaligen Ausschußberatung überzeugt und zogen ihren Antrag zurück.

Die Vorlage, betreffend Schaffung eines Medizinalrates rief lebhafte Für- und Gegenreden hervor. Die Hausbesitzer gingen sogar soweit, den Stadtverordneten zu empfehlen, die Vorlage sofort ohne Ausschußberatung abzulehnen, denn ein derartiger Mann nützt der Gemeinde gar nichts und vermehrt nur das Schreibwerk. Wenn man etwas tun wolle, so meinten die Herren, brauche man nur eine der unbesoldeten Stadtratstellen mit einem Arzt zu besetzen. Von anderer Seite wurde auf die große Wichtigkeit eines Stadtarztes hingewiesen, man dürfe auf keinen Fall die Wohlfahrtsdeputation aufs Trockene setzen. Die Stadtvv. Küter (Soz.) und Hoffmann (Soz.) traten für Ueberweisung an einen Ausschuß ein. Im Interesse des Gesundheitszustandes der Einwohnerschaft sei die Schaffung einer derartigen Stelle unbedingt notwendig. Man dürfe diesen Arzt aber nicht zum Mitgliede des Magistrats machen. Die Aufgaben der Wohlfahrtsdeputation können nur verwirklicht werden, wenn wir einen besoldeten Stadtarzt an die Spitze stellen. Die ehrenamtliche Tätigkeit reiche auf diesem Gebiet nicht mehr aus. Oberbürgermeister Wilde hält die Schaffung eines Medizinalrates oder Stadtarztes für eine sehr ernste Sache, die gar nicht früh genug erledigt werden kann. In den nächsten Jahrzehnten wird seiner Meinung nach der Medizinalrat der wichtigste Beamte des Magistrats in allen größeren Gemeindeverwaltungen sein. — Die Vorlage wurde schließlich einem Ausschuß von 9 Mitgliedern überwiesen.

Rummelsburg.

Die letzte Gemeindevertretersitzung war nur von kurzer Dauer. Es wurde zunächst die Festsetzung des diesjährigen Etats erledigt, derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 960 508 M. Vom Gemeindevorstande stimmte der Schöffe und stellvertretende Gemeindevorsteher Lange gegen den Etat. Die von unseren Vertretern bei der Etatsberatung gestellten Anträge lauten: 1. Gemeindearbeiten sowie Lieferungen für die Gemeinde sollen an keinen Gemeindevertreter vergeben werden. 2. Vergebung der Gemeindearbeiten und Lieferungen nur an diejenigen Unternehmer, welche die mit den Arbeiterorganisationen vereinbarten Lohnsätze anerkennen und innehalten. Die Beschlußfassung darüber wurde auf eine spätere Sitzung vertagt. Gegen den Bebauungsplan des sogenannten Marktviertels ist auf Einspruch der Witwe Wühlisch, der Eigentümerin eines großen Teiles dieses Terrains, von der Regierung die Genehmigung versagt worden. Da die gewünschte Abänderung eine Schädigung der Gemeindegrundstücke, welche hierbei in Frage kommen, nicht herbeiführt, so stimmte die Vertretung dieser Abänderung zu. Hoffentlich das letzte Mal! Die Erhöhung der Alterszulagen der Volksschullehrer von 200 M. auf 250 M. war vor einem Jahre von der Gemeindevertretung beschlossen, von der Regierung aber nicht die Genehmigung erteilt worden. Hierauf wandte sich die Lehrerschaft selbst beschwerdeführend an die Regierung, dieselbe erklärte sich denn auch bereit, einer Erhöhung der Alterszulagen von 200 auf 225 M. die Genehmigung zu erteilen. Die Gemeindevertretung faßte nun den Beschluß, den Lehrern die erhöhte Alterszulage auszuzahlen. Jetzt aber bestimmt die Regierung, daß für das verflossene Jahr die erhöhte Alterszulage nicht gezahlt werden darf, da die Verrechnung zur Alterszulagenkasse eine zu umständliche sei. — Die Gemeindevertretung beschloß hierauf einstimmig, die erhöhten Alterszulagen aus Gemeindemitteln zu zahlen. Da die Regierung, wie es scheint, die Gemeinde Rummelsburg ganz besonders in ihr wohlwollendes Herz geschlossen hat, so darf man sich schließlich nicht wundern, wenn auch gegen diesen Beschluß der Gemeindevertretung die Regierung Einwendungen erhebt.

Ober-Schöneweide.

Ein grelles Licht auf unsere sozialen Zustände wirft folgende Notiz: Durch Not und Elend getrieben, hat sich vorgestern eine junge Mutter zu einer Verzweiflungstat hinreißen lassen. Die erst im 20. Lebensjahre stehende Arbeiterin Marie Müller aus Ober-Schöneweide tötete gestern morgen erst ihr 2½ Monate altes Kind durch Lysol und trank dann selbst von dem Gift. Das junge Mädchen ist schon seit längerer Zeit mit einem jungen Mann, dem Vater ihres Kindes verlobt. Da die Unterstützung seitens des Bräutigams bei weitem nicht ausreichte, um sich und ihr Kind zu ernähren, sah sich die junge Mutter gezwungen, eine Arbeitsstelle anzunehmen. Vor etwa 14 Tagen wurde sie plötzlich beschäftigungslos. Auch die Unterstützung des Vaters blieb aus. Vergeblich bemühte sich die Unglückliche, wieder Arbeit zu erhalten. Von Tag zu Tag wurde die Not größer und in der Verzweiflung beschloß sie, sich und ihr Kind zu töten. Zuletzt wohnte sie bei einer Familie in der Ohmstr. 7 in Schlafstelle. Vorgestern morgen wurden die Wirtsleute durch starkes Röcheln, welches vom Bette des jungen Mädchens herdrang, aufgeschreckt. Als sie hinzutraten, fanden sie das Kind im Arm der Mutter als Leiche vor. Die junge Mutter gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Auf der Bettdecke lag eine entleerte Lysolflasche, sowie eine Kindersaugflasche, in der sich noch ein wenig von dem Gift befand. Die Verzweifelte hatte ihrem Kinde das Gift in der Milchflasche gegeben. Es wurde sofort ein Arzt hinzugerufen, welcher der Unglücklichen den Magen auspumpte. In bedenklichem Zustande liegt sie jetzt danieder. Das tote Kind wurde zur Obduktion nach der Leichenhalle gebracht.

Steglitz.

Der Kampf gegen den Lehrlingsverein. Schon vor einiger Zeit wurde im „Vorwärts" mitgeteilt, daß der Rektor Steinke, der Leiter der hiesigen Fortbildungsschule, den staatsretterischen Beruf in sich fühle, die dem Lehrlingsverein angehörenden Fortbildungsschüler zum Austritt aus demselben zu bewegen. Bei Nichterfolg seiner Bemühungen drohte er den Lehrlingen, sich an ihre Lehrherren zu wenden. Wir glaubten damals nicht an die Ausführung dieser Drohung, weil wir es nicht für möglich hielten, daß ein Pädagoge, dem die jungen Leute zur Ausbildung zwecks Förderung ihres späteren Fortkommens anvertraut sind, zu einer solchen Tat fähig sei. Wir scheinen uns aber in dem Herrn getäuscht zu haben. Der Lehrling R. ist von seinem Lehrmeister, dem Ratsmaurermstr. D., entlassen worden. Die Klage des Vaters auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses ist von dem Schiedsgericht der Baugewerksinnung abgewiesen worden. Die Behandlung der Klagesache vor dem obengenannten Innungsschiedsgericht verdient der Oeffentlichkeit überliefert zu werden. Es ist schon befremdend, daß als Vorsitzender ein Berufsangehöriger, Herr Architekt Sinnig, amtiert, während bei anderen Gerichten ein Unparteiischer diese Funktion ausübt. Auch die Besetzung des Gerichts durch drei Beisitzer ist uns neu. Im ersten Termin konnte der Kläger nicht erscheinen, ein bestellter Vertreter wurde von dem Vorsitzenden abgelehnt, mit der Erklärung, daß das Gericht prinzipiell jede Vertretung ablehne, es sei denn, daß durch ärztliches Zeugnis die Verhandlungsunfähigkeit des Vertretenen nachgewiesen werde. In der zweiten Sitzung erkannte das Gericht wie oben angeführt, nachdem der Vorsitzende festgestellt hatte, daß sich der Lehrling R. geweigert habe, dem ihm von der Innung erteilten „Befehl", aus dem Lehrlingsverein auszutreten, nachzukommen. „Du dummer Bengel verstehst von den Sachen ja doch nichts, das geht doch in Deinen dämlichen Schädel nicht hinein!" belehrte Herr Sinnig in „liebevoller" Weise den Lehrling. Nun noch ein Wort zu der prinzipiellen Ablehnung von Vertretern. Wie stimmt dieses Prinzip mit der Tatsache überein, daß einer unserer Parteigenossen schon wiederholt von demselben Gericht als Vertreter zugelassen wurde, ohne das erwähnte ärztliche Attest in Händen zu haben? Bringt Herr Sinnig resp. das Schiedsgericht zweierlei Prinzip, je nach Bedarf, zur Anwendung?

Spandau.

Wegen Milchpantscherei hatten sich am Freitag die Molkereibesitzer Wüstenberg und Fink sowie die Ehefrau Fink zu verantworten. Wüstenberg war Milchlieferant für das hiesige Krankenhaus. Im Oktober v. J. wurden nun vom Krankenhause sowohl als auch von Fink mehrere Milchproben zwecks näherer Untersuchung entnommen. Die Untersuchung ergab, daß die Milch nur einen sehr geringen Fettgehalt hatte und außerdem mit 15—20 Proz. Wasser vermischt war. Wüstenberg gab an, daß er die Milch so, wie er sie von Fink erhalten, an das Krankenhaus abgeliefert habe. Da ihm das Gegenteil nicht bewiesen werden konnte, mußte seine Freisprechung erfolgen. Dagegen wurden Fink und seine Ehefrau zu je 300 M. Geldstrafe verurteilt. Fink hatte die Abendmilch entfahnt und sie dann der Morgenmilch zugesetzt. Daß er Wasser beigemischt habe, bestritt er. Der Amtsanwalt hatte gegen Fink eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten beantragt.

Vermischtes.

Die Genickstarre breitet sich weiter aus.

Aus Troppau wird unterm 3. April berichtet: Die Genickstarreepidemie nimmt immer mehr zu. Sie herrscht bereits in 36 Gemeinden des östlichen Schlesien.

Pestverdächtige Ratten. Auf dem gestern vom La Plata in Hamburg eingetroffenen Dampfer „Sevilla" sind pestverdächtige Ratten gefunden; Personen sind nicht erkrankt. Das Schiff ist einer Ausgasung mit einem Rattentötungsapparat unterzogen, und alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen. Die Löschung der Ladung wird unter den üblichen Vorsichtsmaßregeln gestattet werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Gesellschaft"**, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.) ist soeben das 14. Heft des 2. Bandes erschienen.

Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens. Zum Studium und Selbstunterricht in den hauptsächlichsten Wissenszweigen und Sprachen herausgegeben von Emanuel Müller-Baden. (Erscheint in 75 Lieferungen zu je 60 Pf. beim Deutschen Verlagshause Bong & Co., Berlin W. 57.) Lieferung 60—63 soeben erschienen.

Rechenschaftsbericht des Vorstandes des Verbandes der Sattler für die Zeit vom 1. Januar 1903 bis 31. Dezember 1905. 60 Seiten. Verlag: P. Blum, Berlin SO., Adalbertstr. 56.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S.